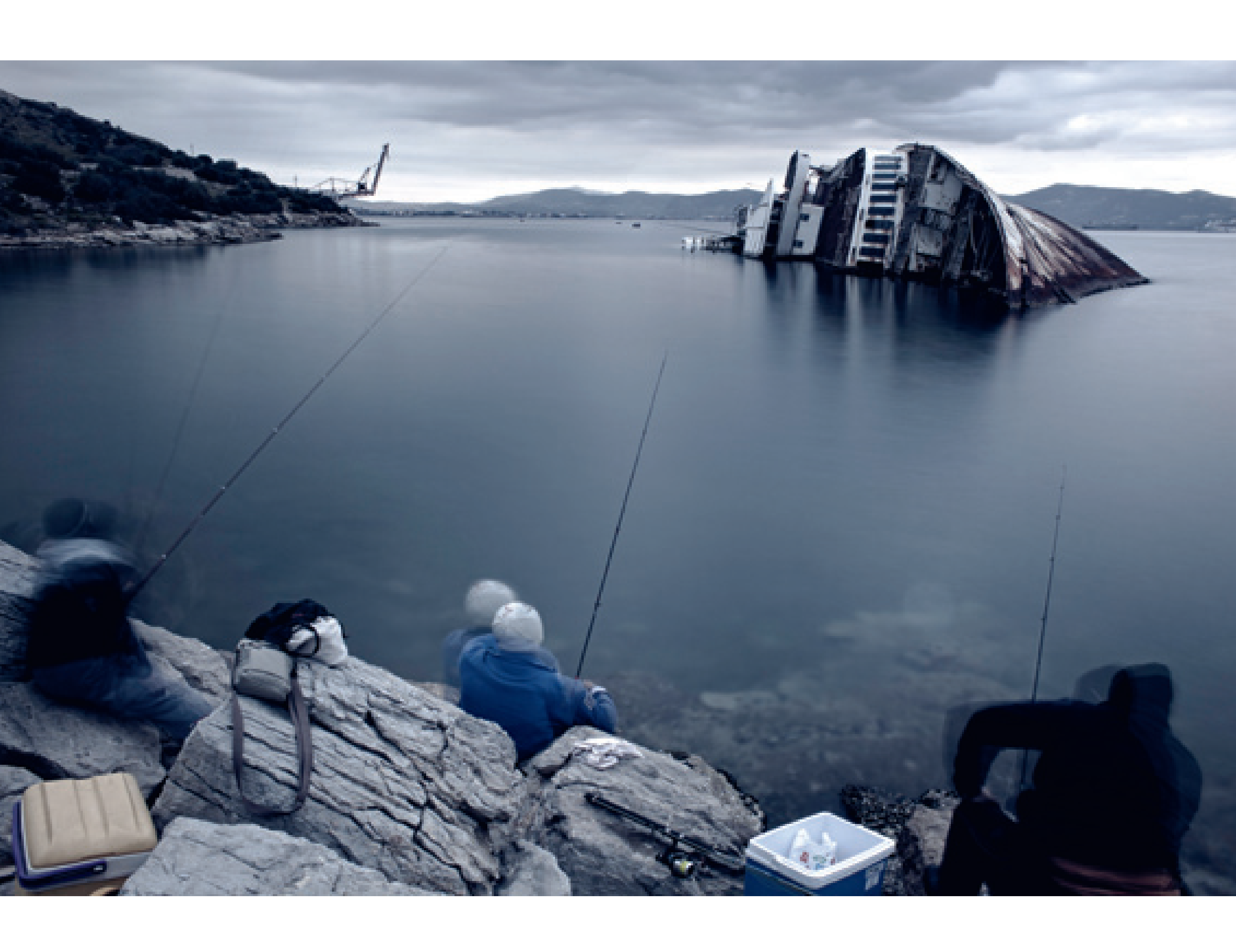

LUXEMBURG
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS
1
2014
GESPENST EUROPA
ERNESTO LACLAU | BERNADETTE LA HENGST | HARALD WOLF | YVONNE KUSCHEL | GIORGIO AGAMBEN | THOMAS SEIBERT | THODOROS PARASKEVOPOULOS | TURGAY ULU | ROBERT B. REICH | SUSANNE HENNIG | SIRRI SÜREYYA ÖNDER U.A.



Entlassene Werftarbeiter, Thriasion, Griechenland,
Foto: © Dimitris Michalakis
Titelbild: Gedenken an die ertrunkenen Flüchtlinge
vor Lampedusa, Italien, Oktober 2013, © dpa

GESPENST EUROPA

»Mit der Krise gerät auch das neoliberale Europa ins Wanken. Es ist nun an der Linken, eine Zukunft jenseits von Nationalismus und autoritärer EU aufzuzeigen. Eine Neugründung Europas ist keine bloße Forderung, es handelt sich um eine existenzielle Frage.

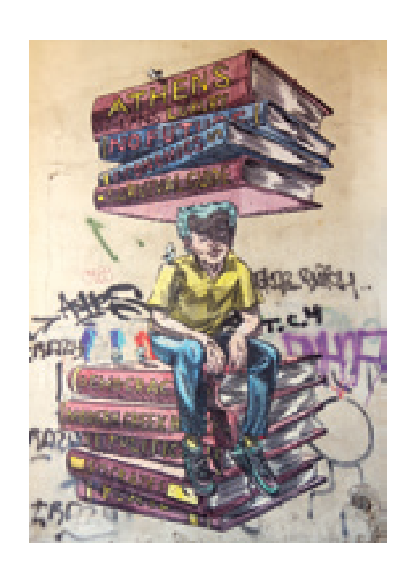
Alexis Tsipras, SYRIZA

OBEN
Wie der permanente Ausnahmezustand zur Regierungstechnik wird
Von Giorgio Agamben

LINKS
Warum SYRIZA die Dinge nicht nur ein bisschen besser machen würde
Von Thodoros Paraskevopoulos

RECHTS
Wie die AfD den Spagat zwischen Eliteprojekt und Rechtspopulismus versucht
Von Gerd Wiegel

SCHWERPUNKT: GESPENST EUROPA





OBEN

LINKS

RECHTS



RUBRIKEN

ÜBER PARTEI

RE:ORGANISEREN

LUXEMBURG ONLINE

ROSA-LUX KOMPAKT

WAS WAR?

ZWISCHEN KRIEG, EMBARGO UND BASISDEMOKRATIE
SELBSTVERWALTETE STRUKTUREN IM NORDEN SYRIENS

Kaum bemerkt von der Weltöffentlichkeit hat die Bevölkerung im überwiegend kurdischen Norden Syriens selbstverwaltete Strukturen aufgebaut, die das Überleben der Menschen sichern und Ansätze für ein demokratisches System aufzeigen. Der LINKE Bundestagsabgeordnete Jan van Aken hat die Region im Januar bereist und seine Erlebnisse im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorgestellt.

Video-Dokumentation
http://youtu.be/MrJIfWb_1mg

DIE FEUERPROBE DES WIDERSTANDS
DIE EUROKRISE UND DIE LINKE

Euclid Tsakalotos, Ökonom und Mitglied des politischen Sekretariats der griechischen Linkspartei SYRIZA, diskutierte mit Sahra Wagenknecht über die Eurokrise und strategische Schlussfolgerungen für eine europäische Linke. Wie lassen sich internationalistische und europäische Perspektiven entwickeln? Oder könnten die politischen Kräfteverhältnisse eher innerhalb der Nationalstaaten verschoben werden? Gelingt es SYRIZA, durch eine linke Regierungsübernahme in Griechenland die Verhältnisse in Europa zum Tanzen zu bringen?

Video-Dokumentation
http://www.youtube.com/watch?v=qRWiD310-YQ

MIT WEM?

STRATEGIEN EINER ENERGIEDEMOKRATIE
SEMINAR IN BRÜSSEL, 16.–17. JUNI 2014

Lässt sich die Debatte um Energiedemokratie von kleinen Genossenschaften auf öffentlich-rechtliche, gar private Energiekonzerne erweitern? Welche Strategien und Erfahrungen gibt es dazu in Europa und Lateinamerika? Welche Modelle einer Non-Profit-Energieproduktion liegen auf dem Tisch? Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel lädt ein zu einem zweitägigen Seminar unter anderem mit dem Politologen Ulrich Brand, VertreterInnen von SYRIZA und AktivistInnen des Berliner Energietischs.

Programm und Anmeldung
http://rosalux-europa.info/events_de/seminar-energiedemokratie-2014/

WER SCHREIBT?

KEINE VERFASSUNG FÜR DIE EU

In Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung hat eine Gruppe von Abgeordneten des Europaparlaments – die *Spinelli-Group* – einen Verfassungsentwurf für die EU vorgelegt. Er soll den geltenden Lissabon-Vertrag ersetzen. Von einem Richtungswechsel kann jedoch nicht die Rede sein. Stattdessen wird die technokratische, entdemokratisierende Form der Vertragsschließung zwischen souveränen Regierungen, in der politische Fragen mit juristischen Mitteln gelöst werden, fortgeführt. Eine Kritik dieses Entwurfs hat Frieder Otto Wolf in einem Memorandum für die Rosa-Luxemburg-Stiftung formuliert.

Download
http://www.rosalux.de/publication/40381

DAS FREIHANDELSABKOMMEN TTIP
EINE CHARTA DER DEREGULIERUNG UND EIN ANGRIFF AUF JOBS UND DEMOKRATIE

Derzeit wird ein Handelsabkommen zwischen den USA und der EU verhandelt, das zugunsten der Gewinne transnationaler Konzerne auf beiden Seiten des Atlantiks massiv Umwelt-, Sozial- und Rechtsstandards untergräbt (vgl. Eberhardt/Fuchs in *LuXemburg Online*).
John Hilary, Honorar-Professor an der *School of Politics and International Relations* der *University of Nottingham*, hat die Ausmaße dieses Vorhabens untersucht und in einer von der Stiftung herausgegebenen Studie (in Englisch, demnächst auch in Deutsch) zusammengefasst.

Download
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/hilary_ttip.pdf

»DER SOMMER IST VORBEI …«
BEITRÄGE ZU 13 JAHREN »BUNDESPROGRAMME GEGEN RECHTS«

Der Anschlag auf die Neue Synagoge in Erfurt, der brutale Mord an Alberto Adriano im Dessauer Stadtpark und ein (bis heute unaufgeklärter) Bombenanschlag auf jüdische und muslimische EinwandererInnen in Düsseldorf schockierten im Jahr 2000 die Öffentlichkeit und brachten die Bundesregierung in Zugzwang. In einem Rückblick wirft das Buch von Friedrich Burschel, Uwe Schubert und Gerd Wiegel (Hg.) einen kritischen Blick auf die zwischen 2000 und 2013 erlassenen »Bundesprogramme gegen Rechts«. Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Publikation ist im Januar bei Edition Assamblage erschienen.

Download
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/der-sommer-ist-vorbei_2014.pdf

WAS KOMMT?

WIE GEHT ›RICHTIGES‹ LEBEN IM ›FALSCHEN‹?
III. TRANSFORMATIONSKONFERENZ 26.–29. JUNI 2014, BERLIN

Sozialistische Transformationsforschung hat gute Gründe, von den Lebensperspektiven und alltäglichen Handlungsstrategien der Subjekte auszugehen und die Bedingungen zu untersuchen, unter denen solidarisches Handeln entstehen kann. Die III. Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse stellt sich diesem Anspruch. Mit Silvia Federici, Sarita Gupta (USA), Rodrigo Nunes (Brasilien), Frigga Haug, Harald Weinberg und AktivistInnen der Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH), SYRIZA, Ver.di-Betriebsgruppe Charité, Netzwerk Care Revolution u.v.a.

Programm und Anmeldung
http://www.rosalux.de/event/50395/wie-geht-eigentlich-ein-richtiges-leben-im-falschen.html

DIE ERFINDUNG PRÄSENTISCHER DEMOKRATIE
LUXEMBURG LECTURE MIT ISABELL LOREY, 7. MAI 2014, BERLIN

Inmitten lebensgefährdender Austeritätspolitiken entstehen in Europa neue demokratische Praxen politisch-partizipativen Handelns. Diese werden von vielen AkteurInnen als konstituierender Prozess verstanden, der nicht auf eine Reform der repräsentativen Demokratie zielt, sondern die Formen traditioneller Organisierung durchbricht. Es geht um Widerstand gegenüber den herrschenden Realitäten der Gegenwart und deren Neuerfindung – um die Erfindung der präsentischen Demokratie. Isabell Lorey ist Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS und arbeitet zu queerfeministischer und politischer Theorie. Kommentar: Alex Demirović und Mario Candeias.

Mehr Infos
http://www.rosalux.de/event/50492/die-erfindung-praesentischer-demokratie.html

WARUM POPULISMUS?

ERNESTO LACLAU (1935–2014)

Der Populismusbegriff hatte in der wissenschaftlichen und politischen Literatur lange einen negativen Klang. Er wurde mit politischen Bewegungen verbunden, die große Bevölkerungsteile auf unstrukturierte Volksmassen reduzierten und aller Prinzipien rationalen Handelns beraubten. In diesen, heißt es, haben alle Formen der Demagogie freie Bahn. Nicht nur in konservativen Kreisen, sondern auch unter Linken ist diese Sicht verbreitet. So steht zum Beispiel im Marxismus die Rationalität der *Klasse* (der Klasseninteressen) im Gegensatz zum Begriff der *Massen,* die schnell als »Lumpenproletariat« abgetan werden. Klassen konstituieren sich – so die These – aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess. Sofern man die Geschichte als eine der Produktion begreife, offenbare sie deren vernünftiges Wesen. Massen hingegen seien marginale oder abweichende Phänomene, weil sie nicht über eine solche Stellung verfügen. Sie könnten deshalb auch keine *Interessen* ausbilden, blieben also Wachs in den Händen skrupelloser Politiker.

Ich möchte diese Sicht infrage stellen und zeigen, dass der Populismus keine Fehlentwicklung ist oder Ausdruck sozialer Anomie, sondern seine eigenen Strukturprinzipien aufweist – Prinzipien, die auch Grunddimensionen des Politischen sind. Dazu muss mit einer Reihe von Vorurteilen gebrochen werden, die lange das herrschende Verständnis von Geschichte und Politik bestimmten. Das wichtigste ist die Vorstellung, Geschichte verlaufe teleologisch, entlang einer bestimmten Entwicklungslogik (bei Hegel ist es die List der Vernunft, bei Marx die Entwicklung der Produktivkräfte), die sie erst zu einer zusammenhängenden Erzählung mache. Akzeptiert man diese Sicht, liegt es nahe, alles als marginal und bedeutungslos abzutun, was dem jeweiligen Vernunftprinzip gegenüber heterogen ist. Populismus wäre dann eines dieser andersartigen und irrationalen Elemente.

Stellt man jedoch dieses für den soziologischen und historischen Rationalismus grundlegende Vorverständnis infrage, werden die Rollen vertauscht: *Homogenität* ist dann nicht mehr das *unerschütterliche Fundament* der Geschichte. Sie wird stattdessen zu einem stets bedrohten Prozess *hegemonialer Homogenisierung*. Das Primäre ist dann die Heterogenität. Viele als nebensächlich und abweichend betrachtete Phänomene werden zu sozialen Logiken, die im Zentrum gesellschaftlicher Struktur stehen. Eines von ihnen ist der Populismus. Aber natürlich setzt dies einen umfassenderen Begriff von Populismus voraus.

DREI MERKMALE DES POPULISMUS

Dieser ist nach meiner Auffassung durch drei Merkmale bestimmt. Er setzt erstens ein Äquivalenzverhältnis zwischen einer Pluralität von sozialen Ansprüchen voraus. Wenn es zum Beispiel in einem bestimmten Stadtteil unerfüllte Ansprüche in Bezug auf die medizinische Versorgung gibt, die Menschen aber erkennen, dass es in dieser Gegend auch andere unbefriedigte Ansprüche gibt, in Bezug auf Wohnung, Bildung, Verkehr, Sicherheit usw., dann kann zwischen allen eine bestimmte Solidarität hergestellt werden. Das nennen wir eine *Äquivalenzenkette,* und es ist die erste notwendige Voraussetzung dafür, dass populare Klassen sich als kollektiver Akteur herausbilden. Je fester diese Solidarität, desto mehr wird jeder *individuelle* Anspruch innerlich gespalten sein zwischen seiner eigenen Partikularität und seiner Einordnung in die allgemeinere populare Äquivalenzenkette. ›Das Volk‹ ist also keine homogene, amorphe Masse, es hat ein eindeutiges Strukturierungsprinzip. Der differenzielle Partikularismus der individuellen Ansprüche geht nicht nur nicht verloren, er wird zur Voraussetzung der Äquivalenz, durch die sich die umfassendere populare Identität herausbildet.

ERNESTO LACLAU war zuletzt Professor für Politische Theorie an der *University of Essex*, am 13. April 2014 ist er im Alter von 78 Jahren in Sevilla (Spanien) verstorben. Der argentinische Theoretiker lehrte weltweit an verschiedenen Hochschulen in den Amerikas, Australien und Europa. Zusammen mit Chantal Mouffe veröffentlichte er 1985 das Buch *Hege-mony and Socialist Strategy* (dt. 1991: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*), das als eine der Gründungsschriften des Postmarxismus gilt.

Das ist aber keine hinreichende Bedingung für Populismus. Ein vages Gefühl allgemeiner Unzufriedenheit schafft höchstens ein vorpopulistisches Klima. Eine zweite Voraussetzung ist deshalb ein qualitativer Sprung, der dazu führt, dass sich all diese äquivalenten Ansprüche in einem Diskurs niederschlagen, der die Gesellschaft in zwei Lager spaltet – in die popularen Klassen und die Machthaber. Ohne die diskursive Konstruktion eines soziopolitischen Feindes gibt es keinen Populismus in dem Sinne, wie wir den Begriff verstehen wollen. Und es wird sofort deutlich, dass sich diese Dichotomisierung des sozialen Feldes aus ganz unterschiedlichen Ideologien speisen

kann. Populismus ist selbst keine Ideologie, sondern eine *Form* der Konstruktion des Politischen, die auf der Anrufung der Subalternen gegen die Machthaber beruht. Es gibt rechte und linke Populismen. In Lateinamerika haben wir in den letzten 15 Jahren vor allem linke Populismen erlebt. Die heutigen europäischen Populismen waren in den meisten Fällen Mobilisierungsformen der Rechten.

Ein drittes bestimmendes Merkmal von Populismus ist verbunden mit etwas, was wir »leere Signifikanten« genannt haben. Ist die Äquivalenzenkette hergestellt, muss sie sich als Totalität darstellen – erst mit diesem Schritt ist die populistische Operation vollständig. Dazu bedarf es der Mittel der Repräsentation. Worin könnten diese bestehen? Eigentlich nur in den individuellen Ansprüchen, aus denen die Kette besteht. Ein bestimmter Anspruch oder eine Gruppe von Ansprüchen muss also, ohne seine Partikularität aufzugeben, zum Signifikanten der Kette als Ganzer werden. Diesen Vorgang, durch den eine bestimmte Partikularität, ohne dass sie aufhört, partikular zu sein, die Repräsentation einer sie transzendierenden Allgemeinheit übernimmt, nennen wir *Hegemonie*. Populismus beinhaltet seinem Wesen nach eine hegemoniale Operation. Ein hegemonialer Signifikant ist immer mehr oder weniger *leer*. Es ist leicht zu erkennen, warum: Je ausgedehnter die Äquivalenzenkette, desto loser ist der Zusammenhang des hegemonialen Signifikanten mit dem Anspruch des ursprüngliches Signifikats. Das ist also die Paradoxie: Je reicher die *Extension* der Signifikantenkette, desto ärmer der sie vereinheitlichende Signifikant in seiner *Intension*. Im Endeffekt, als *reductio ad absurdum,* kann es ein bloßer Name sein – häufig der eines Führers.

POPULISMUS, INSTITUTIONALISMUS – EIN KONTINUUM

Wir sehen also, dass einerseits jede populistische Operation komplex ist, weil ihre Strukturierung nach bestimmten Logiken erfolgt, und dass andererseits populistische Logiken viel umfangreicher sind als das, worauf der übliche Begriff von Populismus zielt. Wogegen richtet sich der Populismus? Gegen den *Institutionalismus*. Populismus basiert auf einer Ausweitung der Äquivalenzenlogik, Institutionalismus basiert auf einer Logik der Differenzierung. In institutionalistischen Politikverhältnissen wird jeder Anspruch in seiner Besonderheit aufgenommen, ohne dass Äquivalenzverhältnisse mit anderen Ansprüchen hergestellt werden. Es gibt keinen Raum für die Herausbildung eines ›Volkes‹. Institutionalismus ersetzt Politik tendenziell durch Verwaltung. Die extremste Form von Institutionalismus wäre eine rein technokratische Expertenregierung. Der utopische Sozialist Saint-Simon erklärte schon im 19. Jahrhundert, an die Stelle der Regierung von Menschen müsse die Verwaltung von Sachen treten.

Wir sehen also, dass die Konstruktion des Politischen ein Kontinuum ist, angesiedelt zwischen den gedachten Extremen des reinen Populismus und des reinen

Institutionalismus. Diese beiden Extreme sind natürlich logische Zuspitzungen. In der Praxis wird jede hegemoniale Formation irgendwo zwischen diesen Polen hergestellt – dadurch, dass sie Äquivalenz und Differenz in unterschiedlichem Maße verbindet. Kein institutionalistisches System kann mit der Präzision eines Uhrwerks so funktionieren, dass es alle popularen Äquivalenzen neutralisiert, und keine populistische Mobilisierung kommt ohne jede institutionelle Verankerung aus. Das bedeutet aber auch, dass Populismus ein Bestandteil jedes politischen Systems ist, keine Sphäre eines Abweichenden oder Andersartigen, die sich aus einer rational funktionierenden Gesellschaft heraushalten ließe. Wichtig ist auch, in welchen Bereichen die Äquivalenzenlogik wirksam werden kann: auf lokaler Ebene, auf nationalstaatlicher oder sogar auf internationaler Ebene.

POPULISMUS UND DEMOKRATIE

An dieser Stelle sollte man etwas zum Verhältnis von Populismus und Demokratie sagen. Es ist interessant, dass der Begriff Demokratie im 19. Jahrhundert in Europa negativ konnotiert war, so wie heute Populismus. Wie C.B. Macpherson gezeigt hat, war der Liberalismus ein angesehenes politisches System, während Demokratie mit Jakobinismus und Pöbelherrschaft assoziiert wurde. Erst durch den Prozess der Revolutionen und Reaktionen des 19. Jahrhunderts entstand zwischen beiden ein (stets prekärer) Zusammenhang – mit dem Ergebnis, dass ›liberaldemokratisch‹ heute als eine Einheit gedacht wird. Die Verbindung wurde in Europa hergestellt, in Lateinamerika blieb sie eher instabil. Dort wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liberale Staaten gegründet, die keineswegs demokratisch waren. Sie beruhten auf den typischen Organisationsformen der grundbesitzenden Oligarchien und klientelistischen Mechanismen, sie waren alles andere als aufnahmefähig gegenüber popularen Ansprüchen.

Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts – aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung – die popularen Ansprüche nachdrücklicher wurden, kamen sie nicht so sehr innerhalb der Mechanismen des liberalen Staates zum Ausdruck, sondern in anderen politischen Formen – oft durch nationalistische Militärregierungen. Diese waren populistisch, sprachen die Massen direkt an und nicht über die traditionellen politischen Institutionen. Bevor der Populismus aufkam, funktionierte der lateinamerikanische Politikbetrieb entlang eines straffen Klientelismus auf allen Ebenen der politischen Hierarchie: Persönliche Zuwendungen tauschten sich gegen Wählerstimmen. In den meisten lateinamerikanischen Ländern gab es keine geheimen Wahlen. Eine Äquivalenzenlogik im genannten Sinne konnte nur begrenzt wirksam werden – das gesamte System widersprach dem. Dessen Krise wurde durch die Depression der 1930er Jahre beschleunigt, sie machte es schwieriger, individuelle Ansprüche durch

klientelistische Vermittlungsformen zu befriedigen. So entwickelte sich eine typische vorpopulistische Situation: Vielen Ansprüchen stand die zunehmende Unfähigkeit des liberalen Staates gegenüber, diese mit den Methoden traditioneller Politik zu befriedigen. Eine neue Generation politischer Führer mobilisierte die Massen und bewirkte populistische Brüche. Sie agierten von Grund auf demokratisch, hoben die Massen auf die politische Bühne und machten die politische Öffentlichkeit für große Teile der Bevölkerung zugänglich, die bisher davon ausgeschlossen waren. Dazu mussten sie auf die eine oder andere Weise mit formalen Prinzipien des liberalen Staates brechen. Innerhalb weniger Jahre erlebten wir den Aufstieg des Vargismus in Brasilien, des Peronismus in Argentinien, des ersten Ibáñismus in Chile und des *Movimiento Nacionalista Revolucionario* in Bolivien.[1] Diese Regierungen waren trotz ihres Bruchs mit dem Liberalismus in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik demokratisch, weil sie eine fortschrittliche Umverteilung betrieben und die Industrialisierung förderten. In der demokratischen Erfahrung der Massen in Lateinamerika entwickelte sich folglich ein Widerspruch zwischen der liberaldemokratischen und der nationalpopularen Tradition. Dieser sollte im 20. Jahrhundert relativ lange bestehen bleiben. Erst nach den brutalen Militärdiktaturen in Ländern wie Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay entstand die Möglichkeit, beide Traditionen zu verbinden: In den letzten Jahren sind in Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador und Venezuela Regierungen an die Macht gekommen, die stark populistisch orientiert sind, die Regeln der liberalen Demokratie jedoch respektieren.

Die nationalpopularen Demokratien Lateinamerikas sehen allerdings ganz anders aus als die europäischen parlamentarischen Regierungsformen. Sie sind beispielsweise stark präsidentialistisch, was daran liegt, dass progressive Veränderungen oft von der Exekutive ausgingen, während die Parlamente in Lateinamerika vielfach konservative Kräfte versammelten.

Das veranlasst mich zu einer allgemeineren Bemerkung: Es ist ein Irrtum, dass die europäischen Formen liberaler Demokratie ein allgemeingültiges Paradigma sind, dem sich alle Gesellschaften annähern sollten. Jede Gesellschaft hat ihren eigenen Weg, soziale Ansprüche in das politische System aufzunehmen – das westliche Modell ist nur eines von vielen. Die arabischen Länder haben zweifellos eine Welle demokratischer Revolutionen erlebt. Die politischen Verhältnisse, die sich aus diesem Prozess ergeben, werden aber in jedem Land anders aussehen – erst recht im Vergleich zum europäischen Muster.

ZUR KONSTRUKTION POPULARER KLASSEN

Noch ein letzter Punkt sei betont. Ein ›Volk‹ zu konstruieren, bedeutet aus unserer Sicht, populare Ansprüche in einer Äquivalenzenkette zu artikulieren. Der Begriff

des ›Anspruchs‹ ist in dieser Hinsicht ontologisch vorrangig vor dem der ›Gruppe‹. Deren Einheit ist nur das Resultat einer Artikulation von Ansprüchen. Die Ansprüche, mit denen ein bestimmter Anspruch artikuliert wird, sind nicht schon per se in ihm enthalten. Deren Verschränkung hängt von einer hegemonialen Politik ab. Die Konstruktion popularer Klassen ist also eine eminent politische Operation. Es gibt keinen Grund, warum ein bestimmter demokratischer Anspruch nicht mit solchen artikuliert werden könnte, die politisch völlig anders gelagert sind. Es ist naiv zu glauben, die rassistischen und fremdenfeindlichen Diskurse der Rechten seien durch und durch reaktionär – auch in ihnen gibt es Anrufungen von realen Bedürfnissen und Ansprüchen der Subalternen, die eben mit reaktionären Elementen verknüpft sind. Da die Konstruktion popularer Klassen eine politisch-hegemoniale ist, ist das Terrain ihrer Konstitution das eines *Stellungskriegs* (Gramsci). Für mein Verständnis des Populismus ist die gramscianische Tradition zentral. Wie kam es also zu Gramscis Wiederentdeckung des Popularen im Horizont des Marxismus?

DIE WIEDERENTDECKUNG DES POPULAREN BEI GRAMSCI

Der klassische Marxismus war kein besonders geeignetes Terrain, um einen Begriff vom ›Volk‹ zu entwickeln, geschweige denn vom Populismus. Dieser bedarf, wie wir gesehen haben, der Konstruktion einer Kette heterogener Ansprüche, die nur durch eine hegemoniale politische Artikulation verallgemeinert werden. Demgegenüber setzt der Marxismus – in seiner orthodoxen Rezeption – eine Einheit und Homogenität des revolutionären Subjekts voraus. Die Bewegungsgesetze des Kapitalismus brächten die Mittelschichten und die Bauernschaft zum Verschwinden, führten folglich zu einer Vereinheitlichung der Sozialstruktur – so eine These. Die letzte antagonistische Konfrontation der Geschichte sei die zwischen der kapitalistischen Bourgeoisie und einer homogenen proletarischen Masse. Das Ziel der sozialistischen Kräfte bestünde folglich darin, zur Organisation des Proletariats beizutragen und den Gesetzen der Geschichte ihren freien Lauf zu lassen – so eine damalige Lesart. In dieser Perspektive gab es wenig Raum für eine hegemoniale Reartikulation.

Verkompliziert wurden die Dinge allerdings dadurch, dass sich verschiedene Länder in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befanden. In orthodoxer Lesart bedeutete dies, dass in Ländern mit absolutistischen oder feudalen Systemen das vorrangige Ziel die bürgerlich-demokratische Revolution war, ihr Träger naturgemäß die liberale Bourgeoisie. Der Leninismus hat dieses Schema nur partiell modifiziert. Einerseits erkannte er, dass die kanonische Stadienfolge auf Russland nicht anwendbar war: Die russische Bourgeoisie war zu schwach und unentwickelt. Die demokratischen Ziele mussten deshalb von einer anderen Klasse verwirklicht werden – von der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft. Der Klassencharakter

der Akteure und ihre Aufgaben blieben aber unverändert. Die demokratischen Ziele waren nach wie vor bürgerlicher Natur, auch wenn sie vom Proletariat durchgesetzt wurden. Dessen Identität wiederum wurde durch seine neuen Aufgaben in keiner Weise verändert. Die Grenze der leninistischen Öffnung ist mit dem Begriff des »Klassenbündnisses« bestimmt, sein Motto: »Getrennt marschieren, vereint schlagen.« Eine Vorstellung von ›Volk‹ war noch weit entfernt.

Es waren die Erfahrungen der 1920er und 1930er Jahre, die diese Perspektive veränderten und die Grundlagen für die Herausbildung popularer Identitäten schufen, die klassenübergreifend waren – und damit die engen Grenzen des Begriffs der »Klassenbündnisse« überwanden. Die antikolonialen Kämpfe drängten in diese Richtung. Mao Tse-Tung spricht in den 1930er Jahren von »Widersprüchen innerhalb des *Volkes*«. Die Sprache ist nach wie vor leninistisch, aber eine neue Kategorie des *Popularen*, die wir so bei Lenin nicht finden, wird zunehmend Bestandteil des kommunistischen Vokabulars. Die Erfahrung der Volksfronten im antifaschistischen Kampf in Europa festigt diese Tendenz.

Hinter diesen Entwicklungen stand die Erkenntnis, dass die Kluft zwischen Aufgaben und Akteuren, wie sie in den Strategiedebatten im Vorfeld der Russischen Revolution aufkam, keine russische Besonderheit war, sondern ein allgemeines Phänomen. Das zeigt sich beispielsweise in der Theorie der kombinierten und ungleichen Entwicklung. Trotzki kommt in den 1930er Jahren zu dem Schluss, dass eine kombinierte und ungleiche Entwicklung das Terrain aller damaligen sozialen Kämpfe ist. Wenn aber »anormale« Kombinationen die Regel sind, muss man sich fragen: Was ist eigentlich eine normale Entwicklung?

Ab einem gewissen Punkt ließ sich die Identität von Zielsetzungen und Akteuren nicht mehr aufrechterhalten. Der Prozess ihrer wechselseitigen Durchdringung war unaufhaltsam geworden. Trotzki ging nie so weit, dies anzuerkennen, geschweige denn zu theoretisieren. Andere aber fingen an, es zu tun.

Die bedeutendste Theorisierung dieses Prozesses findet sich damals bei Gramsci. In seinem Werk begegnen wir einer Reihe von Begriffen, die das marxistische Denken der Zeit von Grund auf verändern sollten: Hegemonie, Gegensatz von korporativer und hegemonialer Klasse, Stellungskrieg, integraler Staat usw.

GRAMSCIS BEITRAG ZU EINER THEORIE DES POPULISMUS

1 | Für Gramsci sind soziale Akteure keine Klassen im strengen Sinne, sondern Formen eines »Kollektivwillens«. Hinter dessen Konstitution verbirgt sich eine Logik der Artikulation, die heterogene Elemente zu einer Einheit macht. Dieser Übergang von Heterogenität zu Einheit ist vergleichbar mit dem, was ich oben eine Äquivalenzenlogik nannte.

2 | Die hegemoniale Kraft einer soziopolitischen Formation ist keine bestehende Identität, die der Gemeinschaft ihre Anschauung aufzwingen würde. Sie wird durch das Zusammenwirken von Teilen der Gemeinschaft erst konstruiert. Damit löst Gramsci auf einen Schlag das Problem früherer Hegemonietheorien, die über die leninistischen »Klassenbündnisse« nicht hinausgekommen waren.
Wären die Kräfte, die den »kollektiven Willen« ausbilden, fertige Identitäten, bestünde die hegemoniale Operation in der hoffnungslosen Aufgabe, die Teile eines Puzzles zusammenzusetzen. Die Einheit könnte nur erzwungen werden. Sind aber die Identitäten nicht schon vorhanden, weil die Äquivalenzbeziehungen für sie grundlegend sind, dann besteht zwischen ihnen ein organischer Zusammenhang und es wird einfacher, Übereinkunft herzustellen. Auch die hegemoniale Kraft kann nur dadurch hegemonial werden, dass sie ihre eigene Identität in einen leeren Signifikanten verwandelt.
3 | Schließlich betrifft die hegemoniale Operation für Gramsci auch die Unterscheidung von Staat und Zivilgesellschaft. Für Hegel war der Staat der Ort des Allgemeinen – das Beamtentum die allgemeine Klasse. Marx entgegnete, der Staat sei ein Instrument der herrschenden Klasse. Der Ort des Allgemeinen ist für ihn die Zivilgesellschaft – die allgemeine Klasse das Proletariat. Gramsci stimmt mit Marx darin überein, dass Prozesse, die auf der Ebene der Zivilgesellschaft stattfinden, Teil der Konstruktion des Allgemeinen sind. Er stimmt aber auch mit Hegel darin überein, dass diese Prozesse ihrem Wesen nach politisch sind (nun erweitert auf das gesamte gemeinschaftliche Feld). Gramsci spricht von der Konstitution eines integralen Staates. Für ihn ist die einzige Allgemeinheit, die eine Gemeinschaft erreichen kann, eine *hegemoniale Allgemeinheit,* die stets auf kontingenten Artikulationen basiert.

Heute, in einer globalisierten Welt, sehen wir, dass diese Kontingenz noch grundlegender ist, als Gramsci dies in den 1930er Jahren wahrnehmen konnte. Das ändert aber nichts daran, dass wir in seinem Werk eine der hellsichtigsten Antizipationen dessen finden, wie die heutige Welt aussehen würde. Unser Denken und Arbeiten bewegen sich nach wie vor auf Gramscis Spuren.

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

---

1 Populistische Bewegungen, deren Namen auf ihre jeweiligen Anführer zurückgehen: Getúlio Vargas, Juàn Perón, Carlos Ibáñez

AESTHETICS





Streetart von: wild drawings
(rechte Seite, rechts)
Dimitris Taxis (sonstige)

JULIA TULKE

OF CRISIS





In ihrem Projekt *Aesthetics of Crisis* dokumentiert Julia Tulke politische Streetart in Athen als künstlerische Verarbeitungsform der Krise. Die in Berlin lebende Ethnologin sieht Athen als symbolisches Epizentrum der europäischen Krise: Neben der Tristesse, den Generalstreiks und Straßenschlachten ist es auch die Stadt des kreativen Widerstands. Streetart ist hier mehr als Jugendkultur. Alltagsszenen stehen neben Wandsprüchen wie »Die einzigen Terroristen sind die 8.00-Uhr-Nachrichten«. Ironie, Hoffnung, Zynismus, Leidenschaft und politische Parolen ergeben ein spannendes Gemisch, dessen Ikonographien und Rhetoriken Tulke an den Wänden Athens nachspürt. 850 mit Geodaten versehene Bilder ergänzt sie um Interviews mit ProtagonistInnen der (internationalen) Streetart-Szene über Hintergründe, Motive und Bezüge zu ihrer Arbeit. Wir dokumentieren einige ihrer Fundstücke. Mehr zu Tulkes Arbeit findet sich auf www.aestheticsofcrisis.org.
Alle folgenden Bilder aus dieser Reihe aus Athen, 2013: aesthetics of crisis/flickr Ⓘ$Ⓢ⊜.

NEUGRÜNDUNG EUROPAS?

STRATEGISCHE ORIENTIERUNGEN

MARIO CANDEIAS, LUKAS OBERNDORFER UND ANNE STECKNER

Europa ist mehr als die Europäische Union und die EU mehr als ihre neoliberale und zunehmend undemokratisch-autoritäre Gestalt. Doch ist Letztere die gegenwärtig existierende. Simple Bekenntnisse zu Europa oder gar ›mehr Europa‹ verfehlen den zu Recht skeptischen Alltagsverstand. Immer wieder wurde die europäische Ebene als Hebel genutzt, um Sozial- und Arbeitsrechte auszuhöhlen sowie Kapital- und Marktlogik zu stärken – und zwar nicht erst seit der Krise 2008, sondern spätestens seit dem Mitte der 1980er Jahre forcierten Projekt des europäischen Binnenmarktes.

Hieraus die Rückbesinnung auf die Verteidigung nationaler Errungenschaften abzuleiten, ist ebenso kurzschlüssig. Zentrale Richtungsentscheidungen fallen nach wie vor im europäischen Rat, also durch nationale Regierungen, aber jenseits nationaler Parlamente. Die Prekarisierung der Arbeit wurde durch europäische Entscheidungen zwar erleichtert, vorangetrieben wurde sie jedoch über nationale Parlamente: die Workfare-Programme in Großbritannien ebenso wie die Agenda 2010 in Deutschland. Die Privatisierung kommunaler Stadtwerke ist von der EU gewünscht, betrieben wurde sie von klammen Kommunen, die sich schnelle Einnahmen und Effizienzgewinne versprachen. Dienstleistungen müssen laut EU-Recht europaweit ausgeschrieben werden, doch niemand hat die Kommunen gezwungen, darauf zu verzichten, diese Dienste selbst anzubieten. Gerade die Bundesregierung nützt das europäische Krisenmanagement, um die Interessen der deutschen und transnationalen Export- und Finanzindustrie durchzusetzen: Neoliberale Politik wird in der ganzen EU verallgemeinert und durch Recht auf Dauer gestellt.

Von rechts bedient die *Alternative für Deutschland* (AfD) im Chor mit anderen rechtspopulistischen Parteien den Traum von der Rückkehr zu einer nationalen Währung. Indem sie zur Krisenbewältigung »imaginäre Gemeinschaften« (Benedict

Anderson) beschwört – ›wir Deutschen‹ ohne Klassen oder andere gesellschaftliche Gegensätze – bedient sie die Sehnsucht nach einem überschaubaren und beeinflussbaren Währungs- und Wirtschaftsraum. Sie malt das Bild einer »imaginären Ökonomie«, von Volkswirtschaften, die es längst nicht mehr gibt. Transnationalisierte Produktionsnetze und liberalisierte globale Finanzmärkte bestimmen das Bild.

Im Ensemble von Institutionen und Abkommen der EU sind lokale, regionale, nationale, supranationale und internationale Ebenen zu einem komplexen Geflecht verwoben. Zwar hat dieser Umstand keineswegs zur Überwindung der Nationalstaaten geführt. Vielmehr spielen nationale Wettbewerbsstaaten eine entscheidende Rolle im Prozess der Transnationalisierung. Doch übersieht beispielsweise die Forderung nach einem geregelten Euro-Austritt eben diese transnationale Qualität: Wie soll auf nationaler Ebene die Reregulierung internationaler Finanzmärkte erfolgen? Wie soll das gegeneinander Ausspielen von Standorten in transnationalen Produktionsnetzen verhindert werden? Wie soll angesichts globaler Märkte eine national ausgerichtete keynesianische Strategie greifen? Sie würde in kürzester Zeit mit der Transnationalisierung von Kapitalströmen und Machtstrukturen kollidieren. Nationalstaatlich beschränkte Politik würde nicht einmal zur Verteidigung sozialer Errungenschaften ausreichen. Und auch für Griechenland unter einer möglichen Linksregierung gilt: Sozialismus in einem Land war schon in weniger transnationalisierten Zeiten ein unmögliches Unterfangen. Es gibt keine Möglichkeit des Exodus.

ANNE STECKNER ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet im Bereich politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

LUKAS OBERNDORFER ist Wissenschaftler in Wien und aktiv im Arbeitskreis kritische Europaforschung der Assoziation kritische Gesellschaftsforschung (AkG).

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur dieser Zeitschrift.

Dabei ist nicht jeder Euroskeptiker gleich Nationalist. Es gibt ein wachsendes Unbehagen gegenüber der EU, auch innerhalb linker Parteien, das nicht dumpf nationalistisch, sondern erfahrungsgesättigt ist. Dem kann mit der Predigt eines hilflosen Internationalismus nicht begegnet werden. Schließlich war in den letzten Jahrzehnten fast jeder Schritt zur europäischen Integration ein Mittel zur Durchsetzung neoliberaler Politiken. Die EU gleicht immer mehr einem wirtschaftsnahen Lobbyverein, der angesichts eines schwachen Europäischen Parlaments kaum der politischen Kontrolle oder der Beeinflussung durch zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen unterliegt. Die parteiförmige Linke bewegt sich also in einem strategischen Dilemma, das im Europa-Wahlprogramm der LINKEN auf den Punkt gebracht wird: »Für DIE LINKE stellt sich keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir führen die Kämpfe dort, wo sie stattfinden, in der EU, in Deutschland,

weltweit. Nicht, indem wir uns zurückziehen auf den Nationalstaat, in der Hoffnung, dass sich Löhne und Sozialstandards leichter verteidigen lassen. Nicht, indem wir uns Illusionen machen über die neoliberale Europäische Union.«

AUTORITÄRER KONSTITUTIONALISMUS

Neben den Troika-Auflagen für »Hilfskredite«, die auch gegen Grund- und Menschenrechte (z.B. das Recht auf Tarifautonomie) verstoßen, steht eine *New Economic Governance* (NEG) mit diversen Austeritäts- und Wettbewerbspeitschen im Zentrum des europäischen Krisenmanagements. Hierbei werden demokratische Prinzipien und geltendes Recht, wenn nötig, umgangen oder gebrochen. Das geschieht über den Umweg zwischenstaatlicher Abkommen (wie z.B. im Fall des Fiskalpaktes) oder über die europarechtswidrige Einpressung von Sekundärecht in die geltenden Verträge (wie im Fall der NEG). Hierbei werden die Exekutivapparate mit umfassenden Beschluss- und Sanktionskompetenzen ausgestattet, während die parlamentarischen Arenen geschwächt werden – sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Dieser autoritäre Konstitutionalismus zählt weder auf Recht noch auf Zustimmung. Sein Zwangscharakter tritt nicht nur in Südeuropa offen zutage. Dies geht über eine postdemokratische Situation hinaus, in der formal fortbestehende demokratische Verfahren entleert werden. Hier geht es um eine offen autoritäre Setzung von Recht bei Bruch demokratischer Verfahren.

Das heißt: Selbst die im europäischen Recht verdichteten Handlungsräume werden zu eng für die Radikalisierung des neoliberalen Projekts. Nachdem die Regeln für eine strikte Austeritätspolitik europaweit auf Dauer gestellt und einer demokratischen Infragestellung entzogen wurden, geht es nun um eine Europäisierung der im südeuropäischen Laboratorium erprobten Strukturreformen. In den »Verträgen für Wettbewerbsfähigkeit« sollen sich die Mitgliedstaaten gegenüber der Europäischen Kommission zur Deregulierung ihrer Arbeitsmärkte, zur Reform ihrer Pensionssysteme und zur Senkung ihrer Löhne verpflichten (vgl. Händel in *LuXemburg-Online*). Die geplanten wie die beschlossenen Instrumente der Krisenpolitik gehen noch deutlich weiter als das mögliche Freihandelsabkommen mit den USA. Die Kommission erklärt ganz offen, dass die angedachten Verträge auf die Überwindung politischer Widerstände zielen. Die zentrale Konfliktachse im autoritären Konstitutionalismus lautet daher nicht Europa vs. Nationalstaat, sondern europäisches Staatsapparate-Ensemble vs. (repräsentative) Demokratie.

STRUKTURELLE SELEKTIVITÄT DER EU

Jeder Versuch einer linken Reform muss sich mit der strukturellen Selektivität der EU-Institutionen auseinandersetzen. Die LINKE fordert daher zu Recht einen

»Neustart mit einer Revision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind«, wie es im Grundsatzprogramm heißt. Entsprechende Vertragsänderungen sind aber schwierig. Das in Artikel 48 des Vertrages über die Europäische Union festgeschriebene Prozedere sieht die Zustimmung jedes Nationalstaates vor. Durch diese zentrale Rolle der Nationalstaaten im Vertragsänderungsverfahren können sich Interessen im Wesentlichen nur als nationale Interessen und nur durch ihre Exekutiven hindurch artikulieren. Französische ArbeiterInnen sitzen so im selben Boot mit französischen Großbauern und Konzernen, anstatt nach gemeinsamen Interessen mit deutschen oder österreichischen Lohnabhängigen zu suchen. Dieser nationalstaatliche Flaschenhals führt zu einer Horizontalisierung der Konfliktachsen: ›Die Deutschen/Österreicher/Belgier‹ müssen vermeintlich für ›die Griechen/Portugiesen/Irländer‹ die Zeche zahlen. Klassenwidersprüche, Geschlechterhierarchien und andere Machtverhältnisse werden unsichtbar, die Verursacher der Krise bleiben ungenannt.

Zudem ist die komplexe Rechtslage ein Feld für ausgewiesene ExpertInnen: Nur wer sich im juristischen Dschungel der EU zu bewegen weiß, kann Vorschläge einbringen, die ins bisherige Vertragsgefüge passen. Das führt nicht nur zu einer Verrechtlichung und Bürokratisierung der Debatte. Es stärkt auch die Exekutiven und schließt die Bevölkerungen von realer Beteiligung aus. Darüber hinaus kann das Veto jedes Mitgliedslandes (bzw. seines Staats- und Regierungschefs) dafür sorgen, dass auch nur die kleinste Infragestellung der autoritär-neoliberalen Integration zunichte gemacht wird: ohne den Konsens aller Mitgliedsstaaten keine relevante Vertragsänderung. Auf diese Weise kann sich die Vetomacht einer einzigen Regierung gegen die große Mehrheit der Bevölkerung in Europa wenden. Auf dieser Grundlage lässt sich eine Neugründung Europas von unten nicht einmal in Ansätzen erringen. Was bedeutet das für strategische Orientierungen der Linken?

KRITIK DES AUTORITÄREN KRISENMANAGEMENTS UND SOLIDARITÄT

Die klare Ablehnung des autoritären Krisenmanagements war medial durchaus erfolgreich und wurde an der Wählerbasis von Parteien links der Sozialdemokratie auch positiv aufgenommen. Es gelang, die Ursachen der Krise mit einer Perspektive der Solidarität mit den Krisenopfern zu verbinden, statt sich durch nationalistische Deutungen spalten zu lassen.

Sinnvoll bleibt auch, auf nationalem Terrain Möglichkeiten gegen neoliberale und autoritäre Maßnahmen auf europäischer Ebene zu nutzen, etwa mit Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Auch vor europäischen Gerichten, insbesondere dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, lassen sich innerhalb des bestehenden Rechts soziale und demokratische Rechte verteidigen, zum Beispiel mit

Klagen gegen die *New Economic Governance*, den Fiskalpakt, das grund- und kompetenzrechtlich nicht gedeckte Vorgehen der EU-Organe im Rahmen der Troika oder gegen das Agieren von Frontex. Alle diese möglichen Schritte sind wichtiger Teil einer linken Gegenstrategie und erreichen ein beachtliches Medienecho.

VERKNÜPFUNG VON KRISE, ALLTAG UND KOMMUNE

Trotz kleiner (kommunikativer) Erfolge zeigt sich aber, dass das Thema Eurokrise oft schwer vermittelbar ist. Linke Strategien sollten weniger von der großen Krise als vom Alltag der Menschen ausgehend entwickelt werden: Wie hängen Krise und Alltag zusammen? Was haben meine Probleme mit den Forderungen vieler Menschen in den Krisenländern zu tun? Wie lässt sich daraus eine gemeinsame, solidarische Perspektive entwickeln? Für die am stärksten von der Krise betroffenen Länder in Europa ist ein Schuldenaudit eine unverzichtbare Forderung, um sich von der erdrückenden Schuldenlast zu befreien (vgl. Weber in diesem Heft). Solch ein Audit zielt darauf ab, die Unrechtmäßigkeit der Schulden herauszustellen, indem gefragt wird: Muss der Schuldendienst an jene, eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen überhaupt geleistet werden? Sind diese Schulden nicht zu großen Teilen illegitim, also unrechtmäßig? Welche Schulden sollten zurückgezahlt werden – und vor allem: welche nicht? Darüber wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten.

In Deutschland ließe sich die Schuldenproblematik mit Forderungen verknüpfen, die der Situation hierzulande entsprechen. Ein wichtiges Thema wäre die Schuldenbremse. Sie bedroht die ohnehin schon prekäre Finanzlage der Kommunen ganz unmittelbar. Die Einschränkung von öffentlichen Leistungen bekommt die Bevölkerung direkt zu spüren. Zahlreiche Auseinandersetzungen um soziale Infrastrukturen, von der Ausstattung der Schulen über ausreichende Kindergartenplätze, öffentlichen Nahverkehr, die Rekommunalisierung von Wasserwerken und Energieversorgern bis hin zu Kämpfen um bezahlbaren Wohnraum, spielen sich auf kommunaler Ebene ab. Hier ist die Krise am deutlichsten zu spüren. Und es stehen zahlreiche Kommunalwahlen an.

Ein Beispiel für eine europaweit verbindende Perspektive unterschiedlicher Kämpfe wäre die Arbeit an einer Forderung für eine entgeltfreie soziale Infrastruktur für alle, eine bedingungslose sozialökologische Grundversorgung in den Bereichen Energie, Wasser, Mobilität, Internet etc. sowie kostenfreie Gesundheit und Bildung.

KRITISCHE ANEIGNUNG VON HERRSCHAFTSWISSEN

Um gemeinsam kämpfen zu können, ist es unabdingbar zu wissen, in welchem Feld man sich bewegt, und die Bedingungen des eigenen Handelns zu verstehen. Die





Streetart von:
Alexandros Vasmoulakis

Schwierigkeit der Vermittlung der Eurokrise in den Alltag der Menschen gründet auch darin, dass viele sich gar nicht in der Lage sehen, sich politisch einzubringen und an den strategischen Auseinandersetzungen teilzunehmen. Probleme Europas und der Eurokrise werden allzu häufig im Rahmen von ›Experten-Debatten‹ verhandelt, von deren tiefer Materie die Massen nicht viel verstünden. Diese Wahrnehmung ist nicht bloß mangelndem Wissen oder weitverbreiteter Verunsicherung geschuldet, sondern ein tatsächliches Problem: Die EU ist ein komplexes Institutionengefüge, ihre rechtlichen Verfahrensweisen sind schwierig zu durchschauen, ihre Organe auf bekanntem demokratischem Wege nicht erreichbar. Brüssel bleibt hochgradig abstrakt, und das ist durchaus gewollt. So wird eine umfassende Beteiligung von unten durch Herrschaftswissen verhindert.

Politikverdrossenheit und Desinteresse an der EU sind also mehr als die realistische Einsicht in begrenzte Gestaltungsmacht. Hier kommt linker Bildungsarbeit eine wichtige Rolle zu: Ohne sich über das vermachtete Terrain der EU irgendwelche Illusionen zu machen, können nüchterne Analyse und gelungene Bildungsveranstaltungen die kritische, kollektive Aneignung von Herrschaftswissen dahingehend befördern, dass politisch Interessierte sich selbstbewusster und kenntnisreicher in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um ein anderes Europa einmischen. Die Herausforderung an die Linke besteht darin, auf diesem Feld überzeugende Übersetzungsleistungen anzubieten.

EUROPÄISCHE BEWEGUNGEN UND TRANSNATIONALE WIDERSTÄNDE

In Griechenland, Spanien und Portugal hat die gesellschaftliche Mobilisierung neue Massenorganisationen und Solidaritätsnetzwerke hervorgebracht, wie die Plattform der von den Hypotheken Betroffenen (PAH) oder Solidarity4all (vgl. Candeias/Völpel 2014). Sie bieten die Basis für eine Reorganisierung der Linken. Auch bei uns gehören Mobilisierungen gegen Zwangsräumungen oder Initiativen wie Kotti & Co und für ein »Recht auf Stadt« zu den Hoffnungszeichen einer ansonsten wenig beweglichen bundesdeutschen Protestgesellschaft. Der Protest zeigt lokal Wirkung, und auch auf nationaler Ebene setzt er Regierungen unter Druck. Doch zerschellt er an den soliden Institutionen der Macht. Denn die Regierungen der Krisenstaaten sind in transnational und europäisch gesicherte Herrschaftsverhältnisse eingebettet.

Die Reorganisierung der Linken bindet enorme Ressourcen und Kräfte. So bleibt wenig, um die lokalen Kämpfe transnational zu verbinden. Und doch wird diese Notwendigkeit des *jumping the scale*, des Sprungs auf die nächst höhere Ebene, formuliert, um auch die Kräfteverhältnisse transnationaler Staatlichkeit zu verändern. Die existierenden internationalen Organisationen wie der Europäische

Gewerkschaftsbund (EGB) oder die vielen transnationalen Treffen der Protestbewegungen reichen dafür nicht aus.

Auf unzähligen kleinen und größeren Treffen wird sich über Widersprüche und Probleme, Thematisierungsweisen und Strategien ausgetauscht, ob beim Treffen Florenz 10+10, dem AlterSummit in Athen, den diversen Agora-Treffen oder anlässlich gemeinsamer Aktionstage, Konferenzen und Workshops. Auch wenn der Fokus der Organisierung angesichts beschränkter Ressourcen überwiegend lokal und national ausgerichtet bleibt und darin dennoch größere Fortschritte der Organisierung erzielt werden als in den vergangenen 10 oder 20 Jahren, wird immer wieder auch die Beschränktheit des ›Lokalen‹ und ›Nationalen‹ deutlich. Die Durchsetzung weitreichender Forderungen scheitert noch an der transnationalisierten Macht. Daher bleiben die europäische Ebene und die transnationale Organisierung ein wichtiger Horizont.

Die Eröffnung des neuen EZB-Hochhauses im Jahr 2014 und eine Neuauflage der Blockupy-Proteste in Frankfurt können in diesem Zusammenhang symbolische Bedeutung entfalten. Veränderungen bewirken sie nicht. Wichtiger noch als das Ereignis selbst kann jedoch der Prozess der Organisierung der Blockupy-Aktionen sein, er kann zugleich als regelmäßiger transnationaler Austausch über gemeinsame Strategien und Aktionen dienen. Jenseits dessen bleibt ein qualitativer Sprung transnationaler Organisierung nötig.

VORSCHLÄGE FÜR EINE PROGRAMMATISCHE REFORM DER EU

Die vielen nach vorn gerichteten Vorschläge linker Parteien zur Bearbeitung der Eurokrise und zur sozialen Gestaltung Europas könnten noch deutlicher als Elemente eines solidarischen Prozesses der Neukonstitution Europas vertreten werden: erstens durch kurzfristige Krisenintervention soziale und finanzielle Not von den Menschen abwenden – zulasten derjenigen, die die Krise verursacht und mit ihr noch Profite gemacht haben; zweitens einen alternativen wirtschaftlichen Entwicklungspfad in Europa möglich machen, der soziale und ökologische Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt; und drittens eine langfristige Vision für die Zukunft der europäischen Einigung zur Diskussion stellen.

Zugleich deuten sich in der gegenwärtigen EU-Politik Veränderungen herrschender Politik an, die gewisse Debattenräume öffnen. Diese Verschiebungen können genutzt werden, um linken Vorschlägen mehr Gehör zu verschaffen: Wie könnte eine kooperative europäische Wirtschaftskoordination aussehen, was wären Elemente einer sozialökologischen Industriepolitik in Europa, wie wären solidarische Perspektiven europäischer Arbeitsteilung zu entwickeln?

Vor falschen Hoffnungen sollte man jedoch auf der Hut sein: Wirklich linke Reformen innerhalb des autoritären Konstitutionalismus der EU sind aufgrund

der genannten Selektivitäten kaum durchsetzbar. Vielmehr droht mit sinnvoll erscheinenden Reformen die Vertiefung neoliberaler Politik: So wird Industriepolitik im Sinne der Kommission auf verbesserte Wettbewerbsbedingungen und Zugang zu Märkten reduziert. Ansätze einer europäischen Arbeitslosenversicherung zur konjunkturellen Abfederung von Krisen sollen in einzelnen Mitgliedsstaaten an eine weitere Flexibilisierung von Arbeitsmärkten gekoppelt werden.

Doch selbst unter den herrschenden Verhältnissen im EU-Parlament ist es möglich, scharfe Kritiken zum Beispiel an der Troika-Politik zu üben und Räume für eine Formulierung alternativer Politiken zu öffnen. Und über linke ParlamentarierInnen können frühzeitig Informationen über Kommissionspläne bekannt gemacht und Öffentlichkeit hergestellt werden. Das Europäische Parlament gilt es als Gegengewicht zur Kommission jetzt schon weiter zu nutzen, auch wenn unter den gegebenen strukturellen Selektivitäten nur punktuelle Reformen durchsetzbar sind. Eben jene Selektivitäten (z.B. Einstimmigkeit für harmonisierte Unternehmensbesteuerung) sind zu skandalisieren. In einigen Politikfeldern hat das Parlament Macht hinzugewonnen, um weitergehende neoliberale Maßnahmen zu verhindern bzw. zu korrigieren.

STRATEGIEN EINES DEMOKRATISIERENDEN BRUCHS

Es ist fraglich, wie lange die gegenwärtige Regierung in Griechenland noch hält. Für die Herrschenden in Europa ist dies ein Fanal, sie fürchten den Präzedenzfall: Gelänge es dem Bündnis der radikalen Linken, SYRIZA, dem drakonischen Kürzungs- und Wettbewerbsdiktat wirksamen Widerstand entgegenzusetzen, droht ein politischer Dominoeffekt. In Griechenland haben sich breite Bewegungen organisiert, wodurch die Linke bei den Wahlen reüssiert. Die Formulierung eines klaren Antagonismus führte das Bündnis nicht in die Isolation. Vielmehr scheint es zu gelingen, die in den Bewegungen und größeren Teilen der Bevölkerung geäußerten Leidenschaften und Forderungen aufzunehmen und zu verdichten: gegen die autoritär-neoliberale EU und die Macht des Finanzkapitals, aber für Europa. Auf intelligente Weise umgeht SYRIZA die Dilemmata, in denen sich die Linke in Europa sonst häufig verfängt.

Es geht also darum, Möglichkeiten auf nationaler Ebene so zu nutzen, dass europäische Verhältnisse in Bewegung geraten. Die demokratische Neugründung Europas wäre das Ziel. Möglicherweise wird diese Perspektive aber erst durch ein Ereignis eröffnet, gar hervorgebracht, das in nur einem Land einen effektiven Bruch erzeugt: etwa durch eine griechische Linksregierung, die die Kürzungspolitiken der Troika zurückweist, Neuverhandlungen und einen Schuldenschnitt erzwingt, Kapitalverkehrskontrollen einführt, Steuerreformen umsetzt und mit ei-

nem sozialökologischen Umbau des Wirtschaftens beginnt. Das politische Risiko, gegen Europarecht zu verstoßen, ist einzugehen. Andere werden folgen. So könnten die in einem oder mehreren Ländern begonnenen Reformschritte innerhalb Europas ausgedehnt werden. Die Unzufriedenheit mit der Politik und den Institutionen der EU ist so groß, dass Brüche mit den geltenden Regeln, quasi ein staatlicher ziviler Ungehorsam aus Notwehr, durchaus auf Zustimmung treffen könnten.

VERFASSUNGSGEBENDE PROZESSE UND DIE NEUGRÜNDUNG EUROPAS

Das Grundsatzprogramm der LINKEN formuliert einen anspruchsvollen Ausgangspunkt: »Wir setzen uns […] weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allem EU-Mitgliedsstaaten in einem Referendum abstimmen können. Wir wollen nicht weniger als einen grundlegenden Politikwechsel.«

Angesichts der hochgradig vermachteten EU-Institutionen müssen linke Parteien in Europa scheitern, wenn sie nicht darauf hinarbeiten, die Anordnung der Strukturen selbst zu verändern und das Terrain des Kampfes zu verschieben: Ohne grundlegende Infragestellung und Schaffung neuer Institutionen bliebe auch eine linke Regierung in Spanien oder Griechenland chancenlos. Auch wäre die alleinige Konzentration aufs Parlament innerhalb des europäischen Ensembles von Staatsapparaten eine Selbstbeschränkung auf ein nahezu hoffnungslos vermachtetes Terrain. Es gälte daher, einen Terrainwechsel zu vollziehen und demokratische Gegeninstitutionen aufzubauen. Ein partizipativer, lokal und überregional verknüpfter verfassungsgebender Prozess der Beratung und Organisierung in Rätestrukturen – von den Vierteln bis zur europäischen Ebene – hätte die enorme Aufgabe zu bewältigen, vielfältige Positionen der gesellschaftlichen Linken zu einer gemeinsamen Alternative zu verdichten. Zahlreiche gesellschaftliche Kräfte in Südeuropa und darüber hinaus diskutieren in diese Richtung. Am Ende stünde eine verfassungsgebende Versammlung für Europa, die zumindest durch allgemeine und gleiche Wahlen zusammengesetzt sein müsste – eine Strategie, die schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Eindringen der Massen in die Politik ermöglicht hat. Welches Europa wollen wir? Wie wollen wir darin leben? Zuvor braucht es jedoch auch auf europäischer Ebene einen effektiven Bruch. Dieser ist unmittelbar auf transnationaler Ebene nicht zu erwarten. Ohne den Sturz der neoliberalen Regierungen droht das Potenzial eines verfassungsgebenden Prozesses zu verpuffen. Bruch und Neugründung sind keine Gegensätze, sie verweisen aufeinander.

LITERATUR

Candeias, Mario und Eva Völpel, 2014: *Plätze sichern!*, Hamburg

VOM KONTROLLSTAAT ZUR PRAXIS DESTITUIERENDER MACHT

GIORGIO AGAMBEN

Hier in Athen über das Schicksal der heutigen Demokratie nachzudenken, ist irgendwie verunsichernd, weil es dazu zwingt, das Ende der Demokratie an dem Ort zu begreifen, an dem sie entstand. Tatsächlich möchte ich die Hypothese vorbringen, dass das Regierungsmodell, das heute in Europa vorherrscht, nicht nur undemokratisch ist – man kann es auch nicht als politisch betrachten. Ich will deshalb versuchen zu zeigen, dass die europäische Gesellschaft heute keine politische Gesellschaft mehr ist. Sie ist etwas ganz Neues – etwas, wofür uns die richtigen Begriffe fehlen und wofür wir deshalb eine neue Strategie zu entwickeln haben.

Beginnen wir mit einem Begriff, der seit dem September 2001 jeden anderen politischen Begriff verdrängt zu haben scheint – Sicherheit. Die Formel »aus Sicherheitsgründen« fungiert heute in allen Bereichen, vom Alltagsleben bis hin zu internationalen Konflikten, als ein Deckwort zur Durchsetzung von Maßnahmen, die die Menschen mit guten Gründen nicht akzeptieren würden. Ich will versuchen zu zeigen, dass der eigentliche Zweck von Sicherheitsmaßnahmen nicht in der Abwendung von Gefahren, Unruhen oder sogar Katastrophen liegt.

PERMANENTER AUSNAHMEZUSTAND

Wir könnten die Herkunft und Geschichte dieses Begriffs in das Modell des Ausnahmezustands einordnen und ihn zurückverfolgen bis auf das römische Prinzip *Salus publica suprema lex* – öffentliche Sicherheit ist höchstes Gesetz. Wir könnten ihn also mit der römischen Diktatur verbinden, mit dem kanonischen Rechtsgrundsatz *Necessitas non habet legem* (Not kennt kein Gebot), mit den *Comités de salut public* der Französischen Revolution und schließlich mit Artikel 48 der Weimarer Verfassung – der Rechtsgrundlage des Naziregimes. Diese Genealogie ist zweifellos

zutreffend. Ich glaube aber nicht, dass sich damit die Sicherheitsdispositive und Sicherheitsmaßnahmen, die wir kennen, wirklich erklären lassen.

Während der Ausnahmezustand ursprünglich als eine nur vorübergehende Maßnahme gedacht war, zur Abwendung einer unmittelbaren Gefahr, um die Normalität wiederherzustellen, wird er heute zur permanenten Regierungstechnik. Der einzige eindeutige Präzedenzfall war das Naziregime. Als Hitler im Februar 1933 die Macht übernahm, erließ er sofort eine »Notverordnung«, um die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung außer Kraft zu setzen. Diese Verordnung wurde nie aufgehoben. Man kann deshalb das gesamte Dritte Reich als einen zwölfjährigen Ausnahmezustand betrachten.

Was heute geschieht, ist etwas anderes. Der formelle Ausnahmezustand wurde nie erklärt. Stattdessen werden vage nichtjuristische Begriffe dazu verwendet, einen schleichenden vermeintlichen Notstand zu einem Dauerzustand zu machen, ohne dass dem eine eindeutig identifizierbare Gefahr entspricht. Ein Beispiel ist der Begriff der Krise. Neben seiner ursprünglich juristischen Bedeutung der Urteilsfindung begegnen sich in diesem Begriff – der aus dem griechischen Verb *kríno* stammt – zwei semantische Traditionen: eine medizinische und eine theologische. In der medizinischen Tradition bezeichnet die »Krisis« den Moment, in dem der Arzt urteilen muss – in dem er also entscheiden muss, ob der Patient stirbt oder überlebt. Der Tag oder die Tage, an dem bzw. denen diese Entscheidung fällt, nennt man die *krísimoi,* die kritischen oder entscheidenden Tage. In der Theologie ist die Krisis das Jüngste Gericht, bei dem Christus am Ende der Tage das Urteil fällt. Das Entscheidende ist in beiden Fällen die Verbindung mit einem bestimmten zeitlichen Moment. In der jetzigen Verwendung des Begriffs wird genau diese Verbindung gekappt. Die Krisis, die Urteilsfindung, wird abgespalten von ihrem zeitlichen Index. Sie fällt zusammen mit dem chronologischen Zeitablauf, sodass die Krise – nicht nur in Wirtschaft und Politik, sondern in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen – zur Normalität wird. Die Krise wird damit zu einem bloßen Regierungsinstrument. Die Fähigkeit, etwas ein für allemal zu entscheiden, geht verloren, der permanente Entscheidungsprozess entscheidet in Wirklichkeit nichts. Wir könnten sagen, dass die Regierung, die einem ständigen Ausnahmezustand begegnen muss, tendenziell die Form eines permanenten Staatsstreichs annimmt. Diese Paradoxie wäre übrigens eine Beschreibung dessen, was hier in Griechenland passiert, genauso wie in Italien, wo das Regieren zu einer Abfolge von kleinen Staatsstreichen geworden ist.

GIORGIO AGAMBEN wurde mit *Homo sacer* zu einem der meistdiskutierten Philosophen unserer Zeit. Mit einer Vielzahl historischer wie aktuell politischer Bezüge gelingt es ihm zu zeigen, wie der permanente Ausnahmezustand zum neuen Paradigma des Regierens geworden ist. Agamben lehrt an der Universität Venedig und am *Collège International de Philosophie* in Paris.

DAS REGIEREN DER FOLGEN

Daher ist das Modell des Ausnahmezustands nicht ganz angemessen, um zu begreifen, unter welcher Form von Gouvernementalität wir leben. Ich werde deshalb der Anregung Foucaults (2006, 52ff) folgen und die Entstehung des Begriffs der Sicherheit in den Anfängen der modernen Ökonomie untersuchen – bei François Quesnay und den Physiokraten, deren Einfluss auf die moderne Gouvernementalität kaum zu überschätzen ist (vgl. ebd.). Nach dem Westfälischen Frieden führten die großen absolutistischen Staaten in ihren politischen Diskurs den Gedanken ein, dass der Herrscher für die Sicherheit seiner Untertanen zu sorgen hat. Quesnay war aber der erste, der Sicherheit (*sûreté*) zum Grundbegriff einer Theorie der Regierung machte – und zwar auf sehr eigentümliche Weise.

Eines der Hauptprobleme, das die Staaten damals zu bewältigen hatten, war das der Hungersnöte. Vor Quesnay war die übliche Methode zur Abwendung von Hungersnöten die Einrichtung staatlicher Kornkammern und das Verbot von Getreideexporten. Beide Maßnahmen wirkten sich negativ auf die Produktion aus. Der Gedanke von Quesnay war, den Spieß umzudrehen: Statt Hungersnöte verhindern zu wollen, solle man sie eintreten lassen und durch die Liberalisierung des Binnen- und Außenhandels dazu in der Lage sein, sie zu steuern. *Gouverner,* »steuern«, hat hier noch seine etymologische, »kybernetische« Bedeutung: Ein guter *kybernétes,* ein guter Steuermann, kann Stürme nicht abwenden, aber wenn der Sturm aufzieht, muss er das Schiff steuern können, indem er die Kräfte von Wind und Wellen zur Navigation benutzt. Das ist der Sinn des bekannten Mottos *laissez faire, laissez passer* – es ist nicht nur das Schlagwort des Wirtschaftsliberalismus, es ist auch ein Regierungsmodell, das die Sicherheit (*sûreté*, mit dem Begriff von Quesnay) nicht als Prävention von Störungen begreift, sondern als die Fähigkeit, diese Störungen, sobald sie auftreten, zu steuern und in die richtige Richtung zu lenken.

Diese Umkehrung bedeutet einen epochalen Wandel in der Vorstellung des Regierens, mit dem das traditionelle Verhältnis von Ursache und Folge auf den Kopf gestellt wird. Da es schwierig und kostspielig ist, die Ursachen zu regieren, ist es sicherer und sinnvoller, die Folgen zu regieren. Ich würde behaupten, dass dieses Theorem von Quesnay das Grundaxiom moderner Gouvernementalität ist. Das Ancien Régime wollte die Ursachen beherrschen; die Moderne beansprucht, die Folgen zu kontrollieren. Das gilt für alle Bereiche, von der Ökonomie bis zur Ökologie, von der Außen- und Militärpolitik bis hin zu den Maßnahmen der inneren Sicherheit. Wir müssen erkennen, dass die europäischen Regierungen heute alle Versuche aufgegeben haben, die Ursachen zu beherrschen. Sie wollen nur die Folgen regieren. Das Theorem von Quesnay macht auch verständlich, was ansonsten unerklärlich wäre – das heutige paradoxe Zusammentreffen eines absolut

liberalen Modells in der Ökonomie mit einem beispiellosen, genauso absoluten Modell der Staats- und Polizeikontrolle. Wenn das Regieren auf die Folgen statt auf die Ursachen zielt, muss es die Kontrolle ausweiten und vervielfachen. Ursachen müssen erkannt werden. Folgen lassen sich nur eindämmen und kontrollieren.

ENTPOLITISIERUNG DER BÜRGERSCHAFT

Dieser Wandel ist so tief greifend, dass wir mit Recht fragen können, ob die Gesellschaft, in der wir leben, noch eine demokratische ist – aber auch, ob sich diese Gesellschaft noch als eine *politische* betrachten lässt.

Christian Meier hat gezeigt, dass es im 5. Jahrhundert v. Chr. in Athen einen Wandel im Begriff des Politischen gab, der auf etwas beruhte, was er als »Politisierung« der Bürgerschaft bezeichnet. »So entstand eine spezifisch griechische, die politische Identität jener Bürgerschaften. Die Erwartungen an die Bürger, sich ›bürgerlich‹, also im griechischen Sinne ›politisch‹ zu betätigen, institutionalisierten sich.« (Meier 1980, 289f) Die wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten oder die religiösen Zugehörigkeiten wurden zweitrangig. Indem die Bürger sich dem politischen Leben hingaben, verstanden sie sich als Teilhaber an der Polis. Polis und *politeía*, Stadt und Bürgerschaft konstituierten und bestimmten sich wechselseitig. Bürgerschaft wurde damit zu einer Lebensform. »Die Polis wurde als Bereich zwischen den Bürgern deutlich geschieden vom Haus, Politik vom ›Reich der Notwendigkeit‹.« (ebd. 290f) Dieser spezifisch griechische Prozess der Politisierung wurde auf die westliche Politik übertragen. Bürgerschaft blieb in ihr das entscheidende Element.

Meine Hypothese ist, dass dieser grundlegend politische Faktor in einen unumkehrbaren Prozess eingetreten ist, den wir nur als zunehmende Entpolitisierung begreifen können. Was zu Beginn eine Lebensweise war, eine wesentlich und unabdingbar aktive Situation, ist zu einem passiven Rechtsstatus geworden, in dem sich Handeln und Untätigkeit, Privates und Politisches zunehmend vermischten und ununterscheidbar werden.

AUFSTIEG DES KONTROLLSTAATS

Das Modell der Sicherheit und der Sicherheitsdispositive hat in diesem Prozess eine entscheidende Rolle gespielt. Die räumliche Materialisierung dieser Grauzone ist die Videoüberwachung unserer Straßen und Plätze. Einmal mehr wurde dabei ein für die Gefängnisse konzipiertes Dispositiv auf öffentliche Räume übertragen. Ein videoüberwachter Platz hat offenbar aufgehört, eine Agora zu sein; er wird zu einem Ineinander von Öffentlichem und Privaten, zu einer Grauzone zwischen Forum und Gefängnis.

Heute ist das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern durch Verdächtigung, polizeiliche Registrierung und Überwachung bestimmt. Das unausgesprochene Prinzip, das unsere Gesellschaft beherrscht, lässt sich so formulieren: Jeder Bürger ist ein potenzieller Terrorist. Aber was ist ein Staat, der von einem solchen Prinzip beherrscht wird? Können wir ihn noch als einen demokratischen Staat begreifen? Können wir ihn überhaupt als etwas Politisches betrachten? In was für einem Staat leben wir heute?

Der Staat, in dem wir leben, ist nicht mehr der Disziplinarstaat. Deleuze (1993) nannte ihn den *État de contrôle*, den Kontrollstaat, weil es ihm nicht um Befehl und Gehorsam geht, sondern um Verwaltung und Kontrolle. Die Definition von Deleuze ist richtig, weil Verwaltung und Kontrolle nicht notwendigerweise zusammenfallen mit Ordnung und Disziplin. Niemand hat es so deutlich ausgesprochen wie jener italienische Polizeioffizier, der nach den Unruhen von Genua im Juli 2001 erklärte, dass es nicht Aufgabe der Polizei sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern die Unordnung zu bewältigen.

VON DER POLITIK ZUR POLIZEI

Amerikanische Politikwissenschaftler, die den verfassungsrechtlichen Wandel analysieren wollten, der sich durch den *Patriot Act* und andere Gesetze nach dem 11. September 2001 vollzog, ziehen es vor, von einem *Sicherheitsstaat* zu sprechen. Aber was hat Sicherheit hier zu bedeuten? Während der Französischen Revolution wird der Begriff der *sûreté* mit dem der *Polizei* verbunden. Die Gesetze vom 16. März 1791 und vom 11. August 1792 führten in die französische Gesetzgebung den Begriff der *police de sûreté* (Sicherheitspolizei) ein, der in der Moderne eine lange Geschichte haben sollte. Wenn man die Debatten liest, die der Verabschiedung dieser Gesetze vorausgingen, sieht man, dass sich Polizei und Sicherheit wechselseitig definieren. Aber keiner der damaligen Redner (Brissot, Hérault de Séchelles, Gensonné) war dazu imstande, Polizei oder Sicherheit selbst zu definieren.

Die Debatten drehten sich um die Stellung der Polizei gegenüber der Justiz und der rechtsprechenden Gewalt. Gensonné erklärte, es handle sich um »zwei separate und unterschiedliche Gewalten«. Während die Funktion der judikativen Gewalt klar ist, lässt sich aber die der Polizei nicht definieren. Eine Untersuchung der Debatte zeigt, dass die Stellung und Funktion der Polizei unbestimmbar ist und auch unbestimmbar bleiben muss, weil die Polizei nicht mehr existieren könnte, wenn sie wirklich in der rechtsprechenden Gewalt aufginge. Diese Unentscheidbarkeit ist die Ermessensgewalt, die bis heute das Handeln des Polizeibeamten bestimmt, wenn er bei einer konkreten Gefahr für die öffentliche Sicherheit sozusagen wie ein Souverän agiert. Aber auch dann, wenn er diese Ermessensgewalt





Streetart von:
wild drawing

ausübt, trifft er keine wirkliche Entscheidung. Er bereitet auch nicht, wie es so schön heißt, die richterliche Entscheidung vor. Eine Entscheidung bezieht sich auf die Ursachen. Die Polizei aber beschäftigt sich mit den Folgen, die definitionsgemäß unentscheidbar sind.

Dieses unbestimmbare Element ist nicht mehr, wie noch im 17. Jahrhundert, die »Staatsräson«. Es sind die »Sicherheitsgründe«. Der Sicherheitsstaat ist ein Polizeistaat, aber wieder ist die Polizei in der Rechtstheorie ein schwarzes Loch. Wir können nur sagen, dass sie in der »Polizeiwissenschaft«, die im 18. Jahrhundert auftaucht, auf ihre etymologische Herkunft aus dem griechischen Wort *politeía* zurückgeführt und in einen Gegensatz zur Politik gestellt wird. Erstaunlich ist aber, dass »Polizei« nun zusammenfällt mit der eigentlich politischen Funktion, während der Begriff Politik der Außenpolitik vorbehalten bleibt. In seinen *Grundsätzen der Policeywissenschaft* (1756) bezeichnet von Justi (1782, 8) Politik (»Staatskunst«) als das Verhältnis eines Staates zu anderen Staaten, während er als »Polizei« das Verhältnis eines Staates zu sich selbst bezeichnet. Polizei ist das Verhältnis eines Staates zu sich selbst – es lohnt sich, über diese Definition nachzudenken.

Meine Hypothese ist, dass der moderne Staat, der im Zeichen der Sicherheit steht, die Politik in ein Niemandsland abschiebt, dessen Geografie und Grenzen noch unbekannt sind. Der Sicherheitsstaat, dessen Name auf mangelnde Fürsorge verweist (*securus* kommt von *sine cura*), sollte uns dagegen besorgt machen um die Gefahren, die er für die Demokratie mit sich bringt. Ein politisches Leben ist darin unmöglich geworden, während Demokratie gerade die Möglichkeit eines politischen Lebens meint.

WIEDERENTDECKUNG EINER LEBENSFORM

Wenn der Staat, den wir vor uns haben, der beschriebene Sicherheitsstaat ist, müssen wir über die traditionellen Strategien politischer Konflikte neu nachdenken. Was sollen wir tun? Welchen Strategien sollen wir folgen?

Das Sicherheitsmodell impliziert, dass jeder Dissens, jeder mehr oder minder gewaltsame Versuch, die Ordnung zu stürzen, zu einer Gelegenheit wird, diese Aktionen in eine nützliche Richtung zu lenken. Das zeigt sich in der Dialektik, die Terrorismus und Staat in einer endlosen Teufelskreis miteinander verbindet. Seit der Französischen Revolution hat die politische Tradition der Moderne radikale Veränderungen als einen revolutionären Prozess aufgefasst, der als *pouvoir constituant* agiert, als »konstituierende Gewalt« einer neuen Gesellschaftsordnung. Wir müssen uns von diesem Modell verabschieden und versuchen, so etwas wie eine *puissance destituante* zu denken, eine rein »destituierende Macht«, die sich nicht in die Sicherheitsspirale hineinziehen lässt.

Es handelt sich um eine destituierende Macht, wie sie Benjamin in seinem Essay *Zur Kritik der Gewalt* vorschwebt, wenn er versucht, eine reine Gewalt zu denken, die dazu imstande wäre, die falsche Dialektik von »rechtssetzender« und »rechtserhaltender Gewalt« (deren Beispiel Sorels proletarischer Generalstreik ist) zu durchbrechen. Am Schluss des Artikels schreibt er: »Auf der Durchbrechung dieses Umlaufs im Banne der mythischen Rechtsformen auf der Entsetzung des Rechts samt den Gewalten, auf die es angewiesen ist wie sie auf jenes, zuletzt also der Staatsgewalt, begründet sich ein neues geschichtliches Zeitalter.« (Benjamin 1977, 202) Während eine konstituierende Gewalt das Recht nur bricht, um es in neuer Gestalt wiederherzustellen, kann eine destituierende Gewalt – die das Recht ein für allemal »entsetzt« – eine wirklich neue historische Epoche einleiten.

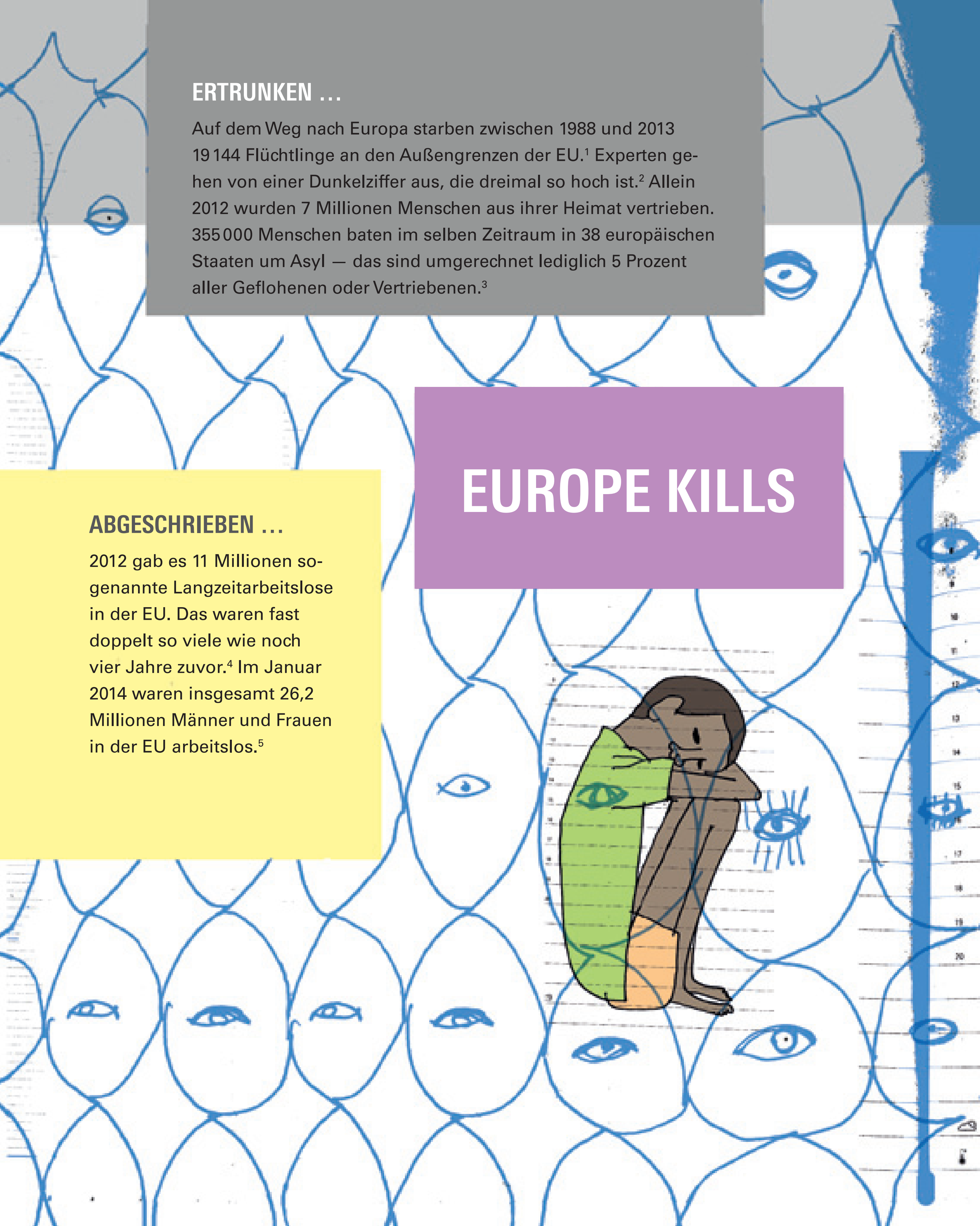
Es ist nicht leicht, eine solche wirklich destituierende Macht zu denken. Nichts ist so anarchisch wie die bürgerliche Ordnung, hat Benjamin einmal geschrieben. Im gleichen Sinne ließ Pasolini in seinem letzten Film einen der vier Herren von Salò zu seinen Sklaven sagen: »Wahre Anarchie ist die Anarchie der Macht.« Gerade weil sich heute die Macht durch die Einbeziehung und Vereinnahmung von Anarchie und Anomie konstituiert, ist es so schwer, an diese Dimensionen unmittelbar heranzukommen. Es ist schwierig, heute so etwas wie wirkliche Anarchie oder Anomie zu denken. Ich glaube, dass eine Praxis, die die Anarchie und Anomie wirklich freisetzen könnte, die in den gouvernementalen Sicherheitstechniken vereinnahmt wird, als eine rein destituierende Macht auftreten müsste. Eine wirklich neue politische Dimension wird erst dann möglich, wenn wir die Anarchie und Anomie der Macht erfassen und entsetzen. Das ist keine nur theoretische Aufgabe. Es bedeutet zuallererst eine Lebensform wiederzuentdecken und Zugang zu gewinnen zu einer neuen Gestalt jenes politischen Lebens, dessen Erinnerung der Sicherheitsstaat um jeden Preis auslöschen will.

Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Vortrags, den Giorgio Agamben am 16. November 2013 in Athen gehalten hat. Auf Englisch erschien er zuerst im Chronos Magazine auf www.chronosmag.eu.

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

LITERATUR

Benjamin, Walter, 1977: Zur Kritik der Gewalt, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. II.1, Frankfurt/M, 1921
Deleuze, Gilles, 1993: Postskriptum über die Kontrollgesellschaften, in: *Unterhandlungen*, Frankfurt/M, 254ff
Foucault, Michel, 2006: *Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, Frankfurt/M
Meier, Christian, 1980: Der Wandel der politisch-sozialen Begriffswelt im 5. Jahrhundert v. Chr., in: ders., *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*, Frankfurt/M, 275ff
von Justi, Johann Heinrich Gottlob, 1782: *Grundsätze der Policeywissenschaft*, 3. Ausg., Göttingen



ERTRUNKEN …

Auf dem Weg nach Europa starben zwischen 1988 und 2013 19 144 Flüchtlinge an den Außengrenzen der EU.[1] Experten gehen von einer Dunkelziffer aus, die dreimal so hoch ist.[2] Allein 2012 wurden 7 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. 355 000 Menschen baten im selben Zeitraum in 38 europäischen Staaten um Asyl — das sind umgerechnet lediglich 5 Prozent aller Geflohenen oder Vertriebenen.[3]

EUROPE KILLS

ABGESCHRIEBEN …

2012 gab es 11 Millionen sogenannte Langzeitarbeitslose in der EU. Das waren fast doppelt so viele wie noch vier Jahre zuvor.[4] Im Januar 2014 waren insgesamt 26,2 Millionen Männer und Frauen in der EU arbeitslos.[5]



ABGEWANDERT …

Litauen, Lettland und Rumänien haben in den letzten zehn Jahren 12 bis 13 Prozent ihrer Bevölkerung durch Migration in andere EU-Staaten verloren.[6]



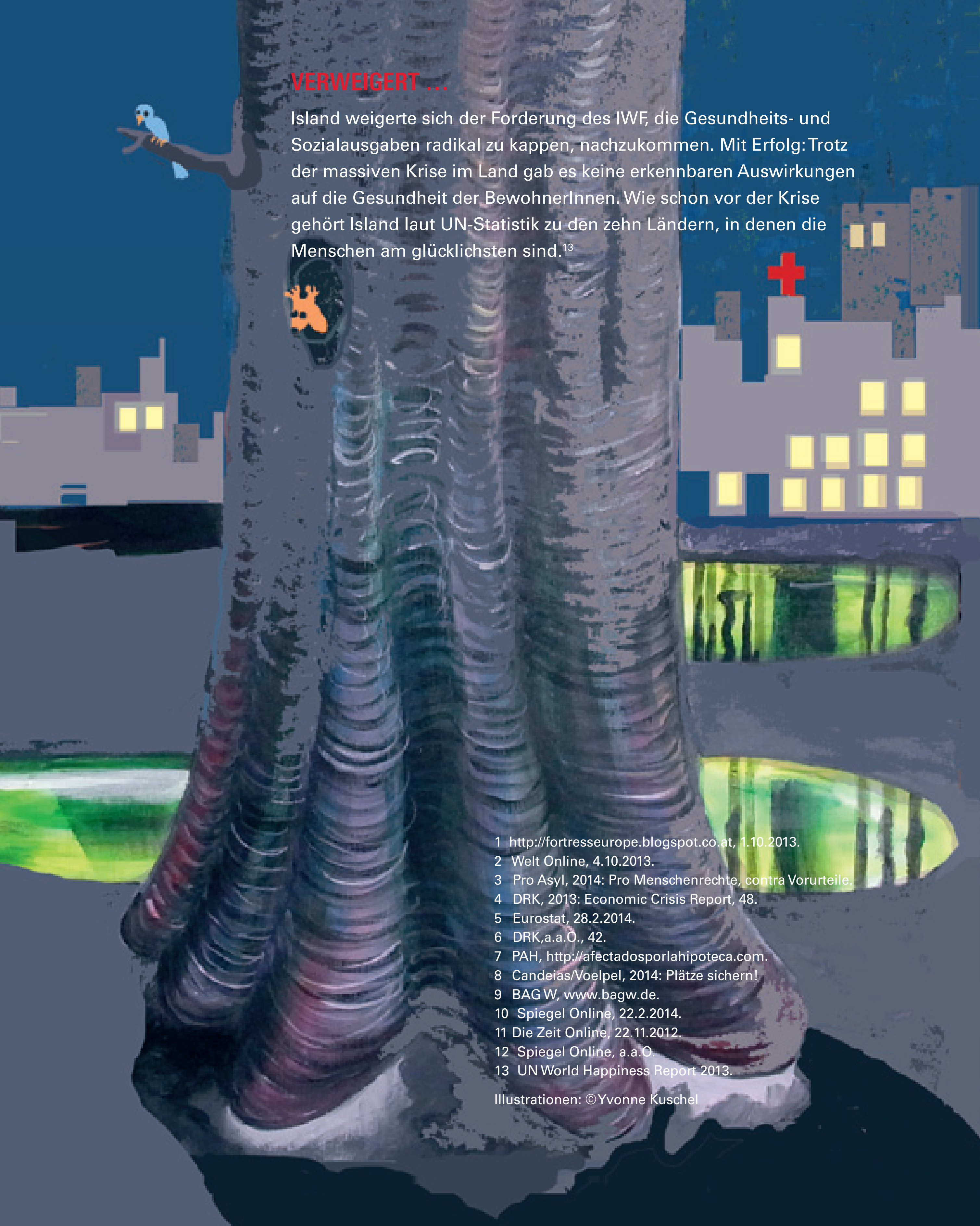
GERÄUMT …

In Spanien wurden nach Angaben des Forums der von Hypotheken-Betroffenen (PAH) zwischen 2008 und 2012 etwa 362 780 Wohnungen zwangsgeräumt. Zwischen dem 1. April und dem 30. Juni 2012 waren es allein 526 Räumungen pro Tag.[7] Dagegen stehen in Spanien 4 Millionen Wohnungen in Zeiten der Wohnungsnot leer.[8] Auch in Deutschland wächst die Zahl der Wohnungslosen: Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe waren 2008 bereits 227 000 Menschen ohne Wohnung, ihre Zahl stieg innerhalb von zwei Jahren auf 248 000 und bis 2012 sogar auf 284 000. Das entspricht einer Steigerung von 12,5 Prozent im gesamten Zeitraum.[9]

AUF KOSTEN DER GESUNDHEIT …

Die harte Kürzungspolitik traf in Griechenland besonders das Gesundheitssystem. Etwa 800 000 Menschen leben dort mittlerweile ohne Krankenversicherung. Die Zahl der Suizide ist im Land zwischen 2007 und 2011 um 45 Prozent gestiegen, schwere Depressionen haben sich sogar verdoppelt.[10] (Im Jahr 2009 belief sich die Zahl der polizeilich gemeldeten versuchten oder vollzogenen Suizide auf 677. Das war im letzten Jahr vor Ausbruch der Krise. Ein Jahr später stieg diese Zahl auf 830, 2011 auf 927.[11]) Die Säuglingssterblichkeit stieg in Griechenland zwischen 2008 und 2010 um 43 Prozent.[12]





VERWEIGERT …

Island weigerte sich der Forderung des IWF, die Gesundheits- und Sozialausgaben radikal zu kappen, nachzukommen. Mit Erfolg: Trotz der massiven Krise im Land gab es keine erkennbaren Auswirkungen auf die Gesundheit der BewohnerInnen. Wie schon vor der Krise gehört Island laut UN-Statistik zu den zehn Ländern, in denen die Menschen am glücklichsten sind.[13]

1 http://fortresseurope.blogspot.co.at, 1.10.2013.
2 Welt Online, 4.10.2013.
3 Pro Asyl, 2014: Pro Menschenrechte, contra Vorurteile.
4 DRK, 2013: Economic Crisis Report, 48.
5 Eurostat, 28.2.2014.
6 DRK,a.a.O., 42.
7 PAH, http://afectadosporlahipoteca.com.
8 Candeias/Voelpel, 2014: Plätze sichern!
9 BAG W, www.bagw.de.
10 Spiegel Online, 22.2.2014.
11 Die Zeit Online, 22.11.2012.
12 Spiegel Online, a.a.O.
13 UN World Happiness Report 2013.

Illustrationen: ©Yvonne Kuschel

EINE UNION FÜR GROSSE BANKEN

JANO BRUCHMANN

THOMAS SABLOWSKI

Banken sind profitorientiert wie andere Unternehmen auch. Besonders ist nur, dass sie als Kreditgeber und -nehmer Beziehungen mit Unternehmen aller Branchen haben. Vor allem Großbanken gelten als ›systemrelevant‹, da deren Zusammenbruch Kettenreaktionen im gesellschaftlichen Geldkreislauf auslösen kann. Neben dem normalen Unternehmensrecht existiert deshalb ein besonderes Bankenrecht. Die Behörden, die dieses durchsetzen sollen, sind unverzichtbarer Teil der Regulation kapitalistischer Wirtschaft. Sie sorgen nicht nur für die Reproduktion des Bankgeschäfts, sondern fördern indirekt gleichzeitig die Produktion neuer Finanzprodukte. Das Projekt der Bankenunion – also des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (*Single Supervisory Mechanism,* SSM), des einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus (*Single Resolution Mechanism,* SRM) und der gemeinsamen Einlagensicherung bzw. des einheitlichen Bankenabwicklungsfonds (*Single Bank Resolution Fund,* SBRF) – wurde von der

EU-Kommission im Jahr 2012 entwickelt, als die Krise in der Eurozone sich weiter zuspitzte. Die Pläne stießen jedoch auf Widerstand, auch innerhalb des Finanzkapitals der BRD. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken verwiesen auf ihre eigene Einlagensicherung und forderten deshalb, vom Aufbau eines EU-Einlagensicherungsfonds ausgenommen zu werden. Den deutschen Privatbanken ging es darum, genau dies zu verhindern, witterten sie doch darin eine Bevorteilung ihrer öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Konkurrenz. Letztlich stellte sich die Bundesregierung in dieser Auseinandersetzung auf die Seite der Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

DIE BANKENAUFSICHT DER EU

Strittig war ferner, *wer* die europäische Bankenaufsicht übernehmen sollte. Naheliegend gewesen wäre, dazu die erst seit 2011 existierende Europäische Bankenaufsichtsbehörde (*European Banking Authority,* EBA) auszubauen. Doch auf Vorschlag der Kommission und durch Beschluss von EU-Rat und -Parlament ging diese Aufgabe an die *Europäische Zentralbank* (EZB) (Verordnung Nr. 1024/2013 vom 15. Oktober 2013).

Ähnlich der *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht* (BaFin) und der Bundesbank gibt es nun auch auf EU-Ebene zwei Staatsapparate, die für die Bankenaufsicht zuständig sind: die EBA und die EZB. Die Aufsichtstätigkeit der EZB unterliegt den von der EBA ausgearbeiteten und von der EU-Kommission erlassenen Regulierungs- und Durchführungsstandards sowie dem von der EBA ausgearbeiteten Aufsichtshandbuch. Allerdings kann die EZB im Hinblick auf die Gestaltung ihrer Aufgaben auch selbst Verordnungen erlassen und »erforderlichenfalls« zur Erstellung eines Entwurfs technischer Regulierungs- und Durchführungsstandards beitragen (Art. 4, Abs. 3 der Verordnung Nr. 1024/2013 des Rates). Kompetenzstreitigkeiten zwischen EBA und EZB scheinen damit vorgezeichnet. Problematisch ist, dass die Bankenaufsicht der EZB nur für die Länder der Eurozone gilt (plus freiwillige Teilnehmer). Der Finanzplatz London bleibt außen vor.

Anders als bei der BaFin sind die Zuständigkeiten für Banken, Versicherungen und Wertpapierfirmen bei der EU-Bankenaufsicht voneinander getrennt. Dies könnte ein Indiz für einen erfolgreichen Lobbyismus der Finanzkonzerne sein, denn: Eine zersplitterte Finanzaufsicht ist eine schwache Finanzaufsicht.

Die EZB entscheidet fortan über die Zulassung von Kreditinstituten in den am SSM teilnehmenden Mitgliedsländern sowie über den Entzug der Zulassung. Fusionen und Übernahmen im Bankensektor müssen ebenfalls von ihr genehmigt werden. Darüber

JANO BRUCHMANN ist kritischer Beobachter europäischer Politiken – sowohl als Student der Politikwissenschaft in Marburg als auch als Aktivist in den Anti-Krisen-Protesten rund um Blockupy. Organisiert ist er in der Interventionistischen Linken.

THOMAS SABLOWSKI ist Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Auch er ist im Blockupy-Bündnis aktiv und Redakteur dieser Zeitschrift.

hinaus hat die EZB eine Reihe von Aufsichtsaufgaben, die sich nur auf »bedeutende« Kreditinstitute beziehen. Dazu zählen: a) die drei »bedeutendsten« Banken oder Finanzgruppen eines jeden Mitgliedslandes, b) Banken, deren Aktiva 30 Mrd. Euro übersteigen, c) Banken, deren Aktiva fünf Mrd. Euro und zugleich 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Mitgliedstaates übersteigen, in dem sie niedergelassen sind, d) Banken, die Finanzspritzen durch die *Europäische Finanzstabilisierungsfazilität* (EFSF) oder den *EU-Stabilitätsmechanismus* (ESM) beziehen (werden).

In Einzelfällen kann die EZB auch die Aufsicht über weitere Banken an sich ziehen. Sie soll ferner bestimmte »makroprudenzielle Aufgaben« übernehmen, das heißt Regelungen erlassen, die nicht nur einzelne Banken eines Landes betreffen, sondern das ganze Bankensystem.

Die EZB kann verlangen, dass eine Bank zusätzliches Eigenkapital vorhält, ihre Risikomanagementverfahren ändert, Rückstellungen und Aktiva auf eine bestimmte Weise behandelt, Geschäftszweige veräußert, Geschäfte begrenzt, die variable Vergütung von Beschäftigten begrenzt, Nettogewinne zur Stärkung des Eigenkapitals einsetzt, Ausschüttungen an Anteilseigner einschränkt oder ganz unterlässt. Sie kann zusätzliche Informationen verlangen oder Leitungsmitglieder abberufen. Bei Rechtsverstößen kann die EZB Geldbußen gegen Kreditinstitute verhängen, und zwar bis zur zweifachen Höhe der durch die Rechtsverstöße erwirtschafteten Gewinne oder in Höhe von bis zu zehn Prozent des Gesamtumsatzes des Vorjahres.

Aus demokratischer Perspektive ist vor allem die »Unabhängigkeit« der EZB problematisch, die nicht nur für ihre Geldpolitik, sondern auch für ihre Bankenaufsicht gelten soll. Die EZB soll bezüglich ihrer Aufsichtsfunktion zwar dem EU-Rat und -Parlament gegenüber *rechenschaftspflichtig* sein, dies wird sich aber in einem jährlichen Bericht und in der Beantwortung parlamentarischer Anfragen erschöpfen. Ansonsten unterliegt sie keiner demokratischen Kontrolle. Das neoliberale Dogma der Unabhängigkeit dient vor allem dazu, die Zentralbanken von demokratischer Einflussnahme zu entkoppeln. Die Unabhängigkeit der Zentralbanken trägt letztlich dazu bei, dass diese Staatsapparate für die Interessen der subalternen Klassen undurchlässig sind.

BETEILIGUNG DER BANKEN AN DEN INSOLVENZKOSTEN

Mit dem *Einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus* sollen plötzliche, unkontrollierte Bankzusammenbrüche verhindert und durch ein geordnetes Abwicklungsverfahren ersetzt werden. Für die Kosten der Insolvenz einer Bank haften danach künftig die Eigentümer und Kreditgeber. Allerdings lässt die Verknüpfung der Bankenunion mit der EFSF bzw. dem ESM die Möglichkeit offen, dass – noch *bevor* es dazu kommt – auch weiterhin die SteuerzahlerInnen zur Bankenrettung herangezogen werden.

Der geplante *Bankenabwicklungsfonds* soll 55 Mrd. Euro umfassen und durch Einzahlungen der Banken gebildet werden. Auf Deutschland würden dabei etwa 10 Mrd. Euro entfallen. Ob der Betrag im Falle einer neuen, ernsthaften Bankenkrise ausreicht, ist fraglich. Allein für die Rettung der Hypo Real

Estate (HRE) wurden beispielsweise über den *Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung* (SoFFin) bisher 9,76 Mrd. Euro verausgabt, hinzu kamen staatliche Kreditgarantien von mehr als 100 Mrd. Euro. Insgesamt wurden über den SoFFin für die Rettung der Aareal Bank, der Commerzbank, der HRE und der West LB bisher 17,1 Mrd. Euro verausgabt. Hinzu kommt, dass der europäische Bankenabwicklungsfonds über einen Zeitraum von zehn Jahren aufgebaut werden soll, also erst viel später in geplanter Höhe zur Verfügung stehen wird. In der Zwischenzeit haften bei einer Bankenkrise nach wie vor die SteuerzahlerInnen.

VERÄNDERUNGEN DER KONKURRENZVERHÄLTNISSE

Durch die Bankenunion ändern sich die Konkurrenzverhältnisse im Bankensektor. Nationale Staatsapparate neigen zu protektionistischen Maßnahmen bei Unternehmen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Nicht zuletzt, weil die Finanzierung des Staates selbst von der Tätigkeit dieser Unternehmen abhängt. Insoweit können sich durchaus Interessenkonflikte zwischen verschiedenen nationalen Aufsichtsbehörden in der EU ergeben und eine effektive Aufsicht beeinträchtigen. Diese Interessenkonflikte werden durch die Verlagerung der Bankenaufsicht auf EU-Ebene zwar nicht gänzlich beseitigt, aber erheblich abgemildert, da die EZB zum Interessenausgleich auf europäischer Ebene gezwungen ist. Andererseits wird die EZB vermutlich dazu neigen, die Banken auf dem Territorium der an der Bankenunion teilnehmenden Mitgliedstaaten gegenüber außereuropäischen Banken zu schützen und zu unterstützen. Konkurrenzbedingte Konflikte kommen also stärker auf globaler Ebene zur Geltung. Gleichzeitig werden grenzüberschreitende, europäische Konzentrations- und Zentralisationsprozesse des Bankkapitals begünstigt, weil die Schutzfunktion der nationalstaatlichen Bankenaufsicht und Bankenabwicklung für die Banken eines jeden teilnehmenden Mitgliedstaates abgeschwächt wird. Die Verlagerung der Bankenaufsicht auf EU-Ebene trägt somit auch zu einem der Kernprojekte der EU bei: der Herstellung eines global kompetitiven EU-Finanzmarktes.

BANKENUNION, ZERSCHLAGUNG ODER VERGESELLSCHAFTUNG DER BANKEN?

Innerhalb der Linken gibt es zur Bankenunion unterschiedliche Positionen. In einer Pressemitteilung vom 19.12.2013 argumentiert Sahra Wagenknecht, es komme darauf an, Banken zu zerschlagen, die zu groß geworden seien, um sie Bankrott gehen zu lassen, aber auch zu groß, um sie mit öffentlichen Geldern zu retten. Die gegenwärtig geplante Bankenunion sehe vor, dass »Zombiebanken« weiterhin öffentliche Gelder erhalten könnten, bevor die Eigentümer und Gläubiger zur Haftung herangezogen würden. Dem Bankenabwicklungsfonds mit einer Zielgröße von 55 Mrd. Euro stünden faule Kredite in den Bilanzen der Banken in der Eurozone in Höhe von rund einer Billion Euro gegenüber. Somit biete er »den Steuerzahlern [...] nur so viel Schutz wie ein Regenschirm bei einer Sturmflut«.

Demgegenüber kritisiert Axel Troost zwar auch die Modalitäten der gegenwärtig geplanten Bankenunion, die LINKE könne »sich angesichts der weltweiten Vernetzungen

der Finanzinstitute aber nicht vernünftigen gemeinsamen europaweiten Regelungen zur Beaufsichtigung und für Abwicklungsmechanismen von Großbanken sowie einer gemeinsamen […] Einlagensicherung verschließen. Ein Zurück zum Nationalstaat ist keine Perspektive.« (*Neues Deutschland*, 3.1.2014)

Die Verlagerung der Bankenaufsicht auf EU-Ebene, mit dem Argument, sie könne so international tätige Banken effektiver beaufsichtigen als nationale Aufsichtsbehörden, ist ambivalent. Denn es ist auch problematisch, wenn die Kompetenzen, Banken zuzulassen, in ihren Geschäftsbetrieb einzugreifen, sie im Falle ihrer Insolvenz zu retten oder zu schließen, bei der EZB angesiedelt werden, wo sie jeglicher demokratischen Einflussnahme entzogen sind. Ver.di fordert deshalb, dass die EZB einer strengen demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterworfen werden solle (vgl. Ver.di-Pressemitteilung, 12.9.2012). Auch WEED (2013) fordert, die Institutionen der Bankenunion müssten zumindest demokratisch legitimierten Gremien gegenüber rechenschaftspflichtig sein. Eine europäische Bankenunion wäre also nur im Zusammenhang mit einer grundlegenden Demokratisierung der EU und einer demokratischen Kontrolle der EZB positiv zu bewerten.

Im Übrigen kann eine Bankenaufsicht immer nur so gut sein wie die Regeln, deren Einhaltung sie überwacht. Eine strikte Regulierung des Bankensektors stellt die Bankenunion aber nicht dar. Vor allem das Schattenbankwesen ist bis heute unreguliert. Investmentfonds oder Hedgefonds betreiben ähnliche Geschäfte, ohne über Banklizenzen zu verfügen und der Bankenaufsicht zu unterliegen. Zudem lässt die staatliche Regulierung den Banken so große Handlungsspielräume, dass sie weitgehend ineffektiv ist. Ohne Weiteres können sie außerbilanzielle Zweckgesellschaften gründen, in die sie Forderungen und Verbindlichkeiten, Gewinne und Verluste auslagern können. Da Kapitalverkehrsfreiheit herrscht, werden diese häufig in Offshore-Finanzzentren angesiedelt, um Gewinne der Besteuerung zu entziehen und Verluste zu verschleiern. Auch die Rechnungslegungsstandards, nach denen Banken ihre Bilanzen erstellen, lassen viel Spielraum. Schließlich entscheiden gerade Großbanken anhand ihrer internen Risikomanagementsysteme weitgehend selbst, wie sie ihre Aktiva mit Eigenkapital unterlegen. Daran haben auch die neuen Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Gestaltung der Eigenkapitalanforderungen für Banken (»Basel III«) nichts geändert. In vieler Hinsicht haben wir es mit einer privaten Selbstregulierung der Banken zu tun, die lediglich staatlich bemäntelt wird.

Axel Troost hält wie Sahra Wagenknecht eine Zerschlagung von Großbanken für notwendig (vgl. DIE LINKE 2011). Worauf beide nicht eingehen, ist allerdings der enge Zusammenhang zwischen der Struktur des Bankensektors und der Entwicklungsweise des Kapitalismus in Deutschland. Global agierende deutsche Unternehmen benötigen global agierende Banken als Partner, die ihre Expansion auf dem Weltmarkt finanzieren können. Eine Politik, die auf die Zerschlagung oder gar Vergesellschaftung von Großbanken in Deutschland bzw. Europa setzt, wird also nicht nur mit dem Widerstand der Banken,

sondern des gesamten Kapitals zu rechnen haben. Beides ist daher nur im Zusammenhang mit einer Veränderung des exportorientierten Produktionsmodells möglich.

Die Bankenunion wird auch kurzfristig keine Krise verhindern oder lösen. Die Zerschlagung von Großbanken scheint sinnvoll, wird jedoch im Resultat an ihre Grenzen stoßen, da finanzielle Instabilität und wiederkehrende Krisen der kapitalistischen Produktionsweise immanent sind. Durch Bankenregulierung und Bankenaufsicht sind sie kaum zu verhindern. Wir sollten uns einer Veränderung der politischen Entscheidungsfindung also durch ein Konzept von Vergesellschaftung annähern, das zuerst eine wirksame Kontrolle, perspektivisch die Transformation von Verteilungspolitiken, in diesem Fall der Kreditvergabe und Zinspolitik, ermöglicht (vgl., IL 2012). Eine Vergesellschaftung der Banken durchzusetzen, erfordert jedoch weitreichende Verschiebungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, und ist nur sinnvoll, wenn sie mit der Vergesellschaftung zumindest strategisch dominanter Unternehmen oder Sektoren einhergeht. Jenseits reiner Verstaatlichung bedeutet Vergesellschaftung, dass sich die assoziierten Individuen in einem demokratischen Prozess die Produktionsmittel aneignen, sich also kollektiv selbst zur bedürfnisorientierten Produktion und Verteilung von Gütern ermächtigen und so den Weg zu einer anderen Gesellschaft, fern der kapitalistischen Verwertungslogik, erlebbar machen.

Wie kann eine solche Vergesellschaftung praktisch aussehen? Michel Aglietta und Antoine Rebérioux (2005, 27) setzen an diesem Punkt mit gewerkschaftlich geprägten, wirtschaftsdemokratischen Forderungen an. Sie plädieren dafür, Unternehmen zu demokratisieren und die Verwendung des gesellschaftlichen Kapitaleigentums zu reorganisieren. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass bei Entscheidungen von Banken und Unternehmen alle mitreden und entscheiden, die davon betroffen sind. Es müssten also Kollektive oder Räte gebildet werden, die darüber entscheiden, wer, wann, wie, wo produziert oder investiert.

Die Vergesellschaftung der Banken ist ein Projekt von morgen. Praktische Kristallisationspunkte, an denen solche Prozesse beginnen können, finden wir schon heute. Die Überlegungen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung in Berlin können Vorbild sein. Bündnisse wie der Energietisch, in denen sehr unterschiedliche Politikansätze zusammenkommen, sind immer häufiger zu finden – auch die Blockupy-Aktionstage ermöglichen eine transnationale Vernetzung linker Akteure. Es gilt, »demokratische Gegeninstitutionen« (vgl. Candeias u.a. in diesem Heft) auf lokaler wie transnationaler Ebene aufzubauen. Dazu bedarf es eines konstituierenden Prozesses, in dem Europa von unten neu begründet und eine Alternative zur »Europäisierung durch EU-Beitritt« geschaffen wird.

LITERATUR

Aglietta, Michel und Antoine Rebérioux, 2005: Vom Finanzkapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie, in: Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 3/2005

Interventionistische Linke – IL (Hg.), 2012: *Vergesellschaftung*, Lübeck

DIE LINKE im Bundestag, 2011: *Den Bankensektor neu ordnen – und mit der Vergesellschaftung beginnen*, www.axel-troost.de/article/4551

WEED, 2013: *Bankenunion*, www2.weed-online.org/uploads/factsheet_bankenunion.pdf

WEGE IN UND AUS DER SCHULDENFALLE

BEAT WEBER

Die europäischen Eliten haben in ihrer Reaktion auf die Krise bislang dafür Sorge getragen, dass sich die privaten Verluste in einem überschaubaren Rahmen hielten. Die Furcht von Privatgläubigern vor größeren Zahlungsausfällen im Euroraum konnten sie mit ihrem zögerlichen Agieren, das weitgehend in nationalstaatlichen Lösungsansätzen steckenblieb, jedoch nicht gänzlich zerstreuen. Es musste erst die Europäische Zentralbank (EZB) auf den Plan treten und ihre Bereitschaft zu weitreichenden Interventionen verkünden, damit auf den europäischen Finanzmärkten eine gewisse Beruhigung einkehrte. Diesen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftspolitische Architektur Europas verdankt die EZB vor allem zwei Faktoren: Zum einen steht sie an der Spitze der Geldpyramide, zum anderen ist sie eine der am stärksten zentralisierten Institutionen in Europa und somit zu schnellen Entscheidungen fähig. Die Zentralbank verschaffte mit ihrer Initiative den anderen Akteuren der Wirtschaftspolitik

allerdings nur eine Art Verschnaufpause. Die großen Herausforderungen bleiben bestehen.

Die Ausgangslage in Europa sieht so aus, dass Verbindlichkeiten überschuldeter Banken und Staaten sowie mit der Krise schlagend gewordene soziale Risiken in hohem Ausmaß sozialisiert wurden, mit dem Ergebnis, dass der öffentliche Sektor vielerorts extrem verschuldet ist. Der Schuldendienst belastet die Budgets, schränkt den Spielraum für staatliche Ausgaben ein und birgt eine erhöhte Gefahr von Refinanzierungskrisen. Auch die Verschuldung der privaten Haushalte hat beachtliche Dimensionen erreicht. Wie die Schuldenlast am besten gesenkt werden kann, steht daher im Zentrum europäischer wirtschaftspolitischer Debatten. Die Forderung, dass die Verursacher der Krise – das heißt der Finanzsektor und die Vermögenden – hierfür herangezogen werden müssen, mag zwar unter Linken Konsens sein, hat sich aber vorerst nicht durchsetzen lassen. Denn bei den Strategien zur Bewältigung der Krise steht nicht das Verursacherprinzip im Vordergrund. Vielmehr geht es darum, welche Auswirkungen bestimmte Maßnahmen auf die Volkswirtschaften beziehungsweise deren Prosperität und Stabilität haben und welche Anreizeffekte und Signalwirkungen auf andere Akteure damit verbunden sein könnten. Auch Überlegungen zur politischen Legitimität spielen eine große Rolle: Die Frage, wer für die Kosten der Krise und ihrer Bearbeitung aufkommen soll, eröffnet einen massiven Verteilungskonflikt. Da dieser für die Wirtschaftspolitik enorme Legitimationsrisiken birgt, wird ihm solange wie möglich mit Strategien des zeitlichen Aufschubs begegnet.

Bislang, so lautet die Zwischenbilanz, sind Verteilungsgesichtspunkte in der öffentlichen Debatte mehrheitlich vernachlässigt worden. Wenn überhaupt, wurden sie entlang zwischenstaatlicher Konfliktlinien – nach dem Motto: »Soll Deutschland für die griechischen Schulden zahlen?« – diskutiert. Ausnahmen sind Auflagen wie Gehaltsbeschränkungen für das Bankenmanagement in Fällen von staatlichen Finanzspritzen, vereinzelte Gläubigerbeteiligungen bei Bankenrettungen und die Verankerung von sozialen Gesichtspunkten in Strukturanpassungsprogrammen. Doch angesichts der immensen Größenordnungen der Krisenkosten ist deren Bedeutung verschwindend gering.

BEAT WEBER studierte Volkswirtschaft in Wien. Er ist Autor und Redakteur der in Österreich erscheinenden Zeitschrift *Kurswechsel.*

Zieht man die Wirtschaftsgeschichte heran, so lassen sich fünf Strategien identifizieren, mit denen in der Vergangenheit versucht worden ist, einen Schuldenüberhang zu reduzieren: Austeritätpolitik, Wachstumsförderung, eine Restrukturierung der Schulden, Inflation sowie Steuererhöhungen und andere administrative Maßnahmen. Die offizielle Strategie der EU setzt vor allem auf Austerität und tut so, als ließe sich damit mehr wirtschaftliches Wachstum erzielen. Nach längerem Zögern ist es inzwischen zumindest in Einzelfällen auch zu beschränkten Umstrukturierungen von Schulden gekommen.

AUSTERITÄT – AUS DER KRISE HERAUSSPAREN?

Was zu Anfang als eine Bankenkrise erschien, wandelte sich in der europäischen Diskussion im Zuge der massiven Probleme Griechenlands schnell zu einer Staatsschuldenkrise, obwohl in Fällen wie Spanien oder Irland die angestiegene Staatsverschuldung nur eine Folgeerscheinung der Banken- und Wirtschaftskrise war. Nicht von ungefähr zielen die bedeutendsten Reformbeschlüsse der EU-Länder in Reaktion auf die Krise fast alle auf die Beschränkung der Staatsverschuldung ab. Alle gewährten Überbrückungskredite an Staaten, die vom privaten Kapitalmarkt abgeschnitten wurden, sind an strenge Auflagen geknüpft worden, die vor allem Ausgabenkürzungen zum Gegenstand hatten beziehungsweise haben. Die geforderten Austeritätsmaßnahmen sollen in den überschuldeten Staaten den Finanzierungsbedarf der öffentlichen Haushalte senken und so Leistungsbilanzdefizite abbauen, die staatliche Kreditwürdigkeit in den Augen privater Gläubiger stärken und den Schuldenstand senken. Doch wie von kritischen Stimmen vorhergesagt, zeigt sich in Ländern wie Griechenland, dass drastische Ausgabensenkungen in einer rezessiven Situation das Wachstum reduzieren, was zu Steuerausfällen und Ausgabensteigerungen (etwa für die Arbeitslosenunterstützung) führt, wodurch der Schuldenstand im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung sogar ansteigt.

WACHSTUM – WERDEN DEMNÄCHST ALLE EXPORTWELTMEISTER?

Ein weiterer Weg, Schulden abzubauen, führt bekanntlich über die Erhöhung der Wirtschaftsleistung. Die Politik der Troika setzt derzeit zur Ankurbelung des Wachstums auf Strukturreformen am Arbeitsmarkt und auf einen Abbau des öffentlichen Sektors, was die Verhandlungsposition von Lohnabhängigen schwächen und ihre sozialen Ansprüche senken soll. Eine daraus resultierende Senkung der Lohnkosten soll zu einer Verbesserung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Sofern dies nicht gelingt, wird Arbeitslosen mehr oder weniger zur Abwanderung geraten – Vorbild sind wohl Länder wie Lettland, das seit Ausbruch der Krise ein Zehntel seiner Bevölkerung verloren hat. Diese zynische Strategie der Entvölkerung »peripherer Regionen« stößt mit wachsender Größe der betroffenen Bevölkerungen aber schnell an ihre Grenzen.

Die einst im Rahmen einer europäischen Arbeitsteilung für die Mittelmeerländer vorgesehene Strategie der Exportorientierung in Billiglohnsektoren ist längst obsolet geworden, wird doch in Ländern Asiens oder Osteuropas noch preiswerter produziert. Und solange die Wirtschaftsaussichten düster sind, werden private Investitionen ausbleiben. Sofern Exportindustrien das Ziel sein sollen, müssten diese erst aufgebaut werden – und dies am besten auf Basis einer zeitgemäßeren Konzeption von Wettbewerbsfähigkeit, die die Bedeutung von Bildung, angemessener Infrastruktur, heimischer Nachfrage für innovative Qualitätsproduktion etc. erkennt. Da hierfür dringend Investitionskapital benötigt wird, könnte sich hier eine neue wichtige Aufgabe für die EU ergeben. Der auch von linker Seite zuletzt wieder stark kritisierte neoliberale *bias* der EU-Institutionen würde mit Sicherheit abgeschwächt, wenn diese Kompetenzen für investive Aufgaben erhielten.

Soll eine Exportoffensive gelingen, bräuchte es flankierende Maßnahmen, die die Massenkaufkraft in möglichst nahen Absatzmärkten wie Deutschland stärken. Doch einer Verallgemeinerung der Orientierung auf Export sind Grenzen gesetzt, weil nicht alle Länder gleichzeitig Überschüsse erzielen können. Alternativ oder ergänzend dazu wäre der Aufbau von starken regionalwirtschaftlichen Strukturen anzustreben, was vermutlich auch besser mit dem Projekt eines ökologischen Umbaus vereinbar wäre.

SCHULDENRESTRUKTURIERUNG – ZURÜCK NACH BABYLON?

Sobald die Schuldenlasten die finanzielle Leistungsfähigkeit einzelner Schuldner überfordern, müssen entweder finanziell leistungsfähigere Akteure für sie einspringen oder Gläubiger Einbußen bei ihren Forderungen hinnehmen. Gläubigerverzicht ist im bisherigen EU-Krisenmanagement aus Angst vor einem Dominoeffekt, der sich aus aufeinanderfolgenden Zusammenbrüchen untereinander verschuldeter Finanzhäuser ergeben könnte, bislang sehr zögerlich angewendet worden. Er war bisher auf Fälle beschränkt, wo eine gewisse Sicherheit bestand, dass die betroffenen Gläubiger keine Kettenreaktion im Finanzsystem auslösen würden – weil die Beträge, um die es ging, entweder relativ klein und somit verkraftbar erschienen oder weil die Betroffenen Privatpersonen waren oder weil die betroffenen Finanzhäuser durch ihre Heimstaaten unterstützt werden konnten. Im bisherigen Krisenverlauf wurden in mehreren Ländern, darunter Dänemark, Irland, die Niederlande, Spanien und Zypern, Privatgläubiger an einzelnen Bankenrettungsmaßnahmen beteiligt – über einen Forderungsverzicht, den Rückkauf von Anleihen mit Abschlägen oder die Umwandlung von Anleihen in Aktien. Die bislang einzige Restrukturierung öffentlicher Schulden im Zuge der jüngsten Krise betraf Griechenland. Dass öffentlicher Druck (siehe Irland und die Niederlande) oder der Druck der EU-Staatengemeinschaft (siehe Spanien und Zypern) ausschlaggebend für die Entscheidung zugunsten einer Gläubigerbeteiligung war und befürchtete katastrophale Folgen ausblieben, verweist auf politische Spielräume, wenn es um die Lastenverteilung bei Schuldenrestrukturierungen geht.

Sofern übergeordnete Instanzen (Einzelstaaten oder eine Staatengemeinschaft wie die EU) in ausfallsgefährdeten Kreditbeziehungen einspringen, ergeben sich erweiterte Möglichkeiten. Die Staaten des Euroraums gewährten Überbrückungskredite an Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern und stimmten in manchen Fällen einer Verlängerung der Laufzeiten und einer Senkung der Zinsen zu, sobald dies opportun erschien. Womöglich werden sie sich in Zukunft, wenn sie dies für erforderlich halten, auch für die Option des Forderungsverzichts entscheiden.

Auch Notenbanken sind in der Krise vermehrt in die Rolle von Gläubigern geschlüpft: Notenbankkredite ersetzten nach Ausbruch der Krise einen Gutteil des Interbankenmarkts, also der Refinanzierung, die Banken einander zuvor gewährt hatten. Die EZB trat auch selektiv als Ankäuferin von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt auf. Beides ermöglichte privaten Gläubigern aus Deutschland und anderswo, sich riskanten Anlagen



Streetart von:
wild drawing
Athen, 2013

in Krisenregionen elegant zu entledigen. In Irland wurde die staatliche Abwicklung einer Bank mithilfe eines Notkredits der Notenbank finanziert, dessen Rückzahlung zuletzt auf Jahrzehnte erstreckt wurde. Dies ist möglich, da Notenbanken, sofern sie keine Politik fixer Wechselkurse verfolgen, keinen unmittelbaren Budgetbeschränkungen unterliegen.

Über die gesamteuropäische Sozialisierung von Gläubigerforderungen ist es in der Krise somit gelungen, systemische Risiken, die sich aus der Verkettung privater Schuldkontrakte ergeben, zu entschärfen. Damit ist die Frage, wie mit offenen Forderungen umzugehen ist und wie die Lasten verteilt werden sollen, einer kollektiven Debatte zugänglich gemacht worden. Dies schließt auch die Optionen mit ein, Schulden zu restrukturieren oder gar zu streichen. Die Forderung nach einem Schuldenaudit zielt dabei auf ein geordnetes Verfahren, im Rahmen dessen Ansprüche auf ihre Validität geprüft und verschiedene Finanzierungsquellen ausgelotet werden können.

INFLATION – GELDWERT IN GEFAHR?

Weil bestehende, nominell fixierte Forderungen durch Inflation entwertet werden, sorgen sich Gläubiger vor allem um einen allgemeinen Wertverlust des Geldes. Die Inflationsängste wurden genährt durch die Geldpolitik der Notenbanken in Europa, den USA und Japan. Sie haben in Reaktion auf die Krise über verschiedene Methoden die Ausgabe von Zentralbankgeld verstärkt und ihre Zinspolitik mehr als zuvor in den Dienst der wirtschaftlichen Erholung gestellt. Zumindest im Euroraum sind die Steigerungen des allgemeinen Preisniveaus allerdings bislang im gewohnten Rahmen geblieben. Die Zentralbank hat vor allem über die Ablösung von Zwischenbank- durch Notenbankkredite zu einer Stabilisierung des Finanzsystems beigetragen. Dem folgte keine Überhitzung der Wirtschaft mit anschließendem inflationären Schub, sondern vielmehr wurde versucht, eine Bewegung in die Gegenrichtung (Deflation) abzuwenden. Die Notenbank kann von sich aus auch keine Inflation verordnen und auch keine wirtschaftliche Erholung in Gang setzen. Beides bedarf privater oder staatlicher Investitionen beziehungsweise eines gesteigerten Konsums der Bevölkerung. Empfindliche Preissteigerungen, die vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen treffen,

gab es zuletzt bei den Nahrungsmitteln und bei den Energiekosten, was jedoch weniger auf die Politik der Notenbanken zurückgeht als vielmehr auf andere weltwirtschaftliche Faktoren und die unbearbeitete ökologische Krise.

STEUERERHÖHUNGEN UND ANDERE ADMINISTRATIVE MASSNAHMEN – WER ZAHLT?

Zentrale Komponente einer Politik, die auf gerechtere Verteilung zielt, wäre es, verstärkt private Großvermögen zur Begleichung der Krisenkosten heranzuziehen, etwa über Steuererhöhungen oder sonstige Maßnahmen. Wenn Ungleichheit als eine zentrale Ursache der Krise erkannt wird, ist damit auch dem Verursacherprinzip Rechnung getragen.

Als »finanzielle Repression« bezeichnen liberale Ökonomen eine Konstellation, in der staatliche Maßnahmen den Zugriff auf private Ressourcen abseits von Steuern sichern, um damit staatliche Schulden zu bedienen. Was im liberalen Binnenmarkt der EU bereits der Vergangenheit angehörte, hielt im Zuge der Krise wieder Einzug: In staatlicher Hand befindliche oder auf staatliche Krisenunterstützung angewiesene Banken wurden zur Kreditvergabe an den Staat ›überredet‹; Leitzinsen unterhalb der Inflationsrate sorgen für negative Realzinsen etwa bei den meisten Bankguthaben und für Staatstitel mit guter Bonität. Im Fall von Zypern wurde sogar das Tabu von Kapitalverkehrskontrollen innerhalb des Binnenmarkts gebrochen.

Was Steuern betrifft, haben einige EU-Staaten mit Bankenabgaben bescheidene Schritte in die richtige Richtung unternommen. Allerdings ist die Frage der Vermögensbesteuerung bislang nur sehr selektiv angegangen worden. Als technische Haupthindernisse galten bislang die hohe Mobilität des Kapitals und eine mangelnde internationale staatliche Kooperation. Doch die Aussichten auf eine internationale Zusammenarbeit in diesem Feld haben sich deutlich verbessert, da alle Schutzherren von Steueroasen dringend neue Steuereinnahmen benötigen und insbesondere das Vorgehen der USA gegenüber der Schweiz die Karten neu gemischt hat.

Was die internationale Mobilität betrifft, gibt es mit Island und Zypern zudem erste Präzedenzfälle für Kapitalverkehrskontrollen in Staaten mit einem entwickelten Finanzsektor, die im Gegensatz zur offiziellen Diktion keine kurzfristigen Übergangsmaßnahmen sein werden.

Somit rückt ein bedeutender steuerlicher Beitrag zur Lösung des Schuldenüberhangs in den Bereich des Denkbaren. Der einschlägige Vorschlag der Boston Consulting Group – einer der weltweit größten und profiliertesten Unternehmensberatungen – vom Herbst 2011 ist allerdings in seiner Radikalität bislang unerreicht: In einem gesamteuropäischen Ansatz wären alle staatlichen und privaten Schulden (von Privathaushalten und Unternehmen) zu streichen, wenn sie in der Summe mehr als 180 Prozent über dem Bruttoinlandprodukt eines Landes liegen. Die von den Verlusten betroffenen Finanzinstitutionen müssten vom Staat aufgefangen werden, der die Restrukturierung der Schulden mithilfe einer Einmalbesteuerung des Privatvermögens finanzieren könnte.

LAST EXIT GRIECHENLAND?

MIT SYRIZA RAUS AUS DER KRISE

THODOROS PARASKEVOPOULOS

Viele werfen der *Allianz der Radikalen Linken* (SYRIZA) in Griechenland vor, dass ihr Regierungsprogramm nicht radikal genug sei. Vergleicht man es etwa mit dem von François Mitterrand Anfang der 1980er Jahre, erscheinen die Forderungen von SYRIZA tatsächlich gemäßigt, denn vieles davon orientiert auf Sozialstandards, die im Verlauf der Krise erst zerstört wurden: Die Tarifautonomie soll wiederhergestellt und der Mindestlohn auf das Niveau von 2009 angehoben werden. Eine Reihe von Sofortmaßnahmen soll helfen, die größte Not in Griechenland zu lindern. Es geht um einen Zugang aller zu medizinischer Versorgung (jedeR Vierte ist ohne Krankenversicherung und hat nur im äußersten Notfall Zugang zu medizinischer Versorgung), die Nutzung staatlicher und kirchlicher Immobilien, um die Wohnungsnot abzufedern, und um Regelungen zur Tilgung von Bank- und Steuerschulden für niedrige Einkommensschichten sowie für kleine und mittlere Unternehmen. Vieles davon liegt schon als Gesetz-

entwurf vor – mit Finanzierungsberechnung. In Griechenland wäre es nicht einmal eine sonderlich radikale Maßnahme, die Banken in öffentliches Eigentum zu überführen, denn die Rettung der Banken hat den griechischen Staat insgesamt ein Vielfaches ihres heutigen Börsenwertes gekostet. Was die bürgerliche Presse in ganz Europa skandalisiert und was trotz allem die Radikalität des Programms von SYRIZA ausmacht, ist der erklärte Wille, mit dem neoliberalen Regime in der EU zu brechen. Etwa mit dem Vorhaben, den (oftmals tatsächlich ineffektiven) Verwaltungsapparat auf ein für Westeuropa unbekanntes Niveau zu schrumpfen. Auch die griechischen BürgerInnen, die dem populistischen Märchen vom aufgeblähten Staatsapparat aufgesessen waren, wissen inzwischen, was solche ›Verbesserungen‹ bedeuten: weniger LehrerInnen, KrankenpflegerInnen und ÄrztInnen, mehr Kinder pro Schulklasse und weniger Verwaltungspersonal in den Hochschulen – keinesfalls jedoch größere Effektivität. Sie haben verstanden, wie Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit angeblich erhöht werden – nämlich durch niedrigere Löhne. Und auch wie die Staatsfinanzen ›gesunden‹ sollen – durch radikale Rentenkürzungen.

GEGEN DAS MEMORANDUM

Eine Aufkündigung des Memorandums von 2010 hat für SYRIZA aus zwei Gründen eine zentrale Bedeutung: Erstens ist die Politik, die es vorschreibt, an ihren erklärten Zielen gescheitert. Lagen die öffentlichen Schulden Griechenlands zum Zeitpunkt, als das Memorandum beschlossen wurde, bei 120 Prozent der Wirtschaftsleistung, so sind sie heute, nach vier Jahre dieser ›Reformpolitik‹, auf 175 Prozent gestiegen. Zweitens ist eine Stimme für die Linke gleichzeitig ein Votum gegen das Memorandum. Dessen Kündigung wird deshalb als Ausdruck der Volkssouveränität gesehen. Das allein wird aber nicht genügen. Das Memorandum muss durch einen Plan ersetzt werden, die griechische Gesellschaft wieder aufzubauen.

Die Ausgangsbedingungen dafür sind allerdings schlechter denn je. Nach vier Jahren Austeritätsregime ist vieles zerstört, auf das sich aufbauen ließe. In vielen Bereichen muss quasi von vorn angefangen werden. Hunderte von Gesetzen, Verordnungen und Regierungsmaßnahmen, die aus den Verpflichtungen des Memorandums hervorgegangen sind, prägen heute das Wirtschafts- und Sozialleben in Griechenland: Arbeitsverhältnisse wurden flexibilisiert, Individual- und Betriebsverträge in die Kostenkalkulation vieler Unternehmen integriert, der herabgesetzte Mindestlohn ist vor allem in kleinen Unternehmen inzwischen bestimmend. Gleichzeitig gibt es auch in bürgerlichen Kreisen der EU-Staaten Diskussionen über die Notwendigkeit eines Politikwandels, denn es ist kaum zu übersehen, dass das PIIGS-Modell mit Anleihen,

THODOROS PARASKEVOPOULOS ist Ökonom und Mitglied der Leitung der außenpolitischen Abteilung von SYRIZA. Die Linkspartei könnte nach den kommenden Wahlen eine neue Regierungskoalition anführen. Vor welchen Herausforderungen Griechenland und Europa stehen, diskutiert der Autor in diesem Beitrag.

Memoranden, Troika-Regime und radikalem Sparkurs gescheitert ist.

SCHULDENABBAU MIT LINKS?

Ein wichtiger Schlüssel zur Lösung ist der Schuldenabbau. Es ist völlig unmöglich, öffentliche Schulden von 175 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung zu bedienen, denn allein die jährlichen Zinsen machen dann über zehn Prozent der Staatseinnahmen aus. Bei einer so hohen Zinslast wird niemand Griechenland Kredite geben, jedenfalls nicht zu einem bezahlbaren Zinssatz. Das Schuldenproblem ist ein europäisches und kann nur auf dieser Ebene gelöst werden. Andernfalls sind überschuldete Staaten gezwungen, einseitig vorzugehen – das hat jedoch negative Implikationen nicht nur für sie selbst, sondern auch für das Projekt einer europäischen Integration. Ein relevanter Teil der Schuld muss also weg, und die Tilgung der Restschuld muss mit einer Wachstums- und Beschäftigungsklausel verbunden werden. Dies entspricht exakt dem Modell des Londoner Schuldenabkommens von 1953, mit dem die deutschen Vor- und Nachkriegsschulden geregelt wurden.

Die Beseitigung des Schuldenproblems ist eigentlich eine technische Frage, deren Beantwortung jedoch eine politische Entscheidung vorausgehen muss. Dazu bedarf es einer europäischen Schuldenkonferenz. Wie kann eine nicht bedienbare Schuld auf ein vernünftiges Maß reduziert werden, ohne die europäischen SteuerzahlerInnen zu belasten? Die Bedingung ist wichtig, denn wir müssen die Interessen und Ängste der europäischen Bevölkerung im Blick haben, auch wenn das Schuldenproblem aufgrund einer unseriösen Finanzpolitik der Geberländer, vornehmlich Deutschlands, entstanden ist. Unseriös ist diese Politik, weil sie die Kreditvergabe an Bedingungen knüpft, die dem Kreditnehmer jede Möglichkeit rauben, jemals wieder wirtschaftlich auf die Füße zu kommen. Von den Regierungen der Geberländer wird also Geld zum Fenster hinausgeworfen – auch wenn die SteuerzahlerInnen dies vorerst nicht merken.

Zur Lösung des Problems gibt es verschiedene Ansätze, in denen die Europäische Zentralbank eine Rolle spielt. Axel Troost (2013) hat gezeigt, wie so etwas aussehen könnte. Was spricht dagegen? Nur das neoliberale Dogma, dass Menschen, Unternehmen und Gemeinwesen für ihre wirtschaftlichen Fehlleistungen bestraft werden müssen und dass es die Krise auszunutzen gilt, um dieses neoliberale Programm in Griechenland und ganz Europa durchzusetzen.

Eine linke Regierung muss also das Schuldenproblem anpacken. Der erste Schritt zu einer Verhandlung der öffentlichen Schulden, den SYRIZA als führende Kraft einer zukünftigen Regierung Griechenlands mit den europäischen Partnern beginnen will, besteht darin, den Nöten der Bevölkerung Vorrang vor den Forderungen der Geldgeber einzuräumen. Praktisch haben die Verhandlungen bereits begonnen, denn europäische PolitikerInnen kommentieren längst die Vorschläge von SYRIZA. Der Prozess wird nicht einfach werden, obwohl kaum mehr bezweifelt wird, dass das sogenannte Hilfsprogramm gescheitert ist: Einen »Rettungsring aus Blei« hatte Michael Schlecht, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, es 2011 genannt.

EXIT KEIN AUSWEG

Von links wie von rechts wird immer wieder vorgeschlagen, Griechenland – und Länder mit ähnlichen Problemen – sollten die Eurozone zeitweilig oder für immer verlassen, und mit Hilfe einer wachstumsorientierten Währungs- und Geldpolitik versuchen, wieder auf die Beine zu kommen. Diese Haltung verkennt jedoch, dass monetäre Souveränität in der heutigen Welt nur wenigen Ländern vorbehalten ist: Die Wechselkurse werden nicht von nationalen Behörden bestimmt, sondern kommen durch Währungsspekulation zustande, und sie spiegeln längst nicht mehr nur das Wettbewerbsgefälle zwischen unterschiedlichen Volkswirtschaften wider. Würden Staaten mit zerrüttetem Produktionsgefüge, hohen Schulden und Zahlungsbilanzdefiziten sich in eine vermeintliche Währungssouveränität flüchten, käme es zu heftigen Spekulationsangriffen auf ihre Währungen. Wechselkurse würden einbrechen und Importe würden sich enorm verteuern. Der Ausstieg eines Landes aus dem Euro würde sich aber auch auf die Staatsanleihen anderer schwächelnder europäischer Staaten auswirken. Neue Spar- und Ausgabenkürzungsprogramme wären die Folge. Sofern derartige Vorschläge von links kommen, basieren sie auf der Vorstellung, dass es einen griechischen »nationalen Weg« zum Sozialismus geben könne, eine linke Regierung folglich jede Bindung an das kapitalistische Gebilde der EU (vor allem an den Euro) kappen müsse. Im Kapitalismus ist aber jede politische Macht ein kapitalistisches Gebilde (auch die Griechische Republik). Auch der Vergleich mit dem revolutionären Russland hinkt, weil Russland, später die Sowjetunion, fast ein ganzer Kontinent war – abgesehen davon, dass der »Sozialismus in einem Land« auch damals eine Notlösung war, nachdem die Revolutionen in anderen europäischen Ländern gescheitert waren.

Deshalb sucht SYRIZA nach einer Lösung innerhalb der Eurozone. Die Rückkehr in die Kleinstaaterei kann keine Perspektive sein. Die Problem der EU, die Übermacht der größeren Staaten sowie undemokratische Entscheidungsprozesse, in denen die Parlamente zu bloßen Ratifizierungsorganen degradiert werden – all das muss gemeinschaftlich und nicht nationalstaatlich gelöst werden. Dennoch kann ein »Ja« zu einer europäischen Lösung des Schuldenproblems für Griechenland nicht bedingungslos sein, und die Bedingung ist das Überleben der griechischen Gesellschaft. Genau dies drückt sich in einer Erklärung von SYRIZA aus: »Wir werden keine einseitigen Schritte unternehmen, es sei denn wir werden dazu gezwungen!«

Die Verhandlungen werden zweifellos hart sein. Nicht in erster Linie, weil Positionen des neoliberalen Dogmatismus geräumt werden müssen, sondern weil zum ersten Mal in Europa die Linke auf Augenhöhe mit den VertreterInnen der Kapitalmacht verhandeln will. Das Memorandum muss durch ein realistisches Aufbauprogramm ersetzt werden. Nicht dass wir davon ausgehen, die VerhandlungspartnerInnen zu überzeugen; aber letztlich haben sie nichts als ihre gescheiterten ›Rettungspakete‹ zu bieten. Wir müssen deutlich machen, dass diese Politik nicht alternativlos ist, und wir müssen die Solidaritätsbewegung mit Griechenland

mit Argumenten versorgen. Dazu bedarf es breiter gesellschaftlicher Bündnisse. Wir müssen GewerkschafterInnen, Jugendzentren, Kirchengemeinden, SozialdemokratInnen und Grüne für dieses Anliegen gewinnen. Die Linke in Europa kann nur stark werden, wenn es ihr gelingt, breite Bevölkerungskreise auf ihre Seite zu ziehen.

Selbst bei einer vollständigen Schuldenstreichung wären die Probleme nicht aus der Welt. Griechenland, der immer größer werdende ›europäische Süden‹, aber auch die Länder in Osteuropa brauchen dringend neue wirtschaftliche Impulse – das Projekt der europäischen Integration insgesamt braucht einen neuen politischen Anstoß. Von Gewerkschaftsseite (DGB, EGB) wird ein europäisches Investitionsprogramm gefordert. Auch wenn die vorgeschlagenen Finanzierungsinstrumente nur bedingt zur Umverteilung beitragen, und der Plan die Belange der südlichen EU-Länder, die ja Hauptbetroffene der Krise und der neoliberalen Umstrukturierungspolitik sind, zu wenig berücksichtigt, so weist er doch in die richtige Richtung. Dennoch: Heute reicht es nicht mehr, einen keynesianischen Ausgabenplan zu entwerfen. Wir müssen die Richtung der Transformation klar bestimmen und die Instrumente wie die notwendigen Mittel der Umgestaltungspolitik viel stärker in einen solchen Plan einbeziehen, als es derzeit der Fall ist.

UMBAU ÖKOLOGISCH-SOZIAL

Eine – wenn auch anspruchsvolle und kostspielige – Perspektive wäre die ökologische Umgestaltung der Produktion, nicht allein der Energieproduktion, sondern der Produktion insgesamt. Der europäische Binnenmarkt setzt solchen Projekten natürlich Grenzen, weil kaum zu verhindern sein wird, dass nicht-ökologische Waren produziert werden. Möglich wäre aber als erster Schritt, sie von der Liste der Güter zu streichen, die von der öffentlichen Hand eingekauft werden. Länder, die sich dieser Herausforderung stellen, werden sicherlich an der Spitze einer künftigen Revolutionierung der Produktivkräfte stehen. Griechenland hat zum Beispiel gute natürliche Voraussetzungen für eine ökologische Energie- und Landwirtschaftsproduktion. Für uns wäre es also von großem Vorteil, wenn die europäische Wirtschafts- und Innovationspolitik sich in diese Richtung entwickeln würde.

Natürlich wäre es Unsinn, auf eine allgemeine Kursänderung in der EU zu warten. Die Europäische Union ist ein Staatenbund, und Kursänderungen setzen immer eine Veränderung innerhalb ihrer Mitgliedsländer voraus. Die neue griechische Regierung wird deshalb ein Programm der sozial-ökologischen Umgestaltung im eigenen Land in Angriff nehmen müssen. Dieses wird mit einem sozialen und ökonomischen Sofortprogramm zwar nicht identisch sein, davon aber auch nicht zu trennen. In einem ersten Schritt muss die öffentliche Nachfrage genutzt werden, um den Markt in diese Richtung zu beeinflussen. Zweitens müssen die Sektoren bestimmt werden, die sich am ehesten für einen solchen Umbau eignen. In Griechenland sind das die Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie sowie die Energiewirtschaft und der Tourismus. Wissenschaft und Innovationsforschung müssen zu dieser Entwicklung beitragen.



Streetart von:
Scarrone

VERWALTUNG ALS BÜNDNISPARTNERIN

Ein wichtiges Instrument für jedes Wiederaufbauprogramm ist die öffentliche Verwaltung. Ausgerechnet diese ist in Griechenland aber schon lange ein Problem. In der Nachkriegsperiode und während der siebenjährigen Diktatur (1967–1974) wurde die Verwaltung unter Bedingungen eines Ausnahmezustandes aufgebaut, Menschen mit fortschrittlichen Ansichten waren vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Aber auch nach 1974 wurden Stellen im öffentlichen Dienst weiterhin nach parteipolitischen Kriterien besetzt. Die öffneten einer Korruption Tür und Tor, die von den Regierungen geduldet, in vielen Fällen sogar gefördert wurde. Der ›neue Geist‹ des Neoliberalismus hat sein Übriges getan, dadurch dass das Öffentliche diffamiert und privatwirtschaftlichen Interessen unterstellt wurde.

Dennoch ist in der öffentlichen Verwaltung auch ein großes Wissenspotenzial vorhanden, das eine gute Basis für den Wiederaufbau bilden kann. Linke Politik muss auf dieses Potenzial setzen und die Menschen im öffentlichen Dienst für eine Verwaltungsreform gewinnen. Sie müssen am Umbau direkt beteiligt werden.

STEUERFLUCHT BEKÄMPFEN

Damit eine Steuerreform, durch die hohe Einkommen und Vermögen stärker belastet werden sollen, Wirkung zeigen kann, müssen diese effektiv erfasst werden. Dazu ist ein Vermögensregister nötig, das den Besitz griechi-

scher StaatsbürgerInnen im In- und Ausland lückenlos dokumentiert. Es ist bezeichnend, dass ein solches – obwohl im Memorandum beschlossen – bis heute nicht erstellt wurde. Stattdessen sind die Kontrollstellen der Finanzämter in den letzten zehn Jahren durch Einstellungsstopp und Versetzungen zu einem großen Teil aufgelöst worden – und das war politisch beabsichtigt. Auch haben die bürgerlichen Regierungen bisher sorgfältig vermieden, die Steuerflucht großer Unternehmen (beispielsweise durch An- und Verkäufe innerhalb eines Konzerns) zu erfassen. Es gibt aber auch viele kleine Unternehmen, die aus existenziellen Gründen Steuerflucht begehen. Wie können solche Kleinunternehmen erhalten und in die Steuerlegalität geführt werden? Welche Rolle können dabei öffentliche Banken, öffentliche Investitionen und eine vernünftige Steuerpolitik spielen? Hier muss angesetzt werden, um das Bündnis von Teilen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse, mit dem bürgerlichen Parteiensystem zu brechen.

BANKEN IN ÖFFENTLICHER REGIE

Das zweite wichtige Instrument für den Wiederaufbau ist der Kreditsektor. Infolge von Staatshilfen und Rekapitalisierung befinden sich die wichtigsten griechischen Banken heute in öffentlicher Hand. Sie werden aber von ihren alten Leitungen verwaltet und spielen im Wirtschaftsleben keine Rolle. Weitere Bankenzusammenschlüsse sind geplant, wie auch der Verkauf staatlicher Aktienpakete an Private. Deren Erlös soll in die Kreditrückzahlung fließen. Es droht der Ausverkauf des griechischen Bankensektors, und zwar an spekulative Hedgefonds. Die Erlöse werden jedoch bei Weitem nicht die Summen decken, die der griechische Staat an Stützungsdarlehen und Rekapitalisierungsmitteln an die Banken gezahlt hat. Die einzige realistische Möglichkeit besteht also darin, dass der Eigentümer seine Rechte wahrnimmt und die Banken wirklich in öffentliche Regie überführt, rekonstruiert und in den Dienst des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbaus stellt. Beispiele für solche Formen öffentlicher Kreditsysteme finden wir bei unseren europäischen Partnern: negative (etwa die deutschen Landesbanken) und auch positive (wie die regionalen Sparkassen und Genossenschaftsbanken oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau).

RÜCKGEWINNUNG DES ÖFFENTLICHEN

Ein zentrales Ziel der Memoranden ist die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und von Infrastruktureinrichtungen. Es ist klar, dass die Linke diese Vorhaben stoppen muss. Schwieriger sieht es jedoch mit der schrittweisen Deprivatisierung aus, weil eine entschädigungslose Verstaatlichung völlig unrealistisch ist. Und noch schwieriger scheint ein Umbau, der Bürokratismus, Ineffektivität und Korruption bekämpfen könnte. Wie im Fall der öffentlichen Verwaltung liegt auch hier die Antwort in einem Prozess der Demokratisierung und größeren öffentlichen Kontrolle.

Die Notwendigkeit, wichtige Großunternehmen in strategischen Bereichen unter öffentliche Kontrolle zu bringen oder zu halten, schließt keineswegs aus, mit anderen in- und ausländischen (privaten wie öffentlichen) Unternehmen zu kooperieren – im Gegenteil. Die Erweiterung und

Modernisierung dieser Unternehmen setzt Mittel und technische Kenntnisse voraus, über die sie oft nicht allein verfügen. Aber: Die Regeln solcher Kooperationen werden vom griechischen Staat gesetzt. Es werden dort die arbeitsrechtlichen, sozialen und ökologischen Vorschriften Anwendung finden, die für öffentliche Unternehmen dann gelten werden – einschließlich deren Kontrolle durch die Beschäftigten und die Öffentlichkeit.

Diese Vorschläge, die die Wiederherstellung eines zerstörten Gemeinwesens zum Ziel haben, erfordern nicht nur einen großen Einsatz von Ressourcen und viele engagierte Menschen, sondern auch eine zentrale Planung. Dies birgt die Gefahr eines übermächtigen Staates, der nur begegnet werden kann, wenn »das Öffentliche« zu voller Geltung kommt: Jenseits einer funktionierenden und kompetenten kommunalen und regionalen Selbstverwaltung braucht es dafür gewählte Institutionen, die den Beschäftigten und den BürgerInnen verpflichtet sind und für Transparenz und öffentliche Kontrolle sorgen. Wie solche Institutionen im Detail gebildet werden können und wie sie funktionieren werden, wissen wir noch nicht. Die Theorie kann hier Impulse geben, aber keine Rezepte liefern. All das muss sich in der Praxis bewähren, denn neue Formen der Produktionsverhältnisse und des Zusammenlebens können nur entlang realer Probleme entstehen respektive sich weiterentwickeln. Unbeantwortet ist bislang auch die Frage, wie Ansätze solcher Veränderungen und Neuerungen stabilisiert werden können. So sind in ganz Griechenland Schritt für Schritt funktionierende Solidaritätsnetze entstanden (vgl. Benos in diesem Heft), auch wenn sie längst noch nicht so dicht sind, wie es nötig wäre. Dort finden viele Menschen elementare Gesundheitsversorgung; Baukreditnehmer, die ihr Einkommen verloren haben und vor der Obdachlosigkeit stehen, erhalten Rechtsbeistand; Kinder bekommen Nachhilfe und es werden Lebensmittel an notleidende Familien verteilt. Wie können nun die Erfahrungen dieser selbstverwalteten Strukturen, die aus der Not entstanden sind, in den Aufbau sozialer Dienstleistungen einfließen? Und was bedeuten Selbstverwaltung und Transparenz im Sozialbereich?

Das Wahlziel von SYRIZA 2012 war es unter anderem, Kräfteverhältnisse im Parlament herbeizuführen, die die geplante neoliberale Verfassungsänderung verhindern konnten. Das wurde erreicht. Nun gilt es, eine Bewegung auf die Beine zu stellen, die imstande ist, eine demokratische Verfassungsreform durchzusetzen, eine Reform, mit der Institutionen der direkten Demokratie geschaffen, öffentliches Eigentum geschützt, Rechte der Lohnabhängigen verbrieft, eine öffentliche Kontrolle von Großunternehmen eingeführt und schließlich die Bekämpfung von Diskriminierung sowie die Integration von MigrantInnen zur staatlichen Pflicht erhoben werden.

Nur so kann es gelingen, dem autoritären »postdemokratischen« Regime des Neoliberalismus wie auch der Gefahr des Neonazismus demokratisch entgegenzuwirken.

LITERATUR

Troost, Axel und Philipp Hersel 2013: *Was passiert, wenn die EZB Verluste macht? Die Gefahren für SteuerzahlerInnen und Inflation sind erfreulich begrenzt,* www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/m3413.pdf

AUSTERITY KILLS

KÄMPFE UM GESUNDHEIT IN GRIECHENLAND

ALEXIS BENOS

Die strukturelle Krise des Kapitalismus zieht auch in Europa soziale und ökonomische Verwerfungen nach sich. Dass die südeuropäischen Länder stärker betroffen sind, liegt unter anderem daran, dass den Defiziten des Südens die Überschüsse des Nordens gegenüberstehen. Griechenland ist – als schwächstes Glied in der Eurozone – seit Jahren Versuchskaninchen für die Einführung neoliberaler Strukturanpassungspolitiken in Europa – 30 Jahre nachdem diese in Afrika, Südamerika und Südostasien offensichtlich gescheitert waren. Dennoch akzeptierte die griechische Regierung die Finanzierungsauflagen fast widerstandslos. Diese sehen nicht nur weitgehende Kürzungsmaßnahmen vor, sondern auch eine Privatisierung fast aller öffentlichen Güter und Dienstleistungen – auch des Gesundheitswesens.

AUSTERITÄTSPOLITIK VERÄNDERT DIE LEBENSBEDINGUNGEN…

Sechs Jahre Rezession und vier Jahre Austeritätspolitik haben die soziale und ökonomische

Situation für die griechische Bevölkerung dramatisch verschlechtert. Ein Drittel der Bevölkerung ist von Armut bedroht, und die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ist inzwischen auf fast 60 Prozent angestiegen. Dies hinterlässt auch Spuren, die sich auf den Gesundheitszustand der Menschen auswirken: Die Kindersterblichkeit stieg binnen drei Jahren um 51 Prozent, Selbsttötungen und Tötungsdelikte nehmen insbesondere unter jungen Männern zu, es gibt einen drastischen Anstieg von psychischen Erkrankungen, Drogenmissbrauch und Infektionskrankheiten. Während der Bedarf an öffentlichen Gesundheitsleistungen in Folge der Austeritätspolitik steigt, führt eben jene neoliberale Politik dazu, dass die erhöhte Nachfrage auf ein unzureichendes Angebot trifft. Private Versorgung kann die Ausfälle nicht kompensieren – kaum jemand ist noch in der Lage, die enormen Kosten zu bezahlen.

… UND DAS GESUNDHEITSSYSTEM

Statt dieser Notlage Rechnung zu tragen, setzt die griechische Regierung die Anforderungen der Troika aus IWF, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank ungebremst um – zwischen 2010 und 2013 wurden allein 170 Auflagen zum Gesundheitswesen in die Memoranden aufgenommen. Es geht um Austeritätsmaßnahmen wie eine Deckelung der öffentlichen Ausgaben, die Einführung von Nutzungsgebühren, den Einstellungsstopp für Personal im öffentlichen Gesundheitssektor, empfindliche Kürzung von Löhnen und Gehältern des Pflegepersonals sowie Kürzungen der Mittel aus den Sozialversicherungskassen. Auch sogenannte Reformen, die auf die Schaffung eines internen Marktes, auf die Kommerzialisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens zielen, sind Teil der Verträge. Im Ergebnis können wir von einer Demontage des öffentlichen Gesundheitswesens sprechen. Steigende Zugangsbarrieren verschärfen darüber hinaus die humanitäre Krise in der griechischen Gesellschaft.

KRISE DER SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEME

In der Krise wird deutlich, dass die Sozialversicherungssysteme nur bedingt in der Lage sind, das Gesundheitswesen zu finanzieren.

ALEXIS BENOS ist Internist, Gesundheitswissenschaftler und Aktivist. Aktuell unterrichtet er Sozialmedizin an der Aristoteles-Universität von Thessaloniki und hat die örtliche *Klinik der Solidarität* mit aufgebaut. Er ist außerdem Mitglied der griechischen Linkspartei SYRIZA, in deren Zentralkomitee er bis vor Kurzem saß.

Historisch betrachtet waren sie eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung, verankerten das Prinzip der Solidarität. Angesichts der hohen Arbeitslosenquoten – nicht nur in Griechenland – steckt das Konzept jedoch in einer Sackgasse. In Griechenland bedeutet eine Arbeitslosenquote von 30 Prozent, dass mindestens 30 Prozent der Bevölkerung ohne Sozialversicherung sind und folglich keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen mehr haben. Dieser ›Geburtsfehler‹ der Sozialversicherungssysteme muss ernst genommen werden, soll eine neue Gesundheitspolitik entstehen, die dem realen Versorgungsbedarf

der Bevölkerung – auch unter Bedingungen einer ökonomischen Krise – entspricht.

Ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation (2009) über die Auswirkungen der Finanzkrise stellte bereits vor fünf Jahren fest: »Einige Länder sind einem besonderen Risiko ausgesetzt. Zu diesen zählen auch entwickelte Länder, die Nothilfe vom Internationalen Währungsfonds angefordert haben, in denen während der Darlehensrückzahlung Ausgabenbeschränkungen angeordnet werden könnten.« Die humanitäre Krise offenbart die Notwendigkeit, neue Wege der Organisierung zu gehen, um auf europäischer Ebene politische Kräfteverhältnisse zu verschieben und die Bürokratien abzusetzen, die für diese Katastrophe verantwortlich sind.

SOLIDARITÄTSBEWEGUNG UND REORGANISIERUNG DER LINKEN

Um die direkten humanitären Folgen der Krise abzufedern, haben sich in Griechenland in den letzten Jahren vielfältige selbstverwaltete Solidaritätsstrukturen gebildet. Sie organisieren Märkte ohne Zwischenhändler, betreiben selbstverwaltete Betriebe, unterstützen Bildungsangebote für MigrantInnen und helfen mit Lebensmittelspenden, wo es am nötigsten ist. Die »Kliniken der Solidarität« bieten außerdem eine kostenlose Grundversorgung für alle, die als Flüchtlinge, wegen ihrer Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen gar keinen Zugang mehr zum öffentlichen Gesundheitswesen haben. Aber selbst diejenigen, die noch versichert sind, können nicht mehr ausreichend versorgt werden. Es fehlt an allem: Medikamente, Verbandsmaterial, ÄrztInnen, PflegerInnen und Zeit. Inzwischen gibt es 40 dieser Kliniken im Land – sie werden ausschließlich von unbezahlten Freiwilligen betrieben. In ihnen sind ÄrztInnen genauso aktiv wie PatientInnen, Pflegepersonal zusammen mit Ehrenamtlichen aus der Nachbarschaft, ApothekerInnen und Angehörige, GewerkschafterInnen und politische AktivistInnen aus unterschiedlichen Zusammenhängen. Sie veranstalten regelmäßig landesweite Aktionstage für ein Recht auf bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung, organisieren Demonstrationen und Kundgebungen vor Krankenhäusern und unterstützen die Streiks im Gesundheitswesen. In konkreten Fällen setzen sie sich für PatientInnen ein, die eine spezifische Behandlung (z. B. eine Operation) oder teure Diagnoseverfahren benötigen, die die Kliniken der Solidarität nicht anbieten können. Hin und wieder gelingt es auch PatientInnen unter der Hand in offiziellen Krankenhäusern unterzubringen.

Die Kliniken der Solidarität verstehen sich aber nicht als Wohltätigkeitsorganisationen und nicht als Ersatz für die wegbrechenden sozialstaatlichen Strukturen, sondern als Orte des politischen Austauschs und der Bewegung. Sie versammeln Freiwillige, um elementare Gesundheitsdienste für Bedürftige anzubieten und um gleichzeitig Beschäftigte, PatientInnen, Angehörige und sonstige Aktive gegen die aktuelle Krisenpolitik zu mobilisieren. Praktische Solidarität wird mit einer Bewegung von unten gegen die Troika-Politik und für gesellschaftliche Veränderung verknüpft. In Gesprächen mit PatientInnen werden diese dafür sensibilisiert, dass sie nicht nur passive Nutzer von Dienstleistungen sind, sondern gleichwertige Mitglieder dieser Bewegung. Erstmals gelingt



Streetart von: Political Zoo

es, die Versorgung mit elementaren Gütern der Daseinsvorsorge zum Ausgangspunkt politischer Organisierung zu machen. Oder umgekehrt: Kämpfe um soziale Reproduktion und solidarische Unterstützung werden zum Kristallisationspunkt einer linken Bewegung.

Die meisten Solidaritätsstrukturen sind spontan entstanden und haben sich als Graswurzelbewegung entwickelt, entsprechend prägt sie ein offenes basisdemokratisches Selbstverständnis: Entscheidungen werden ausschließlich von der Vollversammlung ihrer Mitglieder getroffen. Diese Aktivitäten bilden ein neues Paradigma für den Aufbau einer popularen Bewegung und deren Beziehung zu linken politischen Parteien und Strömungen. SYRIZA, die wichtigste Partei der radikalen Linken in Griechenland, unterstützt diesen Bewegungen, respektiert jedoch ganz bewusst deren Autonomie. Ein beachtlicher Teil der Solidaritätsbewegung ist auch bei SYRIZA aktiv. Hier entsteht ein dynamisches Zusammenspiel, in dem Positionen geschärft und Kräfte gebündelt werden. Da der Kampf gegen die neoliberale Sparpolitik in einem Land allein nicht zu gewinnen ist, gilt es die griechischen Erfahrungen in Europa zu verallgemeinern.

Aus dem Englischen von Andreas Förster

LITERATUR

World Health Organization, 2009: *The financial crisis and global health. Report of a high-level consultation*, Genf, www.who.int/topics/financial_crisis/financialcrisis_report_200902.pdf

»WIR SPRECHEN NUN SELBST«

ORGANISIERUNG DER REFUGEES

TURGAY ULU
REFUGEE STRIKE BERLIN

Du bist Mitglied der Refugee-Gruppe vom Oranienplatz. Wie habt ihr euch zusammengefunden?

Wir waren in Bayern in verschiedenen Flüchtlingslagern untergebracht, in denen ein System der Isolationshaft herrschte. Viele Flüchtlinge bekamen psychische Probleme, einige hielten es nicht mehr aus und begingen Selbstmord. 2012 hat sich ein iranischer Freund von mir aus einem Lager in Würzburg umgebracht. Daraufhin haben wir uns aus unterschiedlichen Lagern zusammengefunden, und angefangen Widerstand zu organisieren – zunächst auf lokaler Ebene und dann auch deutschlandweit.

Wir sind mit unserem Protest auf die Straße gegangen und haben seitdem verschiedene Aktionsformen ausprobiert. Wir haben beispielsweise einen 600 km langen Fußmarsch von Würzburg nach Berlin hinter uns. Wir haben Bustouren zu den Flüchtlingslagern organisiert und versucht dafür zu sorgen, dass die in den Lagern in Angst lebenden Menschen diese Angst zumindest zum Teil überwinden können. Wir haben sie eingeladen, mit uns auf die Straße zu gehen und für ihre Rechte und ihre Freiheiten zu kämpfen. Dank dieser Aktionen konnten wir uns mit vielen Flüchtlingen zusammentun und uns auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen vernetzen. Die Kommunikation untereinander organisieren wir über Versammlungen und über das Internet.

Deine politische Biografie hat dich zum Refugee-Aktivisten gemacht.

Ja, ich habe als linker Journalist und Schriftsteller in der Türkei gelebt. Wegen meiner politischen Arbeit wurde ich verhaftet und saß 15 Jahre ohne rechtskräftige Verurteilung in Haft. In türkischen Gefängnissen befinden sich Zehntausend politische Häftlinge, darunter viele Intellektuelle, Journalisten, Schriftsteller und auch Kinder. Als Anti-Kapitalist führt dein Weg in der Türkei unweigerlich durch Gefängnis und Folter. So war es auch bei mir.

Wir organisierten Widerstand gegen die Isolationsbedingungen. 1996 trat ich für 60 Tage in einen Hungerstreik. Damals verloren

zwölf Menschen ihr Leben. Im Jahr 2000 wurde ein neues Gefängnismodell in der Türkei eingeführt. Dieses Modell heißt Typ-F-Gefängnis. Es wurde zum Zweck der Isolationshaft erbaut. Gegen diese Typ-F-Gefängnisse gab es wieder Hungerstreiks. Bei diesen Streiks und den Gegenmaßnahmen des Staates verloren 150 Menschen ihr Leben.

Als Amnesty International befand, dass ich zu Unrecht inhaftiert worden war, initiierten sie eine Kampagne für meine Freilassung. Zur gleichen Zeit entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass ich zu Unrecht im Gefängnis saß und verurteilte den türkischen Staat zu einer Entschädigungszahlung. Wegen der sehr langen Untersuchungshaft wurde ich schließlich entlassen, bis kurze Zeit später das oberste Revisionsgericht die lebenslange Haftstrafe bestätigte. Also wurde erneut Haftbefehl gegen mich erlassen.

So hatte ich keine anderen Wahl, als nach Griechenland überzusetzen, wo ich wieder inhaftiert wurde und drei Monate im Gefängnis saß. Da ich – wie gesagt – zu Unrecht inhaftiert war und die Gefängnisse in Griechenland außerdem in einem desolaten Zustand sind, trat ich in einen Hungerstreik. Schließlich wurde ich freigelassen und bin nach Deutschland gekommen. Jetzt bin ich Teil der Flüchtlingsbewegung.

Das Leben in Lagern bringt Vereinzelung mit sich. Wie seid ihr zum gemeinsamen Handeln gekommen?

Viele Menschen fliehen nach Europa aufgrund von imperialistischen Kriegen, Diktaturen, Folter und Armut. Den Flüchtlingen wird ein Leben in Lagern außerhalb der Gesellschaft

TURGAY ULU ist Journalist, Schriftsteller und Kommunist. Wegen seiner politischen Arbeit wurde er in der Türkei verfolgt, saß im Gefängnis und kam über Umwege in die BRD. Seit einiger Zeit ist er beim Refugee-Strike-Berlin aktiv. Er hat im Herbst 2012 den Marsch der Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin mit organisiert und dann im Protestcamp auf dem Oranienplatz in Kreuzberg gelebt. Das Camp ist am 8. April 2014 geräumt worden. Für aktuelle Informationen: asylstrikeberlin.wordpress.
Für Mai plant Turgay mit anderen Refugee-AktivistInnen einen europäischen Marsch nach Brüssel, um gegen die Residenzpflicht und für gleiche Rechte zu demonstrieren. Er berichtet über die strategischen Herausforderungen dieser Bewegung und das komplizierte Verhältnis zur deutschen Linken.

aufgezwungen. Sie verbringen lange Jahre in diesen Lagern, fernab von sozialen Beziehungen und einem gesellschaftlichen Leben. Das Gutscheinsystem, das Lagersystem, das Residenzpflichtsystem – all das sind letztlich rassistische Maßnahmen, die die Menschen aus der Gesellschaft ausschließen. Wir akzeptieren diese Gesetze nicht und haben gemeinsam beschlossen, dagegen auf die Straße zu gehen. Die Selbstmorde damals waren eine einschlägige Erfahrung.

Ist es euch gelungen, Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Kräften beispielsweise hier in Deutschland zu schließen?

Viele unterstützen uns und kämpfen mit uns. Natürlich ist der überwiegende Teil dieser Gruppen und Personen irgendwie links. Inzwischen organisieren die Studenten-, die Obdachlosen- und die Arbeitslosenbewegung sowie Teile der Gewerkschaften gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen mit uns. Die gemeinsame Ursache aller unserer Probleme

ist der globale Kapitalismus. Wir bilden eine Aktionseinheit mit allen, denen diese Ökonomie schadet. Die linken Parteien im Parlament unterstützen uns auch. Rechte und konservative Kräfte führen Kampagnen gegen unseren Widerstand. Unsere Stärke beziehen wir von der Straße und von den Unterdrückten in der Gesellschaft.

Wo seht ihr Probleme in dieser Zusammenarbeit?

Die Oppositionsbewegungen in Europa verharren teils in einer etwas passiven Haltung. Wir problematisieren das. Außerdem kritisieren wir Gruppen, die im Namen von Flüchtlingen Kampagnen durchführen, aber den Flüchtlingen selbst keine Stimme geben. Die Kampagnengruppen in Europa behandeln die Flüchtlinge teils wie Objekte. Es ist uns gelungen, diese Praxis hier und da zu durchbrechen. Wir haben gelernt, unseren Protest selbst zu organisieren und uns zu unseren Angelegenheiten selbst zu Wort zu melden. In vielen Versammlungen an Universitäten und anderen Orten sprechen wir nun selbst.

Für Flüchtlinge in Europa gelten teils sehr unterschiedliche Bedingungen. Wie funktioniert die transnationale Zusammenarbeit – auch rein praktisch?

Die Flüchtlingsorganisationen haben unterschiedliche Selbstverständnisse, entscheidend ist, dass sie über eine autonome Struktur verfügen. Unser Ziel ist es, zu allen Gruppen gleichberechtigte Beziehungen aufzubauen. Es gibt auch Statusunterschiede innerhalb der Gruppe der Flüchtlinge. Letztlich sind wir aber von denselben Problemen betroffen und kämpfen gegen dasselbe System. Auch wenn wir manchmal unterschiedliche Taktiken verfolgen, so gelingt es uns doch, unsere Aktionen in Solidarität miteinander durchzuführen. Als Menschen, die unterschiedliche Auffassungen haben und viele verschiedene Sprachen sprechen, haben wir gelernt, zusammenzukommen und gemeinsam zu kämpfen.

Ihr plant für Mai – im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament – einen Marsch nach Brüssel.

Wir haben auf lokaler Ebene angefangen, dann den Protest deutschlandweit organisiert, und nun sind wir dabei, unsern Widerstand auf Europa auszuweiten. Wir haben Beziehungen zu vielen Organisationen in Europa hergestellt und internationale Treffen durchgeführt, bis jetzt in Brüssel, Rom und Freiburg.
Wir haben zusammen Entscheidungen getroffen und Texte mit gemeinsamen Forderungen verfasst. Im Rahmen dieser Forderungen werden wir im Mai/Juni einen Marsch nach Brüssel organisieren. Die Probleme in der Flüchtlingspolitik sind schließlich nicht auf Deutschland begrenzt. Die Flüchtlingspolitik in ganz Europa ist ein Problem.

Der neoliberale Kapitalismus steckt in einer Krise. Um aus dieser Krise herauszukommen, werden Maßnahmen ergriffen und Kriege geführt, die Menschen dazu bringen, ihre Länder zu verlassen und nach Europa zu fliehen. Hier sind sie dann mit rassistischen und postkolonialen Gesetzen konfrontiert. Menschen, die vor Krieg und Ausbeutung fliehen, begegnen in Europa demselben Unterdrückungs- und Ausbeutungssystem, vor dem sie geflohen sind.



Turgay Ulu,
© Oliver Feldhaus

Gegen Gesetze, die die Bewegungsfreiheit eingrenzen und die Möglichkeit eines gleichberechtigten Lebens ausschließen, kann nur europaweit Widerstand geleistet werden. Wir machen die Erfahrung, dass ein anderes Leben möglich ist, indem wir es praktisch angehen.

Welche konkrete politische Hoffnung verbindet ihr mit dem europäischen Marsch der Flüchtlinge?

Bislang haben wir europaweit positive Wirkung erzielt. Dass wir unseren Widerstand gegen andauernde Polizei- und Naziattacken verteidigt und trotz Angriffen aus den Parlamenten aufrechterhalten haben, hat unseren Wirkungskreis erweitert. Wir erwarten, dass unser Marsch nach Brüssel unseren Anliegen eine neue Dimension verleihen wird. Bewegungen und Personen aus verschiedenen europäischen Ländern werden sich diesem Marsch anschließen. Der Marsch nach Brüssel wird eine wichtige Rolle dabei spielen, unsere Probleme sichtbar zu machen und Akzeptanz für unsere politischen Forderungen zu gewinnen.

Die Fragen stellten Andrew Noble und Barbara Fried.
Aus dem Türkischen von Errol Babacan

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE
Interviews mit Refugee-AktivistInnen aus den Niederlanden und Belgien

BLOCKUPY UND WEITER

ANMERKUNGEN ZU EINER MOBILISIERUNG, DIE KONSTITUIERENDER PROZESS WERDEN WILL

THOMAS SEIBERT

Die Blockupy-Bewegung geht in diesem Jahr in ihre dritte und bisher wichtigste Runde. Wie schon 2012 und 2013 wird sie auch diesmal eine Frankfurter und zugleich eine deutschland- und europaweite Angelegenheit sein. Darin liegt ja ihr leider noch nicht überall verstandener Witz. Den Auftakt bilden die europäischen Aktionstage im kommenden Mai, die am 15. Mai, dem Jahrestag der spanischen 15M-Bewegung, beginnen. Zwei Tage später folgen Demonstrationen in Hamburg, Berlin, Stuttgart und Düsseldorf, eingebettet in eine Vielzahl von Demonstrationen überall in Europa. Ihr Abschluss am 25. Mai fällt mit der Europawahl zusammen.

Ein dichtes Programm, das für Blockupy selbst auch mobilisierenden Charakter hat. Denn irgendwann gegen Jahresende wird die Europäische Zentralbank (EZB) ihr neues Frankfurter Domizil beziehen, ihren von überall sichtbaren Twin Tower, der nicht nur seine nächste Umgebung – ein einstmals proletarisches Viertel – in seinen Schatten stellen

wird. Die imperialen Eliten müssen die Eröffnung ihrer Kontinentalkanzlei feiern und den Einzug zu einem Spektakel mit europaweiter Ausstrahlung machen – komme was und wer da wolle. Blockupy will und muss Mittel und Wege finden, die Einweihung der Twin Tower zum Debakel werden zu lassen.

2012/2013: WIE SOLLEN WIR DA MITHALTEN?

Blockupy ist aus einer doppelten Verlegenheit entstanden. Die erste betraf und betrifft die Linke in Deutschland und liegt in dem Umstand, dass es hier gelungen ist, die Mehrheit der Gesellschaft, alle politischen Parteien (außer der LINKEN) und die maßgeblichen Gewerkschaften (voran die IG Metall) in die Troika-Politik einzubinden. Zwar ist man in Deutschland nicht glücklicher als anderswo, doch leben die meisten hier vergleichsweise geschützt – während in Griechenland, Spanien und Portugal bereits gehungert und aus Mangel an medizinischer Grundversorgung gestorben wird. Was im Einzelfall des privaten Lebens verständlich sein mag, ist politisch eine Fatalität, die bislang nicht aufzubrechen war.

Zum Global Action Day 2012, angesetzt auf den 12. Mai, hätte die Linke in Deutschland deshalb kaum etwas beizusteuern gehabt. In dieser Situation kam eine ältere Idee zum Zug, sich das Missverhältnis zwischen der imperialen Bedeutung der Stadt Frankfurt und der räumlichen Enge ihres Bankenviertels zunutze zu machen. Besetzte man wochentags, so die Überlegung, dessen zentrale Verkehrsachsen und rief damit ein paar Tausendschaften Polizei auf den Plan, wäre die Stadt unter Mithilfe der Staatsmacht effektiv blockiert. Führte man diese Aktion, nicht am Global Action Day, sondern ein paar Tage später aus, würde sie nicht nur symbolisch wettmachen, was man an Teilnehmermasse nicht hätte anbieten können.

Wie man weiß, ist diese Idee nicht nur 2012, sondern auch 2013 aufgegangen, auch wenn die taktisch eingerechnete Zuarbeit der Polizei brutaler ausfiel als geplant. Dabei beweisen die jüngsten Hamburger Vorkommnisse, dass der polizeistaatliche Rechtsbruch Methode hat: Die deutsche Polizei schlägt »präventiv« zu, kesselt Tausende über Stunden ein und verhängt im Anschluss über Tage hinweg den lokalen Ausnahmezustand. Wenn die Idee Blockupys dennoch aufging, liegt dies daran, dass der staatliche Vorsprung auf der Ebene des Gewalthandelns politisch zur Niederlage wurde, schon im Verlauf der Aktion und dann – was wiederum auch für die Hamburger Vorkommnisse gilt – in der Zeit danach. Setzte die Polizei auf die Spaltung der Demonstration und damit des Blockupy-Bündnisses, hat ihre Gewalt dessen Einheit nachhaltig gestärkt. Mehr noch: Das politisch ausdrücklich gedeckte Vorgehen der Polizei hat Teile der liberalen Öffentlichkeit und des rotgrünen Milieus zum offenen Widerspruch, 2013 schließlich sogar zur

THOMAS SEIBERT ist Aktivist, Philosoph und Autor. Er arbeitet als Referent im Bereich Südasien für medico international, ist im Wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und seit vielen Jahren politisch aktiv in der Interventionistischen Linken.

aktiven Beteiligung an der Folgedemonstration provoziert. Insofern hat Blockupy das Potenzial, zum gemeinsamen Bezugspunkt aller zu werden, die sich dem Krisenpakt verweigern: in Zeiten einer Großen Koalition nicht zu unterschätzen, wenn auch weiterhin Sache einer Minderheit.

TRÄGT DAS DENN? UND WENN: WIE WEIT?

Relevant wird das im Bezug auf die zweite Verlegenheit, auf die Blockupy zu antworten sucht. Die besteht in der Nötigung, die in der Troika verdichtete imperiale Kooperation transnational bekämpfen zu müssen. An dieser Stelle kommen die beiden Hauptvorwürfe ins Spiel, die gegen die Blockupy-Mobilisierungen erhoben werden. Kritisiert wird zum einen die »eventzentrierte Kampagne«: eine Kritik, die übrigens auch im Bündnis und sogar in der Interventionistischen Linken (IL) erhoben wird. Ihr folgt der Vorwurf einer quasi antiimperialistischen »Solidaritätspolitik«: Aus Unlust am mühseligen Geschäft unspektakulärer Tageskämpfe im eigenen Land ergötze man sich am imaginären Beitritt zum südeuropäischen oder gar weltweiten Massenwiderstand. Beide Vorwürfe sind offensichtlich nicht ohne Anhalt in der Sache – was aber nicht ausreicht.

Dass die Linke sich nicht allein in »Event«-Mobilisierungen, sondern zunächst mit ihren Interventionen in lokalen sozialen Kämpfen zu bewähren hat, ist eine unbestreitbare Basisbanalität politischen Handelns. Genauso richtig ist aber, dass diese nicht immer von strategischer Bedeutung sind. Stattdessen geht es heute darum, einer klassenübergreifenden gesellschaftlichen Minderheit einen Ort, eine Gelegenheit und schließlich die Stimme ihrer politischen Artikulation zu schaffen. Das ist Blockupy gelungen: in der Verbindung eines entschiedenen »Demokratieprotests« mit einem zwar vagen, doch ausdrücklich gegen die imperiale Konstitution der EU gerichteten Antikapitalismus. Dem entspricht die orientierende Rolle, die im Bündnis der IL bzw. den eher linksradikalen Teilen in der Bejahung eines forcierten zivilen Ungehorsams wie seiner inter-, trans- bzw. antinationalen Ausrichtung zufällt. Im Umkehrschluss heißt das allerdings, dass sich zumindest dieser Teil des Bündnisses auch auf diese Aufgabe konzentrieren muss – anstatt sich in der Anbahnung oder im Verstärken lokaler sozialer Kämpfe zu verzetteln, die für eine Weile ganz gut ohne linksradikale Intervention auskommen. In einigen internen Diskussionspapieren ist an dieser Stelle von der Bildung einer »radikalen gesellschaftlichen Linken« die Rede, einer spektrenübergreifenden (»mosaik-« bzw. »transformationslinken«) Allianz. Ihr Konsens: »Ihr wollt Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus!«

DIE KRISE ZURÜCKGEWINNEN

Beansprucht Blockupy in seiner Form und seinem inhaltlichem Konsens zu einem symbolisch und effektiv transnationalen Widerstand zu gehören, so muss ihm auch eine strategische Bedeutung zukommen. Die Blockupy gestellte Herausforderung liegt deshalb weniger in einer Änderung der politischen Mehrheitsverhältnisse in Deutschland als in dem Versuch, gegen das »Europa der Troika«

ein »Europa von unten« zu konstituieren. Die Bewährungsprobe eines solchen »konstituierenden Prozesses« liegt darin, aufeinander verwiesene, bislang aber noch getrennt verlaufende, auch sehr verschiedene Kämpfe zu verknüpfen. Was aber verbindet, um das von den Extremen her zu fassen, den Versuch des SYRIZA-Bündnisses, die Mehrheit der griechischen WählerInnen zu gewinnen, mit dem Versuch des Blockupy-Bündnisses, zur Stimme der gesellschaftlichen Minderheiten zu werden, die sich dem nordeuropäischen Krisenpakt verweigern?

Dies kann als Gegenbewegung zum aktuell letzten Zug des herrschenden Blocks gefasst werden. Dieser geht jetzt dazu über, von der Krise als einer bereits gelösten und abgeschlossenen Krise zu sprechen und entsprechend zu handeln. Dem entspricht die »sozialdemokratische« Selbstinszenierung der Großen Koalition, dem entspricht auch der Vorstoß des EU-Parlaments, eine Auflösung der Troika zumindest in Aussicht zu stellen. In beiden Fällen werden die bereits durchgesetzten »Reformen« des imperialen Krisenregimes – analog zum Umgang mit den »Reformen« des Hartz-IV-Regimes – nicht nur nicht angerührt, sondern gerade in der Revision »unnötiger Härten« sowie in den Programmen zur »Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit« ausdrücklich bestätigt. Die darin noch einmal konsolidierten Herrschaftsverhältnisse kann eine mögliche SYRIZA-Regierung so wenig beseitigen wie eine Blockupy-Bewegung, der es erfolgreich gelungen wäre, das Fest der EZB in ein Desaster zu verkehren. Gemeinsam mit allen anderen Widerstandsbewegungen



Streetart von: wild drawing

aber können sie dem Euro-Empire genau die Krise wieder aufzwingen, die diese um jeden Preis beenden möchte. Politisch wäre ihm damit die eigene Existenzberechtigung abgesprochen, die ja aktuell vor allem in dem Anspruch besteht, »alternativlos« die Macht zu sein, welche die Krise bändigen und Ordnung schaffen kann. Der besondere Beitrag Blockupys liegt dabei in dem aktuell eher symbolischen Vorgriff auf den »Metropolenstreik«: eine Form des Kampfes, die seit dem Arabischen Frühling zu dem Gespenst wird, das alle herrschenden Mächte, wer sie auch seien, beunruhigt, bisweilen verschreckt, immer häufiger auch in Panik versetzt. Kurz: Ein konstituierender Prozess ist schön, macht aber viel Arbeit. Save the date!

I DO CARE!

CARE-HYMNE
VON BERNADETTE
LA HENGST



I DO CARE (I LOVE IT)

Ich habe keinen Job, doch ich hab immer was zu tun,
von Windeln wechseln
bis zum Rollstuhl schieben ohne Lohn.
Es füllt mich aus,
und dennoch ist mein Konto immer leer,
ist meine Arbeit gar nichts wert?

I DO CARE! (I LOVE IT) I DO CARE! (I LOVE IT)

Bei Tag und Nacht arbeite ich in einem Krankenhaus,
ich helfe Babys aus Bäuchen ihrer Mütter raus.
Ich werd gebraucht, doch manchmal denke ich,
ich kann nicht mehr,
ist meine Arbeit gar nichts wert?

I DO CARE! (I LOVE IT) I DO CARE! (I LOVE IT)

Für alle Schwiegertöchter in der Nachbarschaft,
für Telefonseelsorge und jede Reinigungskraft,
für alle Hebammen und auch die Kindergärtner,
und nicht zuletzt die freiwillige Feuerwehr:





I DO CARE! (I LOVE IT) I DO CARE! (I LOVE IT)
I DO CARE! (I LOVE IT) I DO CARE! (I LOVE IT)

Es wiederholt sich alles ein paar Tausend Jahre schon,
man nennt es auch soziale ---- Reproduktion.
Wo kriegen wir in Zukunft ein bessres Leben her?
Mit einer CARE Revolution:

I DO CARE! (I LOVE IT) I DO CARE! (I LOVE IT)
I DO CARE! (I LOVE IT) I DO CARE! (I LOVE IT)

Für alle Schwiegertöchter in der Nachbarschaft,
für Telefonseelsorge und jede Reinigungskraft,
für alle Hebammen und auch die Kindergärtner,
und auch die freiwillige Feuerwehr:

I DO CARE! (I LOVE IT) I DO CARE! (I LOVE IT)
I DO CARE! (I LOVE IT) I DO CARE! (I LOVE IT)



»CARE REVOLUTION – HER MIT DEM GUTEN LEBEN FÜR ALLE WELTWEIT«

Vom 14. bis 16.3.2014 fand in Berlin die Aktionskonferenz »Care Revolution – Her mit dem guten Leben für alle weltweit« statt. Organisiert wurde sie vom Arbeitskreis Reproduktion, dem Feministischen Institut Hamburg und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 500 TeilnehmerInnen aus verschiedenen europäischen Ländern diskutierten über die Bedingungen in wichtigen Feldern sozialer Reproduktion: Gesundheit, Pflege und Assistenz, Bildung und Erziehung, soziale Arbeit, Ernährung und Wohnen sowie über Lebensweisen, Freiräume und Kämpfe um Zeit. Es ging um Arbeitsbedingungen im Privaten und Öffentlichen, aber auch um die PatientInnen-/Betreutenseite, individuelle Reproduktion und ihre politische Organisierung. Aus feministischer Perspektive ging es um die Möglichkeiten einer anderen Ökonomie und um den Ausbau des Öffentlichen.

Mit über 60 beteiligten Initiativen aus einem breiten politischen und gesellschaftlichen Spektrum (von Gewerkschaftsgruppen, sozialen Bewegungen, über Selbsthilfeorganisationen von pflegenden Angehörigen, Menschen mit Behinderung, Eltern, migrantischen Haushaltsarbeiterinnen, feministischen Gruppen, kleinen Verbänden bis hin zu links-akademischen Aktivistinnen und dem Umfeld der Linkspartei) ist es gelungen, den ersten Schritt einer spektrenübergreifenden Vernetzungen zu gehen, um künftig gemeinsam politisch handlungsfähig zu werden

BERNADETTE LA HENGST hat für die Care-Revolution eine Hymne geschrieben. Ein Video ihres Auftritts findet sich unter: care-revolution.site36.net.
www.lahengst.com

DIE MONSTER AG

EUROPAS RADIKALE RECHTE VERBÜNDET SICH GEGEN DIE EU

THILO JANSSEN

Der sich abzeichnende Erfolg rechtspopulistischer Parteien bei den Europawahlen im Mai 2014 bringt Dynamik in die politischen Allianzen der europäischen Rechten: Am 13. November 2013 verkündeten Geert Wilders von der niederländischen *Partij voor de Vrijheid* und Marine Le Pen vom französischen *Front National*, sie würden im Bündnis mit anderen rechten Parteien zu den Europawahlen antreten. Ziel sei es, eine neue Fraktion im Europa Parlament (EP) zu gründen, wofür 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsstaaten nötig sind.

Diese neue Allianz ist das Ergebnis jüngster Entwicklungen. Erstens haben die Finanzkrise seit 2007, die Folgen der umstrittenen Euro-Rettungspolitik und die im Schnellverfahren durchgedrückte Vertiefung der EU-Integration (Vertrag von Lissabon, Europäische Finanzstabilisierungsfazilität/EFSF, Europäischer Stabilitätsmechanismus/ESM, die Memoranden, Fiskalpakt, Gesetzgebungen zum Stabilitäts- und Wachstumspaket, Europäisches Semester und Bankenunion)

zu einer politischen Verunsicherung in vielen Mitgliedsstaaten geführt. Rechte Parteien können mit ihrer Rhetorik gegen »europäische Eliten«, Einwanderer und Minderheiten in dieser Situation punkten. Zweitens führt die verstärkte Integration der EU dazu, dass auch die radikale Rechte ihre Kräfte europäisch bündelt. Im Kampf für eine Auflösung der EU zugunsten souveräner Nationalstaaten begibt sie sich in widersprüchliche Bündnisse: »Europäische Nationalisten müssen darauf vorbereitet sein, auf kontinent-weiten Wahllisten zu kandidieren«, schreibt die *British National Party* (BNP), wenngleich natürlich »wahre Nationalisten gegen ein solches System« (BNP 2014) seien. Drittens beschränkt sich rechtspopulistische Politik nicht auf Parteien am sogenannten rechten Rand. Der sozialchauvinistische Diskurs in der Bundesrepublik, in dem Einwanderer als »Sozialtouristen« (Günter Krings/CDU) bezeichnet werden, deren Fingerabdrücke es zu speichern gelte (Elmar Brok/CDU) und in dem der »eurokratische Wahnsinn« einen »Selbstbedienungsladen Deutschland in Europa« (Andreas Scheuer/CSU) eröffnen wolle, zeigt dies ebenso wie die völkisch-autoritäre Politik der *Fidesz* in Ungarn oder die Rehabilitierung der faschistischen Vergangenheit in Italien durch Berlusconi und dessen Rechtskoalitionen.

WAHLEN ZUM PARLAMENT DER NATIONALISTEN?

Wird es also tatsächlich einen *coup de parlament* geben, bei dem die Feinde der europäischen Einigung das EP übernehmen? So weit wird es voraussichtlich nicht kommen. Sollten sich die Umfragen bestätigen, wird das radikal rechte Lager aber in einigen Ländern größere Zuwächse bekommen. Die FPÖ könnte beispielsweise stärkste Partei in Österreich werden. In Frankreich erhielte der *Front National* (FN) bei geschätzten 20 Prozent 18 Mandate – ein Plus von 15 Sitzen. Kein Wunder, dass Marine Le Pen für Geert Wilders auf einmal eine attraktive politische Partnerin ist. Dessen *Partij voor de Vrijheid* (PVV) erhielte mit geschätzten 17 Prozent fünf Mandate; kein Gewinn gegenüber 2009. Die britische UKIP mit ihrem inzwischen europaweit bekannten Sprachrohr Nigel Farage kommt möglicherweise auf bis zu 27 Prozent, was ungefähr 21 Sitzen entspricht, also plus acht. Und die ungarische *Jobbik* legte zuletzt auf über 20 Prozent zu (ca. vier Mandate).

Neu hineinkommen könnten den Wahlumfragen zufolge die Schwedendemokraten (ca. 9 Prozent; zwei Mandate), die griechische Goldene Morgenröte (ca. 10 bis 14 Prozent; zwei bis drei Mandate) und – da die 5-Prozent-Hürde wegfällt – auch die NPD (zuletzt 1,3 Prozent; ein Mandat). Auch die tschechische Partei *Úsvit přímé demokracie* (Dämmerung der direkten Demokratie) mit ihrem Anführer Tomio Okamura, die bei den Parlamentswahlen 2013 mit romafeindlichen Parolen knapp sieben Prozent der Stimmen holte, könnte zum ersten Mal ins EP einziehen (ca. 6 Prozent; ein Mandat).

THILO JANSSEN interessiert sich nicht nur für rechte, sondern auch für linke Parteien. 2013 verfasste er für die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Studie *Linke Parteien in Europa*, die sich insbesondere deren europapolitischen Programmen widmete.

Prognosen für die Wahren Finnen (ca. 19 Prozent; drei Mandate), die bulgarische *Ataka* (ca. 4 Prozent; ein Mandat) und die Dänische Volkspartei (ca. 23 Prozent; drei Mandate) sagen gleichbleibende Stärke voraus. *Vlaams Belang* (ca. 5 Prozent; ein Mandat) könnte einen Sitz verlieren. Schlecht sieht es für die slowakische SNS und die *Lega Nord* (bisher zwei bzw. zehn Mandate) aus, die unter die Vier-Prozent-Hürde rutschen und den Wiedereinzug ins EP verpassen könnten. *Großrumänienpartei* und BNP (bisher jeweils zwei Abgeordnete) werden wohl draußen bleiben.

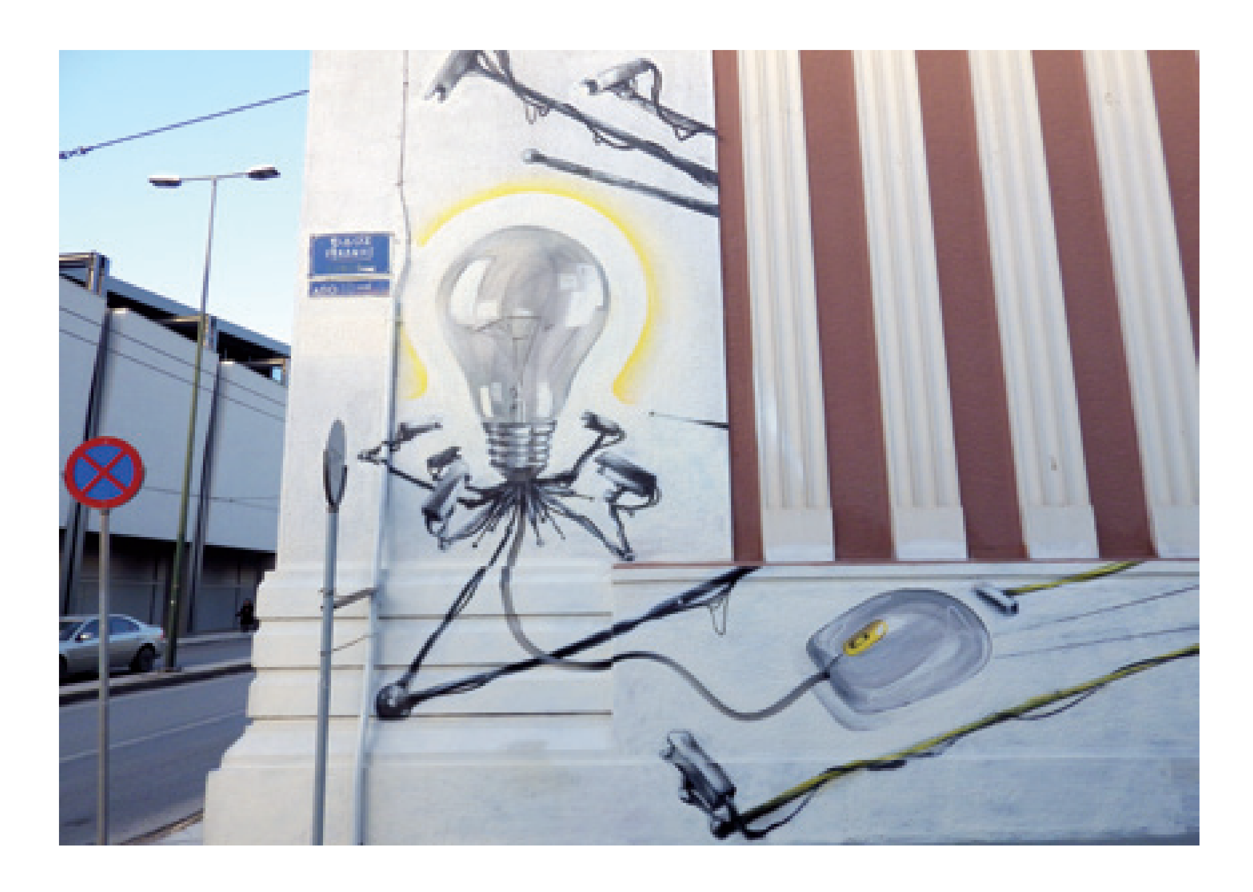
DREI RECHTE BÜNDNISSE IN KONKURRENZ

So viel zu den Umfragen und Zahlenspielen – politisch interessant ist die damit einhergehende Konstellation möglicher Allianzen. Denn wachsende Prozentpunkte übersetzen sich nicht automatisch in stabile Bündnisse, das rechte Lager ist in sich gespalten.

Es gruppiert sich derzeit um drei offizielle europäische Parteien und die noch bestehende Fraktion im EP. Die jüngste der drei Europaparteien, die erst 2012 gegründete Bewegung für ein Europa der Freiheiten und der Demokratie (MELD), ist weitgehend deckungsgleich mit der aktuell bestehenden EU-Parlamentsfraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD). Daneben gibt es die 2010 entstandene Europäische Allianz für Freiheit (EAF), das Bündnis von Le Pen und Wilders. Schließlich mischt noch die 2009 gegründete Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen (AENM) mit, bei der es sich um die radikalste der rechtsextremen Europaparteien handelt. Einerseits grenzen sich die Gruppen voneinander ab, wobei wichtige Streitpunkte der Extremismus der anderen und das Verhältnis zum Antisemitismus sind. Gleichzeitig sind die ideologischen Übergänge fließend und Wechsel von Parteien und Einzelpersonen von einem Bündnis ins andere häufig. Fest steht, dass das Bündnis von Marine Le Pen und Geert Wilders nicht konkurrenzlos die europäische Rechte repräsentiert.

An der Gründung der AENM als radikalster der drei Formationen wirkten 2009 auch prominente Figuren des offen antisemitischen Flügels des FN mit (z.B. der ehemalige Vorsitzende Jean-Marie Le Pen). Teil dieser Kooperation sind außerdem klassisch antisemitische Parteien wie die BNP, *Jobbik* und *Fiamma Tricolore* aus Italien. Die ukrainische *Svoboda* wurde 2013 ausgeschlossen. Die AENM hält die EU für eine »heimtückische kommunistische Intrige« (BNP TV 2014). Sie habe Pläne »für einen Völkermord an der weißen europäischen Rasse« (AENM 2013). Zudem pflegen die AENM-Parteien gute Kontakte zu Neonazis wie der deutschen NPD und der Goldenen Morgenröte aus Griechenland.

In der MELD sind die meisten Parteien und unabhängigen Abgeordneten der EU-Parlamentsfraktion EFD organisiert. Nur UKIP, als dominierende Kraft in der EFD-Fraktion, ist an der MELD nicht beteiligt. Zu stark ist ihr Selbstverständnis gegen jegliche EU-Strukturen gerichtet. Die EFD-Fraktion ist ein reiner Zweckzusammenschluss, bei Abstimmungen im EP liegt die inhaltliche Übereinstimmung unter 50 Prozent (vgl. Votewatch EU 2014). Es ist deshalb fraglich, ob die Fraktion nach der Europawahl fortbesteht. Einigen Mitgliedern wird der Wiedereinzug nicht gelingen, andere, wie *Lega Nord* und SNS haben sich dem Bündnis um Le Pen und Wilders angeschlossenen. Damit brechen der UKIP wichtige Partner für einen Erhalt der EFD-Fraktion weg, und



die Briten laufen Gefahr, in der kommenden Legislatur ohne eigene Fraktion dazustehen. Der heutige EFD-Fraktionsvorsitzende Nigel Farage könnte dann in Plenarsitzungen nicht mehr an prominenter Stelle dem Kommissions- oder Ratspräsidenten antworten, was UKIP bisher ein breites Medienecho eingetragen hat. Möglicherweise könnten neue Parteien wie die des Tschechen Okamura oder Beppe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung aus Italien Farages Zukunf retten.

Die vom FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache als »patriotische Freiheitsparteien« titulierten EAF-Mitglieder um Le Pen und Wilders scheinen hingegen gute Chancen auf eine Fraktionsgründung zu haben. Das Bündnis basiert auf der strategischen Vorarbeit von Le Pen sowie von Europaabgeordneten der FPÖ (Andreas Mölzer, Franz Obermayr) und des *Vlaams Belang* (Philip Clays) seit 2010. Auch der UKIP-Abgeordnete Goodfrey Bloom sowie Kent Ekeroth von den Schwedendemokraten wirkten daran mit. FPÖ, *Vlaams Belang* und FN waren bereits an der 2007 gescheiterten Fraktion Identität, Tradition und Souveränität (ITS) beteiligt und sind derzeit fraktionslos, weil sie den EFD/MELD-Parteien (noch) als zu radikal erscheinen. Die an der EAF beteiligten Europaabgeordneten zogen aus dem Scheitern der ITS-Fraktion ihre Schlüsse: Es dürfen sich nur Parteien an der EAF beteiligen, deren Konfliktpotenzial untereinander gering ist (Krisztina Morvai von *Jobbik* wurde beispielsweise auf Betreiben der FPÖ als Mitglied abgelehnt). Über den gemeinsamen

Anti-EU-Kurs hinaus gibt es möglichst wenig inhaltliche Festlegungen. Und das Bündnis wird zunächst nicht von den Parteien und ihren Apparaten aufgebaut, sondern von einzelnen Europaabgeordneten, die sich gut kennen und regelmäßig sehen. Bloom schrieb dazu: »Keiner von uns repräsentiert seine jeweilige Partei oder kommt mit kulturellem oder sozialem Gepäck. Dies hat die meisten Gründe für Uneinigkeit beseitigt«. (Bloom 2012) Erst als diese Art der Zusammenarbeit ein paar Jahre reibungslos funktionierte und feststand, dass die jeweiligen Parteien zur Europawahl 2014 tatsächlich mit Stimmzuwächsen rechnen konnten, schloss sich Geert Wilders mit seiner PVV an.

Der neu entstandene Zusammenschluss versucht mit einer strategischen Diskursverschiebung aus der rechten ›Schmuddelecke‹ herauszukommen und anschlussfähiger zu werden: In einem von der EAF im Dezember 2013 vorgestellten Manifest zur Europawahl (EAF 2013) wird betont, es gehe in der Politik nicht mehr um »links und rechts«, sondern um »falsch oder richtig«. Richtig ist es in den Augen der EAF, die »Souveränität jener Nationen Europas, die durch den Zentralismus der Europäischen Union und die sogenannte Globalisierung immer mehr ausgehöhlt wurde«, wiederherzustellen. Sie übt Kritik an einem »EU-Establishment, das die Fundamente der Gesellschaften und Familien in der EU bedroht«, und warnt vor dem »Aufstieg radikalislamistischer Tendenzen« und »Masseneinwanderung«. Nationalstaaten müssten das Asyl- und Einwanderungsrecht selbst gestalten dürfen. Zudem will die EAF eine geregelte Auflösung der Eurozone ermöglichen, nationale Volksentscheide einführen und die Jugendarbeitslosigkeit jeweils national bekämpfen. Sie versucht sich – ähnlich wie beispielsweise der FN auf nationaler Ebene – an einer Strategie der »Entdämonisierung« (*The Economist* 2012), in der sich die EAF als seriöses Politikangebot präsentiert.

PARTNERSUCHE DER EAF: WER SPIELT MIT DEN SCHMUDDELKINDERN?

Theoretisch hat das Bündnis die benötigten sieben Partner für eine Fraktionsgründung zusammen: PVV, FN, FPÖ und *Vlaams Belang* sind sicher dabei. Die Schwedendemokraten wollen sich erst nach den schwedischen Parlamentswahlen anschließen, obwohl die Parteijugend bereits einen gemeinsamen Jugendverband mit FPÖ, FN und *Vlaams Belang* gegründet hat: die *Young European Alliance for Hope* (YEAH). SNS und *Lega Nord* haben zwar ihre Mitarbeit zugesagt, verpassen jedoch vielleicht den Wiedereinzug ins EP. Die Annäherungsversuche der EAF gegenüber der Dänischen Volkspartei und der UKIP blieben ohne Erfolg. Die dänischen Rechtspopulisten – in deren Parteiprogramm es heißt, sie könnten keine »multiethnische Gesellschaft« in Dänemark akzeptieren, denn »Dänemark gehört den Dänen« – lehnten die Zusammenarbeit mit »Rechtsextremisten« wie dem FN ab und zeigten sich enttäuscht, dass ihre Schwesterpartei, die Schwedendemokraten, sich an dem Bündnis beteiligt (*Politiken* vom 18.11.2013).

2010 veröffentlichte die EAF eine Studie, die zeigen sollte, wie groß die Abstimmungsübereinstimmung zwischen EAF- und UKIP-Abgeordneten im EP sei (vgl. Janssen 2013, 12). Nigel Farage antwortete nach dem Kooperationsangebot von Wilders und Le Pen

im Dezember 2013 jedoch unverzüglich, mit dem *Front National* werde UKIP weder jetzt noch in Zukunft zusammenarbeiten, egal was Marine Le Pen anstelle. Der Antisemitismus sei zu tief in der Partei verankert (*The Telegraph* vom 15.11.103). Le Pen interpretierte Farages Haltung als wahltaktisches Manöver: Sollte UKIP die EFD nicht wieder aufbauen können, werde sie sich dem Bündnis schon noch anschließen (*The Telgraph* vom 9.1.2014).

Auch die neue deutsche Rechtspartei AfD (vgl. Wiegel in diesem Heft) erteilte der EAF eine Absage. Mit ihrem Spitzenkandidaten, dem ehemaligen BDI-Vorsitzenden Hans-Olaf Henkel, werden sich die deutschen Euro-Gegner wohl der Konservativen Partei Großbritanniens anschließen. Diese dominiert derzeit die nationalkonservative Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR). Die ECR, die im Mai 2014 um ihren Fraktionsstatus fürchten muss, ist sehr an der AfD interessiert. Henkel hielt dort mehrere Vorträge zur Auflösung der Euro-Zone. Doch auch dieses Bündnis ist fragil: An der AfD-Basis erhitzte insbesondere die Mitgliedschaft der türkischen Regierungspartei AKP in der Europapartei AECR die Gemüter.

In den letzten Jahren hat die Kooperation der radikalen Rechten auf EU-Ebene eine neue Qualität erreicht. Sie wird bei den Europawahlen in jedem Fall Stimmen gewinnen. Die Fragmentierung des rechten Feldes wird die Bildung einer neuen radikal rechten Fraktion im EP jedoch zumindest verzögern. Das Bündnis um Le Pen und Wilders mit seinem auf ›seriös‹ getrimmten Rechtspopulismus muss dennoch ernst genommen werden.

Was kann eine europäische Linke dazu beitragen, eine rechte Monster AG zu verhindern? Ein erster Schritt wären Diskursinterventionen – wenn möglich bis hinein in eine linksliberale Öffentlichkeit: Das neue Bündnis um Le Pen und Wilders muss als radikal rechts markiert werden. Das könnte die weitere Partnersuche erschweren, den Kurs der Entdämonisierung behindern und dazu führen, dass sich die Fragmentierung der Rechten entlang der bisherigen Spaltungslinien fortsetztten wird.

LITERATUR

AENM, 2013: *EU plan for White genocide – Video*, aemn.eu/2013/10/24/eu-plan-white-genocide-video/

Bloom, Godfrey, 2012: *Eurosceptic parties entering new paradigm*, www.ukipmeps.org/news_665_Godfrey-Bloom-Eurosceptic-parties-entering-new-paradigm.html

BNP TV, 2014: *AENM Alliance of European National Movement*, www.youtube.com/playlist?list=PLZuDg6IHm1enuSCHUjPsqoRzSIsYOZrAY

BNP – British National Party, 2014: *European Nationalists Must be ready to Compete on Continent-wide Lists*, www.bnp.org.uk/news/european-nationalists-must-be-ready-compete-continent-wide-lists

EAF, 2014: *Manifesto – European Elections 2014*, www.eurall-free.org/?q=node/1333

The Economist, 2012: *Dédiabolisation*, 9.8.2012, www.economist.com/node/21560280

Janssen, Thilo, 2013: *Die Europäisierung der rechten EU-Gegner – Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014*, www.gabi-zimmer.de/uploads/media/Janssen_Studie_rechte_Parteien_korrgierte_Endversion_Januar_2013.pdf

Politiken, 2013: *Dansk Folkeparti frygter Wilders og hans venner*, 18.11.2013, http://politiken.dk/debat/profiler/thomaslauritzen/ECE2134954/dansk-folkeparti-frygter-wilders-og-hans-venner/

The Telegraph, 2013: *Nigel Farage UKIP will ›not get into bed‹ with Le Pen*, 15.11.2013, www.telegraph.co.uk/news/politics/ukip/10452183/Nigel-Farage-Ukip-will-not-get-into-bed-with-Le-Pen.html

The Telegraph, 2014: *Marine Le Pen says Front National and Ukip ›closer than they would like to admit‹*, 9.1.2014, www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/eu/10561969/Marine-Le-Pen-says-Front-National-and-Ukip-closer-than-they-would-like-to-admit.html

Votewatch.eu, 2014: *Political Group Cohesion*, www.votewatch.eu/en/political-group-cohesion.html

1 Schätzungen nach pollwatch2014.eu

EUROPA SPRECHEN

RECHTSPOPULISTISCHE ANSCHLÜSSE AN DEN HERRSCHENDEN DISKURS

SEBASTIAN REINFELDT

Rechtspopulismus beschränkt sich keineswegs auf Parteien, die üblicherweise unter diesem Label genannt werden. Als politische Technologie, die rebellische Energien bindet, indem sie sie in einer Wir-Gruppe versammelt und zu Wählerstimmen transformiert, ist er Open Source. Allein die rechtspopulistischen Parteien sind jedoch eine relevante politische Kraft. Europaweit sind sie in den nationalen und regionalen Parlamenten vertreten, prägen die politische Kultur und den politischen Diskurs ihrer Länder. Was sie über ideologische Unterschiede hinweg verbindet, ist ein ausgeprägter Anti-Islamismus und seit einiger Zeit auch die Verteidigung eines traditionellen heterosexuellen Familienmodells. Sie agieren durchweg europaskeptisch und eurokritisch. Immer mehr Gruppierungen fordern ausdrücklich den Austritt ihres Landes aus dem Euroraum, wie etwa Geert Wilders mit seiner »Nexit-Kampagne« in den Niederlanden.

Diskursive Dominanz führt dabei auch zu institutioneller Stärke, und das nicht erst

seit 2013: In acht Ländern in Europa sind bzw. waren rechtspopulistisch geprägte Parteien an Regierungen beteiligt oder führten diese sogar an: in Ungarn (*Fidesz*), Dänemark (Dänische Volkspartei), Italien (*Lega Nord*, *Forza Italia*), Litauen (Ordnung und Gerechtigkeit), Niederlande (Partei für die Freiheit), Norwegen (Fortschrittspartei), Österreich (Freiheitliche Partei Österreichs), Polen (PiS) sowie in der Schweiz (Schweizerische Volkspartei). Sie sind in die nationalen politischen Systeme und Regierungen integriert, das politische Antlitz Europas war und ist (auch) rechtspopulistisch.

RECHTSPOPULISTISCHE SOZIALE BEWEGUNGEN

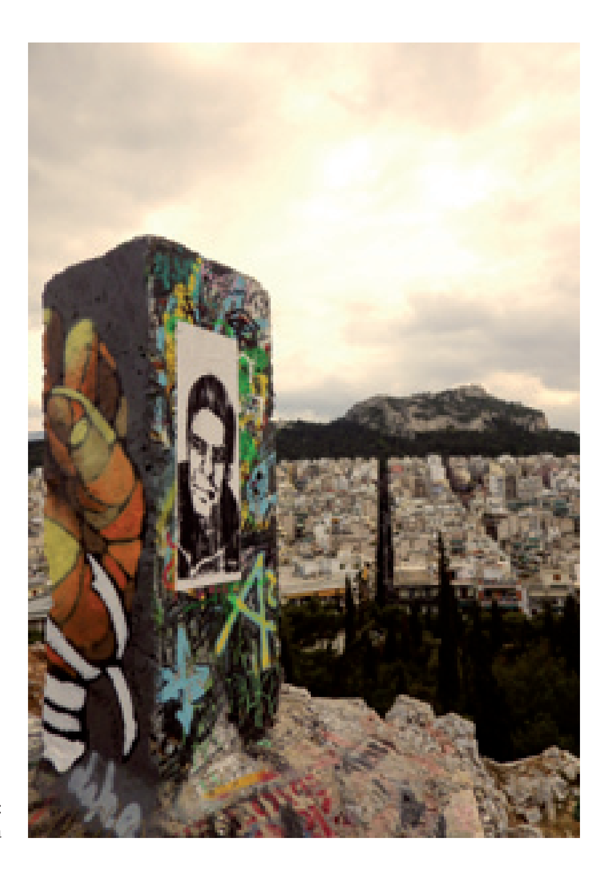
Neu ist, dass seit 2012/2013 auch rechtspopulistische soziale Bewegungen auftauchen, in denen die entsprechenden Parteien zwar eine relevante Stimme haben, die jedoch mehr sind, als deren Vorfeldorganisationen. Vergleichbar mit der Tea-Party-Bewegung in den USA gibt es auch in Europa rechte Graswurzelbewegungen. Ihre aktuellen Themen sind das heterosexuelle Familienmodell, die strikte Ablehnung einer Gleichstellung anderer Lebensweisen und damit der sexuellen Selbstbestimmung. In Frankreich ist diese Bewegung besonders stark: Anfang des Jahres 2014 fanden in Paris gleich zwei Großdemonstrationen statt. Am »Tag des Zorns« versammelten sich katholische GegnerInnen der gleichgeschlechtlichen Ehe, AnhängerInnen des Komikers Dieudonné, der durch das rechte Protestzeichen eines heruntergedrückten Hitlergrußes auf sich aufmerksam machte, französische NationalistInnen und EU-GegnerInnen. Der militante Teil dieses Bündnisses lieferte sich Straßenkämpfe mit der Polizei. Unter dem Slogan »Demo für alle« protestierte das gleiche Spektrum einige Wochen später erneut – diesmal bewusst ohne gewalttätige Ausschreitungen. Der *Front National* ist in diese Bewegung starkt involviert.

In Deutschland scheint sich eine militante rechtsextreme soziale Bewegung momentan im Umkreis von Flüchtlingsheimen herauszubilden. Laut Auskunft der Bundesregierung ist die Zahl der direkten Angriffe auf Asylunterkünfte von 24 (2012) auf 42 im Jahr 2013 gestiegen, die Zahl der Aufmärsche vor Flüchtlingsheimen hat sich sogar versechsfacht. Die einzelnen Aktionen seien, so die Einschätzung, nicht zentral geplant.[1]

SEBASTIAN REINFELDT ist Politikwissenschaftler, Erwachsenenbildner und politischer Aktivist. Von ihm erschien zuletzt *»Wir für Euch.« Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise* (2013).

AUSTERITÄT – EIN DISKURS DER DOMINANZ

Diskursive Präsenz lässt sich aber auch ohne institutionelle politische Verankerung erzeugen: Die *Alternative für Deutschland* – AfD (vgl. Wiegel in diesem Heft) ist beispielsweise im hegemonialen Diskurs in Deutschland angekommen, bevor sie auch nur ein einziges Mal zu Wahlen angetreten war und auch nur eine einziges Mandat erobern konnte. Die Tatsache, dass im Bundestagswahlkampf 2013 über das zentrale politische, soziale und ökonomische Ereignis der vergangenen Jahre, die Eurokrise, nicht diskutiert wurde, ermöglichte es der AfD, dieses Thema auf ihre Weise zu besetzen. Sie konnte dabei jedoch an zentrale Argumentationen des herrschenden Diskurses



Streetart von:
Tona

anknüpfen. Beispielsweise wird seit Beginn der Eurokrise 2008 eine Deutung vertreten, in der aus der Konstruktion »deutscher Stärke«, also einer ökonomischen und politischen Überlegenheit, das Recht abgeleitet wird, politische Bedingungen zu setzen. So erklärte Angela Merkel am 14. Juni 2012 vor dem Deutschen Bundestag: »Ja, Deutschland ist stark, Deutschland ist Wirtschaftsmotor, und Deutschland ist Stabilitätsanker in Europa. Und ich sage: Deutschland setzt diese Stärke und diese Kraft auch ein, und zwar zum Wohle der Menschen – nicht nur in Deutschland, sondern auch im Dienste der europäischen Einigung und auch im Dienste der Weltwirtschaft.«

Diese Position der Macht ist im Umgang mit Griechenland vergleichbar mit einem gewonnenen Kampf, nach dem der Gewinner die Regeln für die weitere Existenz des Unterlegenen setzt. Unterstrichen wird diese dadurch, dass ein eminenter Notstand angerufen wird, ein Ausnahmezustand, der nicht nur die Geschwindigkeit der Maßnahmen rechtfertigen, sondern auch deren ›Alternativlosigkeit‹ und soziale Härte begründen soll. Dieser diskursiv erzeugte Ausnahmezustand erlaubt es zudem, eine institutionelle Neuordnung Europas einzuleiten. Institutionen wie die Europäische Zentralbank und die Troika, die über keine demokratische Legitimation verfügen, agieren seit 2008 einzig aufgrund einer vermeintlich drohenden Katastrophe, also mit dem Argument, nur so den Zusammenbruch des gesamten Systems abwenden zu könnne. Sie verfügen über weitgehende Kompetenzen und Machtoptionen, die sie auch einsetzen.

DAS NEOLIBERALE ›WIR‹

Diese Diskurse sind nun aber nicht bloße Redeweisen, die das Eigentliche in mehr oder weniger schöne, aber falsche Worte kleiden. Diskurse konstituieren Subjekte: ›wir Deutsche‹. In einem rechtspopulistischen Diskurs wird dieses ›Wir‹ mit spezifischen Eigenschaften aufgeladen, die sich aus der Abgrenzung zu anderen ›Wirs‹ ergeben. Es ist das neoliberale ›Wir der Überlegenheit‹, welches es der AfD ermöglicht hat, im politischen Diskurs in Deutschland Fuß zu fassen. Die diskursive Vorarbeit des SPD-Politikers und Publizisten Thilo Sarrazin hat das Terrain bereitet: Nach Sarrazin gibt es eine unüberwindliche Grenze zwischen ›uns‹ und denjenigen, die nicht so sind wie ›wir‹, den Ausländern aus südlichen Ländern mit ihren angeblich ganz anderen

Sitten, Gewohnheiten, religiösen Überzeugungen und Moralvorstellungen. In dieser Rhetorik erst entsteht das politische ›Wir‹ der vermeintlich vernünftigen, disziplinierten und fleißigen Deutschen. Seinen Erklärungen der Eurokrise liegt diese Logik zugrunde: eine rassistische Trennung zwischen Nordländern und Südländern. Die Gegenüberstellung von wettbewerbsfähigen und starken Nordländern und schwachen, unterlegenen Südländern greift die genannte Redeweise von Angela Merkel über die Stärke Deutschlands – eines der Nordländer – auf. Gemeint sind natürlich nicht die im Norden Europas liegenden Länder, denn dann müssten Irland, Lettland oder Island dazugehören. Entscheidend ist, dass dieser Gegensatz an rassenbiologische Konnotationen (›biologisch überlegene Nordrassen‹ versus ›biologisch unterlegene Südrassen‹) anknüpfen kann.

AFD: DER EURO ALS EMBLEM EINER RECHTEN DISKURSMASCHINE

Sarrazin formulierte also im Juni 2012 den Kern des AfD-Diskurses und stellte eine Brücke zum hegemonialen Diskurs der Eurokrise her, der auf bedingungslose Austerität setzt. Bekanntlich fordert die AfD ja mindestens den Ausschluss Griechenlands (und anderer ›Südländer‹) aus dem Euro; darüber hinaus will sie den Euro abwickeln und zu nationalen Währungen in Europa zurückkehren. Die Differenz zum herrschenden Diskurs besteht in der Dämonisierung des Euro, dessen Einführung erklärt man zur zentralen Ursache der Krise. Dieser ›Gegner‹ – eine Währung – ist in einer rechtspopulistischen Diskursmaschine aber nur Platzhalter. Es wird »Euro« gesagt, gemeint sind aber »Altparteien«, die diesen eingeführt haben und sich für den Fortbestand der Währung aussprechen. Es geht also nicht so sehr um den Euro, sondern um beinahe alle im Bundestag vertretenen Parteien: »Die Altparteien sind zu einer Gefahr für unser Land geworden, denn sie sind blind für die wirklich wichtigen Zukunftsfragen Deutschlands.«[2] Der Terminus »Altparteien« wurde Ende der 1980er Jahre auch in der österreichischen FPÖ unter Jörg Haider verwendet. Das zeitliche Merkmal (alt <–> neu) transportiert die Zuschreibung zu einem ›alten System‹ und suggeriert eine rebellische Abgrenzung. Im Falle der AfD sind die Gegner ›die da oben‹, die Altparteien und die übermächtige EU, symbolisiert im Euro. ›Wir‹, das sind die fleißigen und sparsamen Deutschen, und ihnen gegenüber stehen die ›Südländer‹, denen eine ganz andere Arbeitsmoral und Lebensart unterstellt wird. Dieser Resonanzraum wird aktiviert, wenn die AfD sich gegen den Euro wendet. Die rechte Diskursproduktion funktioniert also darüber, dass sie konkrete Gegnerschaften aufs Korn nimmt, sie jedoch als allgemeine, vorpolitische setzt. Diese Besonderheit wird unterschlagen, wenn Rechts- und Linkspopulismus gleichgesetzt werden.

---

1 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Martina Renner, Harald Petzold, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, 2013, *Proteste und Übergriffe vor Flüchtlingsunterkünften*, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/203, 18.12.2013

2 Homepage der AfD, *Es ist was faul im Staate*, www.alternativefuer.de/2013/08/31/es-ist-was-faul-im-staate-bernd-lucke-im-muenchner-augustiner-keller/

RECHTS DER UNION

DIE »ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND«

GERD WIEGEL

Erfolge von Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums sind in Europa inzwischen an der Tagesordnung. Einigen könnte es gar gelingen, bei den Europawahlen im Mai 2014 zur stärksten Partei ihres Landes zu avancieren – so dem *Front National* in Frankreich, der *Partei für die Freiheit* von Geert Wilders in den Niederlanden oder der FPÖ in Österreich. Ob sich mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) auch hierzulande eine Partei rechts des etablierten Konservatismus längerfristig im Parteienspektrum verankern kann, wird sich zeigen.

Nach ihrem relativen Erfolg bei den Bundestagswahlen (4,7 Prozent) befindet sich die selbsterklärte »Volkspartei neuen Typs« gegenwärtig in einer kritischen Situation. Um die inhaltliche Ausrichtung der Partei wird heftig gestritten: Soll sie den eurokritischen, wirtschaftsliberalen und an den Interessen eines bestimmten, mittelständischen Segments des deutschen Kapitals ausgerichteten nationalliberalen Kurs weiterverfolgen? Oder eher die Kernthemen des modernen

Rechtspopulismus bedienen, also vor allem Anti-Islamismus und eine Ethnisierung der sozialen Frage voran stellen?

Noch im Januar 2014 schrieb Alexander Gauland, einer der Sprecher der AfD, in der FAZ (24.1.2014) von einer unübersehbaren Krise der Partei. Der Europaparteitag Ende Januar brachte zwar eine gewisse Stabilisierung, so dass sie bei den Europawahlen nach Umfragen mit bis zu 7 Prozent rechnen kann. Der Grundkonflikt besteht aber weiter, ist im heterogenen Wählerspektrum der AfD angelgt.

WER WÄHLT DIE AFD UND WARUM?

Über die Wählerwanderungen bei der Bundestagswahl ist viel diskutiert worden, insbesondere in der LINKEN. Nach der FDP mit 430 000 Stimmen verlor die Linkspartei mit 340 000 die zweitmeisten WählerInnen an die AfD. Motivation, Erwartung und Interessenlage dieser Gruppen dürften sehr unterschiedlich und auch in sich nicht homogen sein. Zu vermuten ist jedoch, dass frühere WählerInnen der FDP sich eher durch die nationalliberale Ausrichtung der AfD angesprochen fühlen, während die Interessenlagen ehemaliger LinkswählerInnen durch nationalistische Elemente und eine Ethnisierung sozialer Konflikte bedient werden.

Gleichzeitig ist die AfD eindeutig eine Formation der politischen Rechten. Sie vertritt ein konservatives Familienbild, steht für eine marktradikale, an mittelständischen Interessen orientierte Wirtschaftspolitik und für einen bisher vor allem ökonomisch motivierten Abwehrnationalismus – »Deutschland zuerst«. Mit ihrem Nützlichkeitsrassismus, der Zuwanderung strikt an den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft ausrichten will, suggeriert sie Einheimischen Schutz vor internationaler Konkurrenz. Ihr Politikverständnis zielt auf den Abbau demokratischer Rechte, Elitenherrschaft, und steht für eine Ideologie der Ungleichheit.

Eine Betonung dieser rechtspopulistischen Elemente könnte die AfD für einen größeren Teil des Wählerspektrums interessant machen. Diese Verlockung könnte umso stärker werden, je mehr die Krise aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwindet und die wirtschaftsliberal und nationalistisch begründete EU-Kritik als Thema an Zugkraft verliert. Nur gibt es an dieser Stelle ein Problem: Mit einer solchen Ausrichtung läuft sie Gefahr, als Partei der extremen Rechten markiert und damit für einen Teil ihrer jetzigen WählerInnen unwählbar zu werden.

GERD WIEGEL ist Politikwissenschaftler und Referent für Rechtxetremismus und Antifaschismus der Bundesfraktion die LINKE. Er arbeitet seit Jahren zur extremen und populistischen Rechten in Deutschland und Europa und veröffentlicht hierzu regelmäßig in linken Zeitschriften.

Vorläufig wird sie den Spagat zwischen beiden Positionen beibehalten, um die heterogene Wählerschaft der Bundestagswahl weiterhin an sich zu binden. Sie wird sich mit Leuten wie dem früherer BDI-Präsidenten Hans Olaf Henkel und anderen ElitevertreterInnen medienkompatibel präsentieren und gleichzeitig auf Länderebene mit einem Personal auftreten, das einen offen rechtspopulistischen Diskurs zu führen weiß.

Die Erwartungen an die Europapolitik der AfD speisen sich aus neoliberalen ordnungspoli-



tischen Vorstellungen und Ängsten vor finanziellen Belastungen (›Kein deutsches Geld für faule Griechen‹) sowie einer chauvinistischen Abgrenzung von den ›leistungsschwachen Südländern‹ (vgl. Reinfeldt in diesem Heft).

KERNTHEMEN DER AFD: EU UND EURO, ZUWANDERUNG, DEMOKRATIE UND FAMILIE

Auf ihrem Parteitag Ende Januar 2014 hat die AfD ihre europapolitischen Positionen konkretisiert und ihre marktradikale Position unterstrichen. Die EU solle ausschließlich als ökonomischer Verbund vorangetrieben werden, weitere Integrationsbestrebungen wie eine gemeinsame europäische Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik werden ablehnt. Anders als die deutsche Großindustrie fordert die AfD eine stärkere Abgrenzung von Europa. Sie steht damit in Opposition zum jüngsten, zunehmend autoritären Integrationsschub innerhalb der EU (vgl. Candeias et al. in diesem Heft). Statt für einen möglichen Abbau von ökonomischen Ungleichgewichten in Europa – geschweige denn für eine Sozialunion – kämpft die AfD außerdem für eine Abgrenzung von den schwächsten Teilen der EU. Es müsse den »stabilitätsorientierten Euroländern« möglich sein, eine eigene Währungsunion zu bilden. Für linke WählerInnen attraktiv sind Forderungen wie die, keine Steuergelder für marode Banken zu verwenden und die Großanleger an den Kosten der Rettungsmaßnahmen zu beteiligen.

Auch beim Thema Zuwanderung vertritt die Partei eine am Bedarf der Wirtschaft orientierte Sicht: Deutschland brauche »qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung«, eine »Einwanderung in unsere Sozialsysteme« will man jedoch unterbinden. Soziale Transferleistungen sollen nur an SteuerzahlerInnen gehen. Die offizielle Parteiposition zum Thema Zuwanderung entspricht also dem politischen Mainstream. Allerdings gibt es Auseinandersetzungen, inwiefern sich die AfD schärferen, anti-islamististischen und rassistischen Positionen öffnen soll, wie sie auf Landesebene teils vertreten werden.

Dass sich die AfD für mehr direktdemokratische Beteiligung ausspricht, hört sich zunächst gut an. Schaut man genauer hin, wird klar, dass damit qualifizierte demokratische Prozesse unmöglicht gemacht würden: Zentrale politische Repräsentanten sollen direkt gewählt, der Einfluss von Parteien soll zurückgedrängt werden. Dieser Antiparteieneffekt zielt auf eine Personalisierung von Politik. Kollektive Inte-


WAKE UP
RISE UP!


THE TELEVISION
WILL NOT BE
REVOLUTIONISED

ressenvertretung, zum Beispiel der abhängig Beschäftigten und Prekären, soll so ausgehebelt werden. Unter dem Deckmantel der Ausweitung demokratischer Rechte (Bürgerentscheide, Direktwahl) wird für eine Form der Elitendemokratie geworben, die den Einfluss der subalternen Klassen – gerade vor dem Hintergrund einer Abwendung der prekären Teile der Bevölkerung vom Politikbetrieb – noch weiter einschränken soll. Die AfD entpuppt sich als das, was sie ist: ein demokratieeinschränkendes Elitenprojekt. Dazu passen die Steuervorschläge der Partei, die sich auf das sogenannte Kirchhoff-Modell beziehen: Der Spitzensteuersatz würde auf 25 Prozent gesenkt, was zu einer massiven Entlastung der Reichen und Superreichen führen würde.

Bekannt geworden sind auch die Äußerungen des Vorstandmitglieds und Mitgründers der AfD, Konrad Adam. Er bezog sich positiv auf den Vorschlag, das Wahlrecht nur noch »Nettosteuerzahlern« zu gewähren. Arbeitslose, Empfänger von Transferleistungen und Geringverdiener wären ausgeschlossen. Derlei antidemokratische Vorschläge finden bei vielen Funktionären und AnhängerInnen der AfD Zustimmung. Jörn Kruse, Landessprecher der AfD in Hamburg und Hochschullehrer an der Bundeswehrhochschule in Hamburg, plädiert beispielsweise für die Einführung einer zweiten Kammer. In sogenannten Fachräten würden Experten politische Entscheidungen vorprägen. Damit verbunden ist die Vorstellung einer vom Parlament unabhängigen Technokratenregierung, bestehend aus den bürgerlichen Eliten des Landes.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die konservative Familienideologie der AfD. Familie gilt als Keimzelle der Gesellschaft, Geburtensteigerung ist erklärtes Ziel und für die Erziehung der Kinder seien in erster Linie die Eltern zuständig – all das entspricht jedoch einem auch in der Union gepflegten Familienbild. Zum Thema Geschlechterpolitik heißt es im Europawahlprogramm: »Die AfD lehnt gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen wie ›Gender Mainstreaming‹ ab.«

UMFELD DER AFD

Es lohnt, die personellen und inhaltlichen Kontinuitätslinien wie die organisatorischen Vorläufer der AfD in den Blick zu nehmen: Neben parteipolitischen Vorläufern wie dem rechtspopulistischen Bund freier Bürger, aus dessen Reihen einige bekannte Vertreter der AfD stammen (Joachim Starbatty, Karl Albrecht Schachtschneider), gibt es eine ganze Reihe von Vereinen, Organisationen und Stiftungen, die zum Umfeld der AfD gehören und aus denen sich ein Teil des Personals der Partei speist. Zu nennen sind hier etwa der Bürgerkonvent, der Konvent für Deutschland, das Bündnis Bürgerwille, die Stiftung Familienunternehmer, die Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft, die Mont Pelerin Society, der Liberale Aufbruch, das Aktionsbündnis direkte Demokratie, die Bundesvereinigung Freie Wähler oder die Zivile Koalition.

Gemeinsam ist den meisten dieser Organisationen ihre klassenmäßige Verortung in den ökonomischen Eliten, ihre marktradikale, neoliberale Grundausrichtung und ein Demokratieverständnis, das auf den Abbau von Beteiligungsrechten setzt. Union und FDP werden nicht mehr als politische Heimat gesehen, da sie einer schleichenden Sozialdemokratisierung unterlägen. Gleiches

gälte für die EU, die als »DDR-light« oder als »EU-DSSR« beschrieben wird.

Zum Umfeld der AfD gehört außerdem eine Reihe von Prominenten, die die Partei entweder aktiv unterstützen oder Positionen vertreten, an die sie anknüpfen kann. Zu nennen ist neben Hans Olaf Henkel auch Peter Sloterdijk, der als Philosoph mit seiner Schrift »Revolution der gebenden Hand« für die steuerliche Entlastung der Eliten eintritt und verbriefte soziale Rechte in Almosen der freiwillig gebenden »Leistungsträger« verwandelt sehen will. Auch Thilo Sarrazin vertritt nicht nur mit seinem Buch zum Euro zahlreiche Positionen der AfD, er dient auch mit seinen rassistische Thesen als Stichwortgeber für zahlreiche Funktionäre der Partei. Die AfD repräsentiert einen minoritären Teil des deutschen Kapitals, der sich explizit gegen eine weitere Vergemeinschaftung der EU ausspricht (vgl. Heine/Sablowski 2013). Zu nennen ist hier in erster Linie der Verband der Familienunternehmer und die Stiftung Familienunternehmer sowie die Zivile Koalition e.V. Während die Großindustrie und die vor allem exportorientierte deutsche Wirtschaft auf eine weitere Stützung des Euro setzen, will ein Teil des Mittelstandes die damit verbundenen Lasten nicht länger tragen. Die AfD und ihre Vorläufer – die Wahlalternative 2013 oder das Plenum der Ökonomen – sind der politische Ausdruck dieser Haltung.

LINKER UMGANG MIT DER AFD

Für eine linke Gegenstrategie wird es darauf ankommen, die AfD auf zentralen politischen Feldern inhaltlich anzugreifen, ihre weitere Rechtsentwicklung zu verfolgen und die von der AfD vertretenen sozialen Interessen zu verdeutlichen. Es muss gelingen, den Anschein der AfD, Anwalt der »kleinen Leute« zu sein, mit dem sie im linken Wählerspektrum wildert, als falsche Attitüde zu entlarven. Denn hinter dem vermeintlichen Sachverstand der »Professorenpartei« verbergen sich genau die politischen und ökonomischen Rezepte, die in die Krise geführt haben. Antiemanzipatorische Positionen, wie die Forderung nach Verschärfung der Hartz-IV-Regelungen, dem Abbau demokratischer Rechte für sozial prekäre Menschen, die Ablehnung jeder Form von Gleichstellungspolitik, müssen öffentlich kritisiert werden.

Es wird darauf ankommen, alle rechten, nationalistischen und rassistischen Tendenzen der Partei genau in den Blick zu nehmen und immer wieder öffentlich zu thematisieren. Die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Strömungen ist nicht vorbei, der rechte Flügel wird weiterhin versuchen, die Partei auf einen noch rechteren Kurs zu bringen. Strategisches Ziel muss es sein, der Union ein perspektivisches Bündnis mit der AfD unmöglich zu machen.

Schließlich sollte die Linke beim Thema Demokratie die Auseinandersetzung mit der AfD führen. Hier lässt sich die Verbindung von ökonomischen und klassenbezogenen Positionen am besten verdeutlichen. Die direktdemokratischen Forderungen der AfD müssen als Ausdruck einer angestrebten Elitenherrschaft dargestellt und mit ihren Positionen zum Ausschluss sozial prekärer Menschen kontrastiert werden.

LITERATUR

Frederic Heine, Thomas Sablowski, 2013: *Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

BUDAPEST IN WARSCHAU

DIE RECHTE IN POLEN

HOLGER POLITT

Polen ist nicht Ungarn. Dennoch prophezeite Jarosław Kaczyński im Herbst 2011, auch Warschau werde bald Budapest sein. Soeben hatte er als Spitzenkandidat der nationalkonservativen Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit) ein weiteres Mal bei Parlamentswahlen das Rennen gegen die konservativ-liberale Konkurrenz von der PO (Bürgerplattform) deutlich verloren. Budapest sollte an diesem Wahlabend signalisieren, dass die Verhältnisse sich ändern werden, denn an der Donau regierte bereits seit mehreren Monaten die nationalkonservative *Fidesz* (Ungarischer Bürgerbund) mit absoluter Mehrheit. Kaczyński versprach dem erstaunten Publikum, bald allein regieren zu wollen. Seitdem ist viel Wasser die Weichsel hinuntergeflossen. Jarosław Kaczyński ist seinem ehrgeizigen Ziel nicht näher gekommen. Allerdings bleiben Kaczyński noch anderthalb Jahre Zeit, um bei den nächsten turnusmäßigen Sejm-Wahlen im Herbst 2015 zumindest die absolute Mehrheit der Parlamentssitze zu erzielen.

Denn anders als in Ungarn hat sich in Polen rechts von den starken Nationalkonservativen bisher keine Formation dauerhaft etablieren können. Am ehesten gelang das noch der erzkatholischen LPR (Liga Polnischer Familien), die bei den Sejm-Wahlen 2005 unter Roman Giertych mit acht Prozent recht erfolgreich war, 2007 aber am Parlamentseinzug scheiterte und seitdem nur noch ein randständiges Dasein fristet. Giertychs großes politisches Vorbild ist Roman Dmowski, der Begründer des modernen oder bürgerlichen Nationalismus in Polen.

Dmowskis politisches Erbe ist in Polen seit jeher umstritten. Hervorgehoben werden oft Dmowskis Verdienste für den Nationalstaat, dessen erster moderner Ideologe er in Polen gewesen war. Bereits 1903 rief er in einer auch von Rosa Luxemburg im fernen Berlin registrierten Broschüre dazu auf, den polnischen Nationalismus zu modernisieren, ihn von den überlebten Traditionen der Adelsaufstände aus dem 19. Jahrhundert zu befreien und auf alle politische Romantik zu verzichten.

Wenn Marek Edelman, aktiver Teilnehmer der beiden Warschauer Aufstände 1943 (Ghetto) und 1944, zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor einem leichtfertigen Umgang mit Dmowski warnte, dann galt das dem Antisemiten, der Roman Dmowski ohne allen Zweifel gewesen war. Denn bereits frühzeitig stieß er bei seinem Bestreben, in Polen modernen Nationalismus durchzusetzen, auf die jüdische Frage. Auch das wurde bei Rosa Luxemburg frühzeitig thematisiert.

Giertychs Versuch scheiterte, nun versuchen es Nachfolger, die sich auch auf Dmowski berufen und sich entschieden radikaler verstehen. Ein Budapest an der Weichsel bräuchte eine Gruppierung, die in der Lage wäre, Parlamentsmandate zu erobern. Also so etwas wie *Jobbik*, die mit einem rassistischen und offen antidemokratischen Profil bei den Parlamentswahlen 2010 immerhin 12 Prozent der Wählerstimmen auf sich ziehen konnte.

Tatsächlich hat sich vor nunmehr bald zwei Jahren in Polen eine »Nationale Bewegung« (*Ruch Narodowy*; RN) gegründet, die sich gleichermaßen als Partei und als Sammelbecken für nationalistische Strömungen versteht. In einer ideologischen Grundsatzerklärung werden die langfristigen Ziele benannt: Die Stärkung der nationalen Identität auf den Fundamenten des Christentums sowohl in Polen selbst als auch in den außerhalb der Grenzen liegenden Gebieten, in denen es polnische Minderheitengruppen gibt. Die traditionelle Familie sei, so die Autoren, das Fundament des Gemeinschaftslebens, die jungen Menschen müssten ein Anrecht haben auf patriotische Erziehung, das durch das gegenwärtige Schulsystem unterlaufen werde. Wichtiges Ziel sei die Souveränität des Staates, die aus den Händen derjenigen zurückgeholt werden müsse, die fremde Interessen vertreten und zu den korrumpierten Eliten oder Finanzoligarchen gehörten. Zugleich gehe es um kulturelle Souveränität, die RN wolle vor allem originäres polnisches politisches Denken fördern, was als zentralen Bezugs-

HOLGER POLITT ist Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau und editiert dort das historische Werk Rosa Luxemburgs.

punkt Dmowski meint. Schließlich müsse wirtschaftliche Souveränität angestrebt oder verteidigt werden, etwa durch Verteidigung des polnischen Złoty statt der im Raum stehenden Übernahme der EU-Gemeinschaftswährung. Ausdrücklich spricht die Erklärung der Nationalen Bewegung die jungen Polen an, die als entscheidende Stütze für nationales politisches Gedankengut gewonnen werden sollen. Zugespitzt könnte gesagt werden, dass nach Auffassung der Führungsleute der RN es um einen Entscheidungskampf geht, den Polen gegen den »EU-verordneten Sozialismus« führt.

Erklärtes politisches Ziel in diesem Jahr ist der Einzug ins Europäische Parlament. Die RN-Spitzen rechnen mit einer halben Million Stimmen, die in Polen drei Abgeordnetenmandate bringen könnten. Giertych hält diese Prognose für völlig übertrieben, er geht fest von einem Misserfolg der Bewegung aus, der dann auch dazu führen könnte, dass sich die Bewegung wieder in ihre einzelnen Bestandteile auflösen wird.

Die RN hat ihr Europawahlprogramm frühzeitig festgezurrt, sie setzt dabei auf zwei wichtige Säulen: zum einen auf die grundsätzliche Konfrontation mit dem »System«, zum anderen auf eine »Revolution der Generationen«. Jetzt sei die jüngere Generation endlich an der Reihe, denn in den etablierten Parteien herrschten fast überall Leute, die bereits in den Wendejahren auf der politischen Bühne getanzt hätten. Fast automatisch gleitet hier der Blick zu *Jobbik*, die sich ja als Partei der Jugend geriert.

Diese Trennlinie zum »System« und zu den »Alten« soll in Polen den gewünschten Erfolg garantieren, der dann in Brüssel in politische Wirkung umgesetzt werden soll. Um fünf Punkte geht es:

Erstens müsse anstelle des föderativen Europas ein Europa der Vaterländer aufgebaut werden, in dem die vollen nationalen Souveränitätsrechte an die jeweiligen Mitgliedsländer zurückgehen. Zweitens müsse entschieden die »Linkskultur der EU« bekämpft werden, etwa durch die konsequente Zurückdrängung der Gender-Frage und durch die Verteidigung der »natürlichen Familie« und Ehe zwischen Mann und Frau. Das Abfackeln eines Regenbogenmonuments in der Warschauer Innenstadt am 11. November 2013 ist jüngster Ausdruck für diesen Spuk, der tatsächlich böse Blüten treibt. Drittens gehe es um den Schutz der polnischen Minderheiten im Ausland. Viertens müsse die EU-Klima- und Energiepolitik offen bekämpft werden, weil sie gegen das nationale Interesse Polens gerichtet sei und die Interessen ausländischer Kapitalgruppen befördere. Hier geht es vor allem um Polens Rolle als mit Abstand größter Steinkohleproduzent und als einer der führenden Braunkohleproduzenten in der EU. Und schließlich spielt auch zugerichtete Geschichtspolitik die entsprechende Rolle.

Am stärksten tritt die RN bisher gegen die sogenannte Linkskultur in der EU auf, so als ob Polen von hier aus Sozialismus drohen würde. Im Kern geht es um ein erzkonservatives oder erzkatholisches Gesellschafts- und Familienverständnis, das durch »forcierte Gender-Propagierung« und durch einen »Homosexuellen-Kult« in der Öffentlichkeit untergraben werde. Die scharfe Polarisierung zielt vornehmlich auf junge Menschen und



hat dort auch einen nicht zu unterschätzende Wirkung. Allerdings geht die gesellschaftsweite Tendenz seit dem EU-Beitritt in eine andere Richtung – immer größere Kreise der Bevölkerung in Polen sprechen sich bewusst gegen eine Diskriminierung oder Bekämpfung sexueller Minderheiten aus.

Traut man den aktuellen Umfragen, drohen in Warschau vorerst keine Budapester Verhältnisse. Die Gründe liegen auf der Hand: Polens EU-Integration ist bisher gelungen, nichts deutet darauf hin, dass es auf absehbare Zeit anders werden könnte. Das bestehende demokratische System ist mittlerweile robust genug, dass auch weit nach rechts gehende nationalkonservative Positionen integriert werden können. Die PiS ist trotz der immerhin 30 Prozent, die sie in Wahlumfragen derzeit erreicht, weit davon entfernt, in die Lage versetzt zu werden, die Verfassung in ihrem Sinne zu verändern. Und schließlich haben zivilgesellschaftliche Initiativen in den zurückliegenden Jahren ihre Handlungsmöglichkeiten und ihren Einfluss in der Öffentlichkeit stärken und erweitern können. Signifikant dafür ist der öffentliche Umgang mit Gender und Homosexualität, dank des konsequenten und mutigen Wirkens vieler Initiativen konnte rechtspopulistisches Gedankengut wirkungsvoll eingedämmt werden. Wenn ein Regenbogensymbol abgefackelt wird, wie in Warschau im letzten Jahr, dann ist dies auch Ausdruck tiefer Ohnmacht aufseiten derjenigen, die gern andere Verhältnisse hätten.


PRECÁRIO!
IGUAIS DIREITOS
Crime é
Não ter
direitos
pela vida
Aborto
LEGAL
e
SEGURO!


QUER AMPLIAR SEUS DIREITOS?
TARIFA ZERO É MAIS » JUSTO
QUER CIRCULAR SEM MEDO?
TARIFA ZERO É MAIS » SEGURO



LA OLA FÜR DAS ÖFFENTLICHE – PROTESTE IN BRASILIEN

Es begann mit einer Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr. Im Frühjahr 2013 gingen in Porto Alegre ein paar hundert Jugendliche auf die Straße und gaben den Anstoß für eine Protestwelle, wie es sie in Brasilien noch nicht gegeben hat. Zum Confederation Cup im Juni erreichte sie ihren Höhepunkt: Millionen demonstrierten in den Großstädten gegen die Mega-Projekte und Milliardenkosten der Fußballweltmeisterschaft 2014, gegen die gewaltsame Verdrängung aus den Innenstädten und die Militarisierung der Gesellschaft. Stattdessen fordern sie eine bessere Gesundheitsvorsorgung, ein gerechteres Bildungssystem und einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr. Die Bilder ähneln den zeitgleich aufgeflammten Gezi-Protesten in der Türkei. Trotz einiger Zugeständnisse bleibt die Situation angespannt.
Das Medienkollektiv *Midia Ninja* begleitet die Proteste bis heute. Wir dokumentieren einige ihrer Bilder. Zum Verhältnis von Fußball, Massenkultur und Protest erscheint demnächst das von Gerhard Dilger, Thomas Fatheuer, Christian Russau und Stefan Thimmel für die Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebene Buch *Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie*. Alle Fotos: midia ninja/flickr

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE: WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE
Christian Russau: Die Juni-Proteste in Brasilien.

DER STAAT IST KEIN FAHRRAD

PROBLEMATIKEN LINKER REGIERUNGSBETEILIGUNG

HARALD WOLF

»Im Staat geht's wie in der Welt:
Wer nicht schwimmen kann, der ersauft.«
(Franz Grillparzer)

Die Beteiligung linker, sozialistischer Parteien an einer Regierung war und ist seit der Auseinandersetzung um den Millerandismus[1] Ende des 19. Jahrhunderts bis heute Gegenstand kontroverser Diskussionen in der sozialistischen Bewegung. Ein möglicher Wahlerfolg von SYRIZA in Griechenland unter schwierigen Rahmenbedingungen, die kommenden Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen, das Abrücken der SPD von ihrer bisherigen Verweigerungshaltung gegenüber einer Zusammenarbeit mit der LINKEN – so unterschiedlich die Entwicklungen im Detail sind: Sie werden dieser Debatte neue Nahrung geben und ihr politische Brisanz verleihen.

Die Diskussion über Regierungsbeteiligungen innerhalb der Partei die LINKE bleibt häufig an der Oberfläche. Bisherige Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern

oder Berlin und die noch bestehende in Brandenburg wurden nicht gründlich ausgewertet.[2] Eher dienen sie der innerparteilichen Polemik als Beleg für die eigene Position und dazu, die Kontrahenten entweder des »Opportunismus« oder des »fundamentalistischen Sektierertums« zu bezichtigen. Beide Positionen reproduzieren das immerwährende Dilemma linker Politik: die Gefahr der Integration in den bürgerlich-parlamentarischen Betrieb und den gesellschaftlichen Mainstream auf der einen und die notwendige Autonomie, gesellschaftsverändernder Bewegungen auf der anderen Seite. Gleichzeitig ist die Debatte oft subjektivistisch verkürzt: Nämlich dann, wenn »Karrieregeilheit« der Akteure als wesentliche Ursache kritisierter Regierungspolitik unterstellt oder naiv behauptet wird, Landesverband X werde es künftig garantiert besser machen als Landesverband Y. Die eigentliche Frage, ob »die ›stumme Gewalt‹ der herrschenden politischen Formen und Institutionen« (Hirsch 1990, 176) nicht ausschlaggebender ist und »manch gute Absicht zunichte« macht, wird in der Regel nicht gestellt. Dieser »stummen Gewalt« soll im Folgenden näher nachgegangen werden.

DER STAAT ALS KRISTALLISATION VON KRÄFTEVERHÄLTNISSEN

»Der Staat ist kein Fahrrad, auf das man sich einfach setzen und in beliebiger Richtung losradeln kann«, formulierte die ehemalige linke Grüne Verena Krieger (1991, 147), um deutlich zu machen, dass der bürgerliche Staat keine neutrale Institution ist, die für beliebige Zwecke eingesetzt werden kann. Er ist »Produkt und Ausdruck der kapitalistischen Vergesellschaftungsform und der mit ihr verbundenen materiellen Reproduktions- und Klassenverhältnisse. Er ist nicht als Subjekt zu verstehen, sondern als institutionalisierter Kristallisationspunkt komplexer, sowohl legitimatorischer wie repressiver Beziehungen zwischen *allen* Klassen und Klassenfraktionen, als Terrain sozialer Kämpfe und Konflikte« (Hirsch 1990, 44). Er ist damit nicht einfach Instrument in den Händen der herrschenden Klasse, aber auch nicht Raum eines herrschaftsfreien Diskurses unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte, sondern der Staat einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft. Erst im Kampf zwischen den unterschiedlichen Kapitalfraktionen, gesellschaftlichen Interessengruppen und den verschiedenen staatlichen Apparaten und Institutionen bildet sich ein gemeinsames politisches Klasseninteresse heraus. Über den Staat wird aber nicht nur ein »Kompromissgleichgewicht« (Gramsci) zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen hergestellt, sondern er ist immer auch »ein spezifischer Modus repressiv-ideologischer Massenintegration […] mittels eines Geflechts institutionalisierter Beziehungen zu den beherrschten Klassen (Polizei, Justiz, Sozialbürokratie, Medien, Gewerkschaften und Parteien)« (Hirsch

HARALD WOLF ist Politologe und war zwischen 1995 und 2002 Fraktionsvorsitzender der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus. Im rot-roten Senat in Berlin war er Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters und Wirtschaftssenator. Seit 2011 nimmt er wieder sein Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus wahr. In diesem Text blickt er aus einer gewissen Distanz auf die Jahre der Regierungsbeteilung der Berliner LINKEN zurück und zieht kritische Bilanz.

1990, 45). Dabei spielen in parlamentarischen Demokratien die Parteien eine entscheidende Rolle: »Das Parteiensystem verkörpert den Teil des regulativen Systems, in dem antagonistisch-plurale Interessen und Handlungen in der Weise produziert, artikuliert, gerichtet, geformt, gefiltert und miteinander verbunden werden, dass ein relativ kohärentes, die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes *staatliches Handeln sowohl ermöglicht als auch legitimiert wird*.« (ebd., 62) Die besondere Rolle der Parteien und des Parteiensystems ergibt sich aus ihren vielfältigen Verbindungen und Verflechtungen mit Verbänden und Interessengruppen, Unternehmen, Kirchen, Medien und anderen. Als parlamentarische Parteien »reduzieren sie tendenziell Politik und politischen Konflikt auf das im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ›Machbare‹ und zwingen sie in ›Spielregeln‹, die deren Fortdauer gewährleisten« (ebd., 170). Gesellschaftliche Interessen werden so nach der Logik des Staates geordnet, »die Zwänge weltmarktbestimmter kapitalistischer Reproduktion in das institutionelle Regulationsgeflecht bis in seine kleinsten Verästelungen und die einzelnen Individuen hinein vermittelt. Dies geschieht freilich um den Preis permanenter Konflikte innerhalb und zwischen den Parteien, zwischen Partei- und Staatsapparaten, zwischen Parteien und Interessenorganisationen und gegebenenfalls auch zwischen Partei und ›Volk‹« (ebd., 68).

(LINKE) PARTEIEN UND DIE STAATSMACHT

Schon mit der Bildung einer Partei, die sich am parlamentarischen System beteiligt, begibt man sich in diese institutionellen Zwänge, parlamentarischen Rituale und Spielregeln. Sie reichen von der parlamentarischen Geschäftsordnung über die Notwendigkeit der Einhaltung von (bürgerlichem) Recht und Gesetz bis zu durch die Verfassung gezogenen Grenzen des politischen Handels. Hinzu kommt der nicht zu unterschätzende Druck, der von Medien und veröffentlichter Meinung ausgeht, diese Spielregeln anzuerkennen. Parteien – auch linke Parteien – sind »ein integraler Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft und ihres Staates, aus dem wir gerade herausfinden wollen« (Jäger 2006, o.S.), aber: »Parteien links oder rechts liegen zu lassen, wäre keine Lösung, gerade weil sie zur Staatsmacht wesentlich gehören. Wenn man die Staatsmacht nicht von innen angreifen könnte, das heißt auch auf der Parteiebene, könnte man sie gar nicht angreifen«. (ebd.) Dieser Widerspruch potenziert sich mit dem Eintritt in eine Koalitions-Regierung. »Die ›stumme Gewalt‹ der herrschenden politischen Formen und Institutionen« (ebd.) erhält hier eine neue Qualität.

Zwar ist auch die parlamentarische Oppositionspartei institutionellen und rechtlichen Zwängen ausgesetzt, sie hat aber eine (relative) Freiheit in der Artikulation der heterogenen Interessen von ihr repräsentierter gesellschaftlicher Gruppen und deren politischen Positionen. Als Bestandteil einer Regierung erhalten die institutionellen Zwänge eine neue Qualität. Eine regierende Partei ist durch die Entwicklung eines Regierungsprogramms und durch ihre Regierungspolitik unmittelbarer daran beteiligt, die oftmals gegensätzlichen Interessen nicht nur zu artikulieren, sondern so zu filtern und zu formieren, dass »ein relativ kohärentes, die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes staatliches Handeln sowohl ermöglicht als auch legitimiert wird« (Hirsch 1990, 62).



midia ninja/flickr

KOALITIONSREGIERUNGEN: INSTITUTIONALISIERTER EINIGUNGSZWANG

Eine Regierungskoalition ist die denkbar engste Form der Zusammenarbeit zweier Parteien, die unterschiedliche Interessen, gesellschaftliche Gruppen und Ziele vertreten. Angesichts divergierender Interessenlagen lässt sich ein gemeinsames Regierungsprogramm nur über Kompromissbildungen in Koalitionsverhandlungen und im Koalitionsvertrag formulieren. Der Eintritt in eine Koalitionsregierung bedeutet damit Übernahme von Gesamtverantwortung für die Regierungspolitik – auch für Entscheidungen, die man im Rahmen der Kompromissbildung ›schlucken‹ musste, aber eigentlich für ungenügend oder gar falsch hält. Das unterscheidet eine Koalitionsregierung von der Unterstützung einer Minderheitsregierung. Anders als in einer Koalitionsregierung könnte eine linke, sozialistische Partei hier ihre Unabhängigkeit von der Regierung und die Freiheit der Kritik bewahren. Ohne Verpflichtung auf eine Koalitionsdisziplin könnte sie politisch von Fall zu Fall entscheiden, welchen Gesetzen und Anträgen der Regierungspartei(en) sie ihre Unterstützung gibt und welchen nicht. Während im Falle einer Minderheitsregierung wechselnde parlamentarische Mehrheiten möglich sind, sind sie im Falle einer Koalition explizit ausgeschlossen. Jede Koalitionsvereinbarung enthält ›Regeln der Zusammenarbeit‹, die ein getrenntes Abstimmungsverhalten der Koalitionsparteien ausschließen und einen permanenten Einigungszwang institutionalisieren. So heißt es in der Koalitionsvereinbarung zwischen der Berliner SPD und PDS aus dem Jahr 2006: »Die Koalitionspartner stimmen darüber überein, dass im Abgeordnetenhaus nicht mit wechselnden Mehrheiten abgestimmt wird. [...] Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Entscheidungen in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die nicht ausdrücklich Gegenstand der Koalitionsvereinbarung sind, nicht gegen den Willen eines Partners getroffen werden. Parlamentarische Initiativen bedürfen der Absprache beider Fraktionen über Inhalte und Vorgehen.«

Die Formulierung eines Regierungsprogramms ist aber mehr als die einfache Kompromissfindung mit dem Koalitionspartner. Auch wenn die eigentlichen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden, findet die Kompromissbildung nicht nur zwischen den Parteien statt. Eine Vielzahl von gesellschaftlichen Interessengruppen – Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Universitäten und Hochschulen, Kirchen, die Agentur für Arbeit, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen und viele andere – versucht Einfluss auf die Formulierung künftiger Regierungspolitik zu nehmen. Auch die Medien sind aktive Mitspieler. Die verhandelnden Parteien versuchen die Öffentlichkeit zu nutzen, um bestimmte Positionen zu platzieren und ihre Verhandlungsmacht zu stärken, so wie die unterschiedlichen Medien selbst versuchen – je nach ihrer politischen Tendenz – Einfluss auf die Verhandlungen auszuüben und öffentliche Meinung zu ›machen‹. Mit am Tisch sitzt außerdem der staatliche Verwaltungsapparat, die Ministerialbürokratie, deren ›Expertenwissen‹ abgefragt wird, zum Beispiel in Fragen der Finanzierbarkeit bestimmter Vorhaben, der rechtlichen Machbarkeit und der Umsetzungsmöglichkeiten. Dieses Expertenwissen ist aber nicht neutral, sondern politisch geformt – beispielsweise

durch eine lange Tradition der Bürokratie oder durch spezifische Interessen, die von einzelnen Staatsapparaten und Institutionen vertreten werden[3]. Diese sind ein wesentlicher Machtfaktor im Verhandlungspoker zwischen den Parteien – insbesondere wenn nur eine der verhandelnden Parteien bisher an der Regierung beteiligt war und deshalb weitgehend exklusiven Zugriff auf die Ministerialbürokratie hat. Damit entsteht ein Ungleichgewicht der Waffen zwischen den Verhandlungspartnern, politische Forderungen können aus ›fachlicher Sicht‹ als nicht realisierbar dargestellt oder umgebogen und kleingearbeitet werden.[4]

Koalitionsverhandlungen sind also ein wesentlicher Mechanismus des Parteiensystems. Unterschiedliche gesellschaftliche Interessen werden in ihrem Verlauf zu einem Regierungsprogramm als einem Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verdichtet, und so ein die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes staatliches Handeln ermöglicht.

LINKE MINDERHEITENPOSITION UND GESELLSCHAFTLICHE KRÄFTEVERHÄLTNISSE

In Mitte-Links-Regierungen (Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün) repräsentiert die LINKE mit der *Gesamtheit* ihrer politischen Positionen eine gesellschaftliche Minderheit, auch wenn *einzelne* ihrer Forderungen (wie z.B. der Mindestlohn) gesellschaftlich mehrheitsfähig sein können. Damit dürfte klar sein, dass die Kompromissbildung in Koalitionsverhandlungen nur punktuell zugunsten linker Positionen ausfallen kann – in der Regel da, wo es breite, über das enge linke Spektrum hinausgehende gesellschaftliche Unterstützung und Mobilisierung gibt. Und selbst da, wo es gesellschaftliche Mehrheiten in Einzelfragen gibt, heißt dies nicht, dass sie sich in eine Unterstützung der LINKEN niederschlagen müssen. Denn auch wenn Oskar Lafontaine immer wieder betont, dass bis auf die LINKE alle Parteien »Politik gegen die Mehrheit des Volkes machen«, wählt die Mehrheit des Volkes diese Parteien noch immer.[5] Diese Überlagerung der Zustimmung zu einzelnen linken Positionen durch parteipolitische Bindungen zum Beispiel an die SPD ermöglicht es deren Parteispitze teilweise sogar, gegen die in der eigenen Anhängerschaft mehrheitlich vertretene Position oder gar eigene Parteitagsbeschlüsse zu handeln oder sie auf symbolische Gesten zu reduzieren.

Der permanente Einigungszwang mit dem Koalitionspartner resultiert aber nicht nur aus dem Koalitionsvertrag. Auch von der Wählerschaft der LINKEN geht Druck zur Einigung aus. Denn diese – alle Umfragen zeigen es – will mit großer Mehrheit eine Regierungsbeteiligung der LINKEN und erhoffen sich *gleichzeitig* die Durchsetzung wesentlicher linker Positionen in der Koalition. Dieser Widerspruch findet sich nicht nur bei Wählerinnen und Wählern der LINKEN, sondern auch bei Gewerkschaften, Verbänden und Bürgerinitiativen. Er wird aber in der Regel *nicht* durch die Forderung nach Koalitionsbruch aufgelöst, weil man das ›größere Übel‹ einer konservativen und/oder liberalen Regierungsbeteiligung nicht in Kauf nehmen will. So fordern Gewerkschaftsfunktionäre mit sozialdemokratischem Parteibuch die LINKE gern auf, Druck auf die SPD auszuüben, um dieses oder jenes »endlich durchzusetzen« und einen Kampf zu führen, den sie in der eigenen Partei längst verloren oder nie geführt

haben. Die Konsequenz aus dieser Einsicht ist aber meist nicht der Bruch mit der SPD – im Zweifelsfall obsiegt die Parteiloyalität.

Mit einem Koalitionsbruch zu drohen, kann also nur dann sinnvoll sein, wenn der Gegenstand des Konflikts für die eigene Wählerschaft und nach Möglichkeit darüber hinaus von so großer Bedeutung ist, dass er den Bruch der Koalition auch in deren Augen rechtfertigt. Nur so besteht die Chance, dass das Ende der Koalition nicht in einer Stärkung der SPD und/oder des konservativen Blocks zulasten der LINKEN resultiert und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nicht nach rechts verschoben wird. Eine Ausnahme bilden allerdings Grundsatzfragen wie Krieg und Frieden, bei denen eine Koalition auch ohne ausreichende gesellschaftliche Unterstützung beendet werden müsste.

Das Argument, dass der Einigungs- und Kompromisszwang ja nicht per se den Sozialdemokraten nutzen müsse, sondern auch von der LINKEN für Ihre Interessen genutzt werden könne, hört sich im ersten Moment plausibel an. Allerdings verkennt es einen wesentlichen Punkt: Solange linke, sozialistische Positionen gesellschaftlich minoritär sind, wird der Kompromisszwang in der Regel eher zugunsten des gesellschaftlichen Mainstream wirken. Die Vorstellung, eine linke Partei könne unter diesen Bedingungen einen sozialdemokratischen Koalitionspartner zu linker Politik zwingen, ist naiv. Was nicht durch Mobilisierung, durch den Versuch, Kräfteverhältnisse zu verschieben und eine gesellschaftliche Mehrheit für linke Positionen zu gewinnen, gelungen ist, lässt sich nicht durch Gerangel am Kabinettstisch oder eine besonders raffinierte Verhandlungsstrategie wettmachen. Denn: »Das Zählen der Stimmen ist die abschließende Zeremonie eines langen Prozesses« (Gramsci, zitiert nach Hirsch 1990, 175).

KOALITIONSGERANGEL

Die strukturelle Dominanz sozialdemokratischer Positionen in Mitte-Links-Koalitionen und die Notwendigkeit, in der Regierungspolitik unterschiedliche Interessen zu integrieren, führt unter den gegebenen Kräfteverhältnissen zu Widersprüchen und Konflikten zwischen der »Partei im Staatsapparat« (den Regierungsmitgliedern und der Fraktion) und der »Partei außerhalb des Staatsapparates« (der Wählerschaft, die mehr linke Politik will, dies aber in und mit der Regierung) sowie gesellschaftlichen Initiativen, die ihre Interessen nur unzureichend oder gar nicht repräsentiert sehen. Die Vorstellung, diesem Dilemma durch eine Politik der permanenten Koalitionskonflikte zu entgehen, ist illusorisch. Eine linke Partei kann damit zwar die eigene Position im Gegensatz zur SPD deutlich machen, das Ergebnis wird aber zwangsläufig in einem mal besseren, mal schlechteren Kompromiss bestehen, oder – im schlimmsten Fall – in einer völligen Niederlage der LINKEN. Eine Partei, die regelmäßig eine Koalitionskrise ausruft, diese aber nicht zu ihren Gunsten entscheiden kann, gilt nicht nur in der eigenen Wählerschaft als durchsetzungsschwach und erfolglos. Die ›Koch-oder-Kellner-Frage‹ ist damit für die Öffentlichkeit entschieden.

Es greift aber noch ein anderer Mechanismus der Parteienkonkurrenz: Die demonstrative öffentliche Inszenierung eines Konflikts kann es sogar erschweren, die eigenen Positionen durchzusetzen, es sei denn es gibt eine breite gesellschaftliche Unterstützung der

jeweiligen Forderungen. Der Koalitionspartner wird in einer zugespitzten Situation alles dafür tun, dass der Ausgang des Konflikts nicht als Sieg der anderen Seite wahrgenommen wird. Gelingt es der LINKEN im Einzelfall doch, eine von den Sozialdemokraten geforderte politische Entscheidung zu verhindern, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dem bald ein ›Revanchefoul‹ folgt und Forderungen der LINKEN blockiert werden, um intern wie in der Öffentlichkeit wieder klarzumachen, wer die Richtlinien der Regierungspolitik bestimmt und den Hut aufhat. Es gibt also ein schwieriges Spannungsverhältnis zwischen Eigenprofilierung und Durchsetzungsfähigkeit in einer Koalition – zu viel Eigenprofilierung auf Kosten des Koalitionspartners kann die eigene Durchsetzungsfähigkeit schwächen, zu wenig Eigenprofilierung macht den Eigenanteil an gefundenen Kompromissen kaum mehr erkennbar. Gegen eine Koalition als permanentes ›Konfliktbündnis‹ spricht auch, dass eine Regierung, die von einer Koalitionskrise in die andere taumelt, in den Augen der öffentlichen Meinung als nicht regierungsfähig erscheint.[6] Als Regierungspartei immer nur zu blockieren, wird bald zum Scheitern einer Regierungszusammenarbeit führen. Auch deshalb besteht immer der Einigungs- und Kompromisszwang.

GESCHWÄCHTE PARTEI

Als funktionierende und erfolgreiche Koalition wird nur eine Konstellation wahrgenommen, in der beide Partner den Koalitionskompromiss als (gemeinsamen) politischen Erfolg kommunizieren können. Koalition bedeutet eben auch, dass ein politisches Gesamtkonzept gemeinsam vertreten wird, wie es unter anderem im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Es geht also auch darum, Koalitionskompromisse gegenüber der eigenen Parteimitgliedschaft und Wählerschaft als gut zu kommunizieren (auch wenn man sich mehr hätte vorstellen können). Daraus resultiert die Gefahr einer legitimatorischen Überhöhung von eigentlich ungenügenden oder schlechten Kompromissen zu politischen Erfolgen. Die Möglichkeit, mit dem Koalitionspartner gefundene politische Einigungen als unzureichend darzustellen, sind aber begrenzt, denn es wirkt wenig glaubwürdig, wenn das Regierungspersonal permanent die eigene Regierung kritisiert. Diese Logik von Regierungsbeteiligungen führt auch dazu, dass das am Regierungshandeln unmittelbar beteiligte Personal immer wieder versucht, die Parteiorganisation und die mit ihnen kooperierenden außerparlamentarischen Gruppen auf den (mit der Sozialdemokratie) gefunden Kompromiss einzuschwören und sie auf das ›tagespolitisch Machbare‹ zu reduzieren. Dieser Widerspruch zwischen der »Partei im Staatsapparat« und der »Partei außerhalb des Staatsapparats« wird noch dadurch akzentuiert, dass Koalitionskompromisse von einer kleinen Personengruppe ausgehandelt werden – sei es unmittelbar im Kabinett, im Koalitionsausschuss oder zwischen den Fraktionsvorsitzenden und parlamentarischen Geschäftsführern. Die Partei kann zwar in der einen oder anderen Frage Verhandlungsaufträge formulieren – im eigentlichen Verhandlungsprozess bleibt sie aber außen vor. In Verhandlungen müssen beide Verhandlungspartner davon ausgehen können, dass der jeweils andere in der Lage ist, ein in schwierigen Gesprächen gefundenes Ergebnis auch in den eigenen Reihen durchzusetzen – mit anderen Worten: dass der verhandelte

Kompromiss Bestand hat. Unter dem Gesichtspunkt eines effektiven Koalitionsmanagements und Regierungshandelns erscheint folglich das von Partei und außerparlamentarischen Initiativen geforderte ›Mehr‹ über den gefundenen (und erreichbaren) Kompromiss hinaus als störend oder gar kontraproduktiv. Dies ist mit der Logik der Regierungsbeteiligung unvermeidlich verbunden und zieht die Gefahr nach sich, dass die Parteiorganisation in Passivität und eine mürrische Duldung der Regierungsarbeit verfällt. Die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Mobilisierung im außerparlamentarischen Raum wird geschwächt.

MINDERHEITENREGIERUNG ALS AUSWEG?

Was aber folgt daraus? Dem Widerspruch, als Partei und erst Recht als Regierungspartei Teil des bürgerlichen Staates zu sein und gleichzeitig über die bürgerliche Gesellschaft hinaus zu wollen, entkommt man nicht. Die Formulierung sogenannter roter Haltelinien – sei es Sozialabbau oder Kriegseinsätze – greift zu kurz, geht am eigentlichen Problem vorbei. So wichtig rote Haltelinien auch sein mögen – zu benennen, was nicht sein darf, ist noch keine Strategie in Regierungsfragen. Die Wählerinnen und Wähler erwarten mehr als die Formulierung von Prinzipien und Bekenntnissen, sie erwarten reale Veränderungen. Sie wollen eine Partei, die einerseits ihren Grundüberzeugungen treu bleibt, andererseits konkrete Verbesserungen und Reformschritte voranbringt. Für den (wahrscheinlichen) Fall, dass die SPD nicht bereit ist, alle roten Haltelinien zu akzeptieren, aber sehr wohl konkrete Verbesserungen in Einzelfragen umzusetzen, steht die LINKE vor dem Dilemma, entweder die Haltlinien aufzugeben oder Reformen zu blockieren, die auch von der eigenen Wählerschaft gewünscht werden.

Eine Minderheitsregierung bietet die Chance, eine Bewegungsform für diesen Widerspruch zu finden. Sie ermöglicht eine Politik wechselnder Mehrheiten und unterwirft die LINKE nicht der Disziplin und dem unbedingten Einigungszwang einer Koalitionsregierung. Die LINKE behielte ihre Freiheit der Kritik und die Möglichkeit, zusammen mit außerparlamentarischen Bewegungen Druck auf die Regierung auszuüben und so die Kräfteverhältnisse zu verschieben. Konkrete Reformen würden unterstützt, kritikwürdige Maßnahmen erhielten jedoch keine parlamentarische Unterstützung (vgl. hierzu ausführlicher Wolf 2013a und 2013b).

Aber die Bildung einer Minderheitsregierung hängt nicht allein vom Willen der LINKEN ab, sondern auch von der Bereitschaft der SPD, sich in eine solche Konstellation zu begeben. So kann es passieren, dass die LINKE rasch wieder vor der Koalitionsfrage steht, der sie nicht einfach ausweichen kann. Sie wird derartige Herausforderungen nur dann bestehen können, wenn sie im Vorfeld konkrete Reformvorhaben formuliert, die über den Rahmen sozialdemokratischer Politik hinausgehen und auf eine andere gesellschaftliche Logik verweisen. Auch muss sie gemeinsam mit außerparlamentarischen Initiativen für gesellschaftliche Mehrheiten werben, mit dem Ziel, Kräfteverhältnisse zu verschieben. An der gesellschaftlichen Unterstützung für solche Reformprojekte wird sich entscheiden, ob eine Koalitionsbildung möglich ist und ob die LINKE über den entsprechenden Rückhalt in der Gesellschaft verfügt, der es ihr

erlaubt, auf der Umsetzung dieser Reformprojekte als Voraussetzung für einen Regierungseintritt zu bestehen. Ein wesentliches Element solcher Strategie müssten auch Maßnahmen zur Demokratisierung der Staatsapparate sein – wie die Stärkung plebiszitärer Formen, die Weiterentwicklung der Konzeption der Bürgerhaushalte, »Open Data« statt des überkommenen Prinzips der Amtsverschwiegenheit, die Etablierung von gesellschaftlichen Beiräten und ihre Ausstattung mit Kompetenzen, um Blockaden der Ministerialapparate zumindest partiell durchbrechen zu können. Notwendig ist auch die Entwicklung einer bewussten und klug kalkulierten Arbeitsteilung zwischen der »Partei im Staatsapparat« und der »Partei außerhalb des Staatsapparats«. Die Fähigkeit der Partei, gesellschaftliche Mobilisierungen voranzutreiben, die über den aktuellen Regierungskompromiss hinausgehen, muss erhalten bleiben, ohne in offenen Widerspruch zur »Partei im Staatsapparat« zu geraten. Eine solche Arbeitsteilung verlangt ein hohes Bewusstsein über die damit verbundenen Widersprüche und Probleme sowie die Fähigkeit, die jeweils unterschiedlichen Rollen der Partei innerhalb und außerhalb des Staatsapparats zu verstehen und wechselseitig zu akzeptieren. Erschwerend kommt hinzu, dass eine Regierungsbeteiligung einen Großteil des Führungspersonals absorbiert.

Bei allen Schwierigkeiten, es bleibt dabei: Die notwendige Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse kann nicht durch noch so kluge Verhandlungstaktik und Entscheidungen am Kabinettstisch ersetzt werden. Der linke Königsweg in der Regierungsfrage ist noch nicht gefunden – der erste Schritt zu einer rationalen Diskussion ist es aber, sich bewusst mit den Gefahren und Problemen möglicher Strategien auseinanderzusetzen.

LITERATUR

Heinrich, Gudrun, 1993: Rot-grün in Berlin 1989–1990, in: Raschke, Joachim (Hg.), *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln, 809–830

Hirsch, Joachim, 1990: *Kapitalismus ohne Alternative. Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute*, Hamburg

Jäger, Michael, 2006: *Utopie und Realpolitik*, http://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/prekaer/aufschrei.pdf

Krieger, Verena, 1991: *Was bleibt von den Grünen?*, Hamburg

Wolf, Harald, 2013a: Wechselnde Mehrheiten statt Rot-Rot-Grün, in: *Cicero-online*, 5.8.2013, www.cicero.de/berliner-republik/ex-senator-gegen-gysi-wechselnde-mehrheiten-statt-rot-rot-gruen/55282

Ders.: 2013b: Ein Zugewinn an Demokratie, in: *Neues Deutschland*, 17.8.2013, www.neues-deutschland.de/artikel/830487.streitfrage-taugen-wechselnde-mehrheiten-als-vehikel-fuer-linke-politik.html

---

1 Der französische Sozialist Millerand trat 1899 in eine bürgerliche Koalitionsregierung ein. Dies führte in der internationalen Sozialdemokratie zu einer heftigen Debatte über den sogenannten Millerandismus.

2 Rolf Reissig, Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand, Berlin 2005 und Thomas Koch, Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2001 sind Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

3 Die einzelnen Ministerialapparate sehen sich durchaus als Interessenvertreter. So erklärten mir leitende Beamte der Wirtschaftsverwaltung, man verstehe sich als »Dienstleister der Wirtschaft« und müsse die Interessen der Unternehmen vertreten – was ich allerdings anders sah.

4 Dass etwas aus ›fachlicher Sicht‹ – im Gegensatz zur ›politischen Sicht‹ – nicht empfehlenswert sei, ist eine gern gebrauchte Redeweise der Staatsbürokratie. Der Apparat arbeite rein sachorientiert, verkörpere die Rationalität, während Politik von sachfremden Erwägungen geleitet, ›fachlich‹ nicht gebotene Entscheidungen treffe – so die Suggestion.

5 So wählt beispielsweise die gesellschaftliche Mehrheit, die die Rente mit 67 ablehnt, noch immer mehrheitlich Parteien, die diese Rentenkürzungspolitik vertreten.

6 Das in der Bundesrepublik bislang extremste Beispiel einer solchen Koalition als Konfliktbündnis war die rot-grüne Senatskoalition in Berlin 1989/90. Mit illusionär-überhöhten Erwartungen in die Möglichkeiten einer Koalition mit der SPD ging die Alternative Liste in die Regierung. Als diese hohen Erwartungen auf die harte Realität sozialdemokratischer Politik stieß, kam es zu permanenten Koalitionskrisen. Das endgültige Scheitern der Koalition im November 1990 führte zu einer dramatischen Wahlniederlage sowohl für die SPD als für auch die Alternative Liste (vgl. Heinrich 1993).

MEHR SELBSTBEWUSSTSEIN!

SUSANNE HENNIG

Als im Sommer 2012 der Politikwissenschaftler und Schriftsteller Raul Zelik öffentlich seinen Eintritt in die LINKE erklärte, fühlte er sich »fast zu einer Liebeserklärung« (Zelik 2012) hingerissen. Wer von uns würde sein Engagement für die Partei selbst so leidenschaftlich beschreiben? Zelik betonte – trotz seiner Kritik an parlamentarischer Politik – ihre wichtige Funktion. Sie sei in der Bundesrepublik derzeit die einzige wahrnehmbare Kraft, die klar Stellung beziehe: »Ja, wir leben im Kapitalismus; ja, man muss, wenn man Demokratisierung will, auch das Gemeineigentum stärken; ja, es gibt in Deutschland Parteien, die Klasseninteressen vertreten, und es wäre ganz schön, wenn auch die subalternen Klassen über eine solche Organisation verfügten.« Er habe die LINKE »im Großen und Ganzen [...] im sinnentleerten Konzert des Politikbetriebs doch als feine, dissonante Stimme der Vernunft [...] schätzen gelernt«, schrieb Zelik. Es brauche eine Organisation, die »als Ort der gemeinsamen Praxis

funktioniert, in der sich Erfahrungen neu zusammensetzen und gesellschaftlich etwas bewegen können«– also: eine Organisation, in der sich im politische Alltag – und nicht nur auf Parteitagen – jene Menschen treffen, die linke Kommunalpolitik machen, die in der Nachbarschaft für eine solidarische Gesellschaft werben, sich gegen Neonazis oder für den Erhalt von Kitas und Schwimmbädern engagieren, für gerechte Löhne streiten, in Sozialverbänden Solidarität praktisch organisieren, in wendländischen Wäldern Atommülltransporte blockieren, an Hochschulen kritische Wissenschaft etablieren, linke Kultur organisieren, am 8. März für Frauenrechte auf die Straßen gehen oder in einer Landesregierung für linke Politik streiten. Dieses Bewusstsein, dass die LINKE einzigartig ist, diese »Liebeserklärung« an unsere Partei – also an uns alle – fehlt im »Kleinklein« unserer alltäglichen Arbeit häufig.

Dieses Selbstbewusstsein und die Erkenntnis, dass eine »verbindende Partei« (Rehmann 2013) als Sammlung unterschiedlicher Akteure und Interessen gebraucht wird, spiegelt sich in dem Papier »Verankern, verbreiten, verbinden« von Katja Kipping und Bernd Riexinger wider. Es ist gut, dass sie das Thema Parteientwicklung offensiv angehen. Ähnliche Diskussionen, wenn auch mit anderen Lösungsvorschlägen, wurden in den letzten Jahren in mehreren Landesverbänden geführt, zum Beispiel in Brandenburg (»Die neue Partei mit Leben füllen – DIE LINKE Brandenburg 2020«) oder Thüringen (»Politik für die Zukunft, die heute beginnt«) – eine Debatte über die strategische Orientierung ist notwendig. Eine Stärke des Papiers von Kipping und Riexinger ist es, die Aufgaben der Partei vor dem Hintergrund der sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungen zu beschreiben und praktische Schritte für deren Umsetzung zu bestimmen. Der Wandel der Beschäftigtenstruktur und die daraus resultierende Schwächung von Gewerkschaften sowie eine gesellschaftliche Vereinzelung, machen einen engeren Bezug auf soziale Bewegungen notwendig. Kämpfe um gesellschaftliche Hegemonie müssen verstärkt abseits von Parlamenten geführt werden. Die vorgeschlagenen Arbeitsvorhaben – von der Kampagnenarbeit über Organizing bis hin zu Nachwuchsförderung und einer Jugendoffensive – sind richtige Ansätze. Das Papier ist der Auftakt einer Diskussion. Mindestens drei Themenkomplexe müssen aber vertieft werden:

SUSANNE HENNIG ist Vorsitzende des Landesverbandes der LINKEN in Thüringen. Die studierte Erziehungswissenschaftlerin war 15 Jahre Leistungssportlerin im Eisschnellauf. Seit 2004 ist sie Abgeordnete im Thüringer Landtag und begleitet seit Jahren Bildungsproteste. Als sie – mit Blick auf die lebhaftere Protestkultur – 2006 im Landtag für »französische Verhältnisse« plädierte, brachte ihr dies einen Rechtsstreit ein, der mit einem Vergleich endete.

1 | HERAUSFORDERUNG »REGIEREN«

Das Papier von Kipping und Riexinger ist eine Fortschreibung der strategischen Orientierung der PDS: »Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf

Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.« (PDS 2004) Das ist bis heute Praxis der Linkspartei in Ost und West. Die mediale Behauptung, unsere Partei wolle im Osten um jeden Preis regieren und im Westen lediglich opponieren, ist falsch. Die Debatte um rot-rote oder rot-rot-grüne Regierungsbündnisse ist auch im Westen aktuell, wie jüngst die Sondierungsgespräche in Hessen zeigten.

Der Nutzen der Partei die LINKE für die Menschen ergibt sich aus ihrem Gebrauchswert – nicht aus Parteitagsbeschlüssen. In Thüringen wollen wir im September 2014 die 24-jährige CDU-Herrschaft ablösen und ein linkes Reformbündnis anführen. Neben der Klärung inhaltlich-programmatischer Fragen einer möglichen Koalition ergeben sich auch Fragen strategischer Art. Zudem muss der Einstieg in politische Verantwortung konkret vorbereitet sein, damit tatsächlich erfolgreich linke Politik gemacht werden kann. Hier gibt es im Papier von Kipping und Riexinger eine Leerstelle. Michael Brie beschrieb die wohl wichtigste Herausforderung linker Regierungspraxis: »Positiven Einzelergebnissen steht bisher zumeist die Unfähigkeit gegenüber, eine stabile gegenhegemoniale Formation zu schaffen, die den Neoliberalismus in seinen Grundelementen herauszufordern und einen stabilen Pfad der Transformation einzuschlagen vermag. Dies aber ist die nächste Aufgabe.« (Brie 2006) Hier müssen wir gemeinsam Antworten in der Praxis finden. Auch der Frage, was Regieren für das Verhältnis zu Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bedeutet, müssen wir uns stellen.

2 | STÄRKE IM OSTEN ERHALTEN

Die LINKE steht in den neuen Bundesländern organisatorisch und strategisch vor Problemen, auf die es bisher wenig überzeugende Antworten gibt. Trotz stabiler oder gar wachsender Wahlergebnisse schrumpfen die Mitgliederzahlen, der Altersdurchschnitt steigt, und die Zahl der hauptamtlichen Stellen muss angesichts sinkender Einnahmen reduziert werden. Gleichzeitig gibt es – auch vor dem Hintergrund der Parteigeschichte – die Erwartung, dass der Parteiapparat einen Großteil der Arbeit schon ›irgendwie‹ übernimmt. Die ehrenamtliche Selbstorganisation in den Gebietsverbänden durch viele Köpfe und Hände fällt oft noch schwer und muss teils erst organisiert werden.

Zumindest in den neuen Bundesländern ist das Herz der Partei die Arbeit in den Kommunen. Ob mit LandrätInnen und OberbügermeisterInnen, starken Fraktionen in Kreistagen und Stadträten oder durch die Präsenz im Alltag, in Vereinen und Kleingartensiedlungen, bei Protesten oder Bürgerbegehren – noch immer ist die LINKE in der Fläche nicht wegzudenken. Sie ist zumeist akzeptierte Partnerin des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Gewerkschaften sind aufgrund der sozioökonomischen Entwicklungen der letzten 24 Jahre und der besonderen Geschichte von Gewerkschaften in der DDR schwächer als im Westen. Und starke parteiunabhängige Bewegungen, wie wir sie zum Beispiel mit der Anti-Atomkraft-Bewegung im Westen kennen, sind hier seltener. Dennoch gibt es, zumindest in Thüringen, seit Langem eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit unserer

Partei mit außerparlamentarischen Akteuren – sie muss nicht erst aufgebaut werden. Eher geht es darum, bestehende Kontakte zu halten und stärker für linke Politik zu nutzen, ohne sie zu instrumentalisieren. Unsere personelle Stärke in den Kommunalparlamenten gilt es zu sichern. Das was Dieter Strützel bei der Gründung des Landesverbandes der PDS Thüringen als einen wichtigen Schritt für unsere Partei nannte, nämlich »den Ring um die PDS zu sprengen« (zitiert nach Hausold 2000), ist heute in Ostdeutschland in weiten Teilen erreicht. Auf Bundesebene steht das – unter ganz anderen politischen Vorzeichen – noch aus.

3 | VERANKERUNG VERBREITERN

Kipping und Riexinger beschreiben, dass sich politische und gewerkschaftliche Organisierung verändert hat. Doch wie organisieren sich heute Prekarisierte? Wie gelingt es, Vereinzelung zu überwinden? Unser Blick muss vor allem dorthin gehen, wo durch Erwerbs- und Perspektivlosigkeit gesellschaftliche und politische Lethargie entstanden ist. »Die Zunahme der Wahlenthaltung hat einen Klassencharakter«, beschreibt Horst Kahrs die Situation (Kahrs 2012). Gerade jene, die einen verlässlichen Sozialstaat und öffentliche Daseinsfürsorge brauchen, machen von ihrem Wahlrecht unterdurchschnittlich Gebrauch. Im Ergebnis, so Kahrs, müssen wir eine »systematische Verdrängung« eines Teils der Menschen aus dem politischen Leben feststellen. Politik habe sich »von der alltäglichen Lebenswelt eines Teils der Wahlbevölkerung erheblich entfernt«. Es gelte, so Kahrs, Menschen nicht allein in Wahlkämpfen zu umwerben, sondern »eine Alltagsbeziehung mit ihnen auf(zu)bauen«. Dafür sei es auch notwendig, »wieder eine Vorstellung und ein Gefühl von der eigenen Macht und der Veränderbarkeit der Verhältnisse zu entwickeln«, bilanziert er zu Recht.

Die LINKE muss eine Alltagspartei werden. Sie muss Treffpunkt für Menschen sein, die für eine soziale, eine demokratische und gerechte Gesellschaft eintreten, die für einen demokratischen Sozialismus eintreten. Sie darf nicht nur Mitgliederversammlungen, Parteitage, Arbeitsgruppen und Stadtratssitzungen bieten, sondern muss eine linke Alltagskultur entwickeln und gemeinsam Kämpfe führen – auf der politischen Bühne wie im Alltag. »Schrebergarten und Christopher-Street-Day«, so schrieb jüngst *Der Spiegel* über uns. Ja, das ist die LINKE.

LITERATUR

Brie, Michael, 2006: Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion, in: ders. und Cornelia Hildebrandt (Hg.): *Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch*, Berlin, 100ff

Hausold, Dieter, 2000: Abschied, in: Dwars Jens-Fietje (Hg.): *Die Wahrheit des anderen. Texte von und über Dieter Strützel*, Erfurt, 7f

Kahrs, Horst, 2012: *Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012

PDS 2004: *Beschluss der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS: Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft!*, 30./31.10.2004, Berlin

Rehmann, Jan, 2013: Verbindende Partei oder zurück zum »Bewegungskrieg«?, in: *LuXxemburg, 1/2013*, 140ff

Zelik, Raul, 2012: Fast eine Liebeserklärung, in: *Neues Deutschland*, 16.6.2012

MEHR ALS NUR SYMBOLISCH

DIE LINKE ÜBT STREIKSOLIDARITÄT

FANNY ZEISE

Lohnabhängige und ihre Gewerkschaften sind enge Bündnispartner der LINKEN. Solidarisch kritisch tritt sie für Anliegen ein, die auch innerhalb von Gewerkschaften nicht so einfach zur Geltung kommen: etwa bei der frühen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.

Bei der letzten Bundestagswahl hat sich jedoch gezeigt, dass die Verankerung der LINKEN in den Gewerkschaften nachgelassen hat – zumindest bei den männlichen Gewerkschaftern. Es gilt also, GewerkschafterInnen wieder für die LINKE zu gewinnen und jene Kräfte zu stärken, die sich für eine Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse einsetzen, so Katja Kipping und Bernd Riexinger in ihrem Papier zur Parteientwicklung (2013). Dafür reicht es nicht, die Interessen der Beschäftigten im Parlament zu repräsentieren. Vielmehr muss sich die LINKE in konkrete (Arbeits-)Kämpfe einmischen, um ihren Nutzen für Beschäftigte und ihre Gewerkschaften zu erweisen.

Vor allem in Branchen, in denen überwiegend Frauen arbeiten und die lange als

»unorganisierbar« galten, gab es in den letzten Jahren einige Bewegung. Viele Beschäftigte wurden gewerkschaftlich aktiv, gingen Konfrontationen ein und erprobten originelle neue Streikformen. Ein Beispiel ist der Einzelhandel. In der dortigen Tarifrunde 2013 hat sich die LINKE mit ungewöhnlichen Aktionen eingebracht, die an einigen Orten deutlich über symbolische Solidarität hinausgingen. Aktive der LINKEN wirkten in der Auseinandersetzung mit und nahmen Einfluss auf die Strategie der Gewerkschaft, insbesondere in Berlin.

In den Begriffen gewerkschaftlicher Revitalisierungsforschung kann diese Unterstützungsarbeit als »Pionierbündnis« (Frege et al. 2003) bezeichnet werden. Zwar bestimmt die Gewerkschaft die Ziele, weil die Aktivitäten aber auf ein »fortschrittliches gesellschaftliches Interesse [...] gerichtet sind« (ebd. 550), erklären sich auch Externe mit ihnen solidarisch.

In Berlin ging die Initiative in der Tarif-auseinandersetzung aktiv zu werden von einer Gruppe von GewerkschafterInnen innerhalb der LINKEN aus – der *Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft* (AG B&G). Das Thema Einzelhandel bot sich an, weil es dabei auch um einen Kampf gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung ging. Der Tarifauseinandersetzung waren viele Angriffe der Unternehmen und ihrer Verbände vorangegangen, und die Deregulierung des Arbeitsmarkts hatte das Ausmaß prekärer Beschäftigung und die damit verbundene gewerkschaftliche Schwäche dramatisch erhöht. Vor diesem Hintergrund bestand die Einschätzung, dass ver.di angesichts ihrer relativen Defensive positiv auf das externe Unterstützungsangebot reagieren und diese Chance zum »Coalition Building« aufgreifen würde. Zudem war absehbar, dass der Konflikt lange andauern würde – auch dies schien geeignet, um Kontakte in die Einzelhandelsbranche aufzubauen und Strukturen der Unterstützung zu schaffen.

Ver.di konnte durch dieses Bündnis also auf ein Netzwerk von Aktiven zurückgreifen, das außerdem neue strategische Orientierungen und Aktionsformen beförderte. Eine Besonderheit des Berliner Beispiels ist allerdings, dass der externe Bündnispartner eine Partei – und keine soziale Bewegung – war und von ihr der Impuls zur Zusammenarbeit ausging.

FANNY ZEISE ist in der *Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft* der Partei DIE LINKE aktiv. Sie ist Referentin für Gewerkschaftspolitik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und organisiert dieses Jahr zum zweiten Mal die Streikkonferenz – in Kooperation mit ver.di Hannover/Leine-Weser.

UNTERSTÜTZUNGSARBEIT DER LINKEN

Der praktischen Solidaritätsarbeit war eine Selbstverständnisdebatte innerhalb der AG B&G vorausgegangen: Es bestand Einigkeit, dass die Gruppe über symbolische Solidarität hinausgehen und konkrete Unterstützung in aktuellen gewerkschaftlichen Konflikten leisten wollte. Auch gab es das Interesse, weitere Mitglieder der LINKEN einzubeziehen und innerhalb der Bezirke über anstehende gewerkschaftliche Auseinandersetzungen zu informieren. Mit Betriebsräten und Gewerkschaftsaktiven vor Ort wurden Solidaritätsaktionen verabredet und über die Rolle der LINKEN in den Auseinandersetzungen diskutiert.

Weil es an vielen Orten schwierig war, Kontakte zu Betriebsräten zu knüpfen, konzentrierte sich die LINKE zunächst auf Öffentlichkeitsarbeit. Über einen Verteiler für StreikunterstützerInnen wurden Parteimitglieder über anstehende Aktivitäten und Streikkundgebungen informiert. Einige Parteigliederungen machten Infostände in Einkaufsstraßen und verteilten Flyer an KundInnen, in denen sie über den Tarifkonflikt aufklärten – eine wichtige Aufgabe, weil die ver.di-Aktiven oft damit beschäftigt waren, Streikgeldanträge auszufüllen und mit der Belegschaft zu sprechen. Zudem hatten viele Hemmungen, KundInnen um Unterstützung ihrer eigenen Interessen zu bitten. In der heißen Phase des Wahlkampfs rief die LINKE in Berlin einen Aktionstag aus. Einige Bezirke beteiligten sich an einer Postkartenaktion, andere entwickelten auch aktivistischere Formen. In Neukölln wurde beispielsweise mit einem Straßentheater über den Tarifkonflikt informiert. StreikunterstützerInnen sorgten außerdem mit Seifenblasen, Infomaterial und Glitzerschminke vor den Filialen für Stimmung, während die Gewerkschaftsaktiven im Laden ihre KollegInnen über den Streik informierten. Wichtig war, dass Mitglieder der LINKEN nicht vereinzelt, sondern als Gruppe an den Kundgebungen teilnahmen, dadurch als Unterstützung wahrgenommen wurden und eigene Aktivitäten entwickeln konnten. Viele Beschäftigte nahmen diese praktische Unterstützung als deutlichen Unterschied zu anderen Parteien wahr.

AUSWIRKUNGEN AUF DIE STRATEGIE DER GEWERKSCHAFT

Im Laufe der Auseinandersetzung wurde der Austausch mit ver.di-Aktiven enger. In Diskussionen wurden auch die Schwierigkeiten und Widerstände im Fachbereich Einzelhandel offenbar, auf die die Streikaktiven stießen. Im Berliner Einzelhandel war seit Jahren nicht mehr gestreikt worden. Tarifkämpfe wurden in anderen Bundesländern, vornehmlich in Baden-Württemberg, entschieden. Auch der Organisationsgrad lag vor dem Arbeitskampf 2013 bei lediglich 10 Prozent. In der Tarifrunde 2013 wurde in Berlin zudem spät und eher spärlich zu Streiks aufgerufen. Der Fachbereich war von Betriebsräten der traditionell gut organisierten, sozialpartnerschaftlich orientierten großen Unternehmen und Warenhäuser dominiert. Viele von ihnen hielten an dieser mittlerweile aufgekündigten Tradition fest, versäumten den Aufbau eigener Gegenmacht und waren streikunwillig. Sie schienen »Repräsentationsdefizite mittels institutionenkonformen Verhaltens kompensieren zu wollen« (Dörre 2010, 891), was jedoch die Gefahr birgt, »Handlungsstrategien zu konservieren, denen die Geschäftsgrundlage längst abhanden gekommen ist« (ebd.).

Dieses institutionenkonforme Verhalten war in der Tarifauseinandersetzung 2013 in großen Teilen der Gewerkschaft trotz stark verbreiteter prekärer Beschäftigung, Mobbing gegen Betriebsräte und trotz des Einsatzes spezialisierter, gewerkschaftsfeindlicher Anwaltskanzleien zu beobachten. Aus der Defensive heraus versuchte der Fachbereich Einzelhandel an der einst existierenden Sozialpartnerschaft festzuhalten und verhandelte im Vorfeld des Tarifkonflikts eine einvernehmliche Grundreform des Manteltarifvertrags – mit weiteren Lohnkostensenkungen. Erst durch eine entschlossene Intervention kritischer GewerkschafterInnen aus wichtigen Landesbezirken wurde im Jahr 2012 die Kompromisssuche beendet



midia ninja/flickr

und ein konfliktorientierter Weg eingeschlagen. Die Einzelhandelsverbände kündigten im Januar 2013 die Manteltarifverträge und provozierten damit den Streik. Schon dessen Vorgeschichte offenbart also ein intensives Ringen um die richtige Strategie der Gewerkschaften.

Während die kooperationsorientierten Betriebsräte die Streikwilligen bei H&M, Thalia, Kaufland oder IKEA zunächst auszubremsen versuchten, suchten die Konfliktorientierteren nach neuen Streik- und Aktionsformen. In dieser Situation nahmen Letztere das Angebot der Zusammenarbeit mit externen UnterstützerInnen dankend an. Trotz anfänglicher Skepsis im Fachbereich setzten sie sich mit dem Vorschlag durch, StreikunterstützerInnen gezielt für einen »Blitz« bei H&M einzubinden: Dabei sollten in den 28 Berliner Filialen, von denen nur neun einen Betriebsrat haben und in denen der Organisationsgrad gering ist, Beschäftigte für ver.di und den Streik gewonnen werden. Zur Vorbereitung trafen sich über 100 Streikende und Externe bei ver.di zu einer Schulung. Gemeinsam wurde geübt, Beschäftigte anzusprechen. 17 Kleingruppen besuchten schließlich 21 Filialen, lenkten den Filialleiter ab und sprachen mit Kolleginnen und Kollegen. Durch die Mischung aus erfahrenen AktivistInnen und Beschäftigten mit einem guten Blick für die Situation bei H&M konnten alle voneinander lernen, und die Fähigkeiten ergänzten sich. Anschließend wurden die Gespräche gemeinsam ausgewertet. Das Feedback war überwiegend positiv, und Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit mit Externen konnten weitgehend ausgeräumt werden. Außerdem wurden einige Kontakte hergestellt, die Ausgangspunkte für gewerkschaftliche Organisierung und Betriebsratsgründungen in weiteren Filialen sein könnten. Der in dieser Größe bisher einmalige »Blitz« bei ver.di soll nun Vorbild für andere Bereiche werden.

NEUE STREIKSTRATEGIEN

In den Auseinandersetzungen um die Streikstrategie bemühten sich die konfliktorientierten Streikaktiven, andere zögerlichere Belegschaften mitzuziehen und neue Streikformen auszuprobieren. So führte die gut organisierte H&M-Filiale in der Friedrichstraße einen erfolgreichen »Rein-Raus-Streik« durch, um wirtschaftlichen Druck aufzubauen. Diese in der Streikhochburg Baden-Württemberg erfundene Streikstrategie besteht darin, die Arbeit in kurzen Intervallen niederzulegen und wieder aufzunehmen (vgl. Schmalstieg 2013). Auf diese Weise wird es für die Unternehmen schwieriger, Streikende durch flexible Kräfte zu ersetzen, um die Filiale offen zu halten bzw. es fallen doppelte Lohnkosten an. Da es jedoch eines hohen Maßes an Selbstbewusstsein und Vertrauen in die Sinnhaftigkeit des Streiks bedarf, um die Warteschlage an der Kasse und die zurückbleibenden KollegInnen alleine zu lassen, gilt diese Aktionsform als anspruchsvoll (vgl. Riexinger 2013).

Auch andere innovative Streikstrategien wurden ausprobiert: Im Kaufhof am Alexanderplatz führten Streikaktive zusammen mit UnterstützerInnen auf den Rolltreppen einen stillen Protestmarsch durch. Dabei luden sie den Betriebsrat – der seine KollegInnen nicht zur Teilnahme aufgerufen hatte – und die Belegschaft ein, mitzumachen. Abgesehen von einem Kaufhaus in der Streikhochburg Mannheim, wurde diese Streikform erst-

malig in einem Warenhaus ausprobiert. In einem Warenlager in Brandenburg wurde außerdem eine den sozialen Bewegungen entlehnte Aktionsform erprobt: Die Proteste der Streikenden kamen quasi einer Blockade an einer zentralen und verwundbaren Stelle in der Produktionskette gleich.

Im Laufe der Auseinandersetzung konnten die Streikaktiven stärkeren Einfluss auf die Strategie nehmen. Für das Votum der Tarifkommission, den Streik über Weihnachten hinaus fortzuführen, weil die Unternehmensverbände die Ost-West-Angleichung verweigerten, war der Einfluss der konfliktorientierten Belegschaften entscheidend. Die Unterstützungsarbeit spielte dabei eine wichtige Rolle. Jenseits von Ermutigung ermöglichte der Austausch mit Externen es den Streikenden, über ihre Aktivitäten zu reflektieren und Neues auszuprobieren.

DIE LINKE ALS TEIL GESELLSCHAFTLICHER AUSEINANDERSETZUNGEN

Voraussetzung für eine solche Unterstützungsarbeit aufseiten der LINKEN sind aktive Mitglieder. Da die Streikaktionen an Werktagen stattfanden und kurzfristig angekündigt wurden, war die Unterstützung überhaupt nur möglich, weil sich Erwerbslose, RentnerInnen und Studierende – nicht zuletzt aus dem Studierendenverband DIE LINKE.SDS – daran beteiligten. Durch die Vielseitigkeit der Aktionen, die von Infoständen, Besuchen der Streikenden mit Kaffee und Kuchen bis hin zu Flash-Mobs und Blockadeaktionen reichten, konnten Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Ideen und Aktivitätsgraden eingebunden werden. Der Aufbau von Kontakten ist zeitintensiv und bedarf eines hohen Maßes an Kontinuität. In den Bezirken sind verlässliche AnsprechpartnerInnen nötig, die Kontakt zu den Betriebsräten halten und die Aktionen im Bezirk bekannt machen. Es ist also wichtig, genau zu überlegen, welche Auseinandersetzung die LINKE angesichts ihrer begrenzten Ressourcen begleiten kann, um dennoch einen Unterschied zu machen. Die Arbeitsteilung zwischen der AG B&G – die dauerhaft Kontakte zu GewerkschafterInnen pflegt – und den Bezirken hat sich in dieser Hinsicht als erfolgreich erwiesen.

Eine umfassende Gewerkschaftsstrategie der LINKEN, die sich nicht auf die Repräsentation der Beschäftigteninteressen im Parlament beschränkt, sondern sich in gesellschaftliche Auseinandersetzung einbringt, kann auf die dargestellten Erfahrungen im Einzelhandel aufbauen. Nur wenn es der Partei gelingt, diese und ähnliche Erfahrungen zu verallgemeinern, kann sie linke Kräfte »verankern, verbreiten, verbinden« (Kipping/Riexinger 2013).

LITERATUR

Dörre, Klaus, 2010: Überbetriebliche Regulierung von Arbeitsbeziehungen, in: Böhle, Fritz u.a. (Hg.), *Handbuch Arbeitssoziologie*, Wiesbaden, 873–912

Frege, Carola, Edmund Heery und Lowell Turner, 2003: Bündnisse mit sozialen Bewegungen als Strategie zur gewerkschaftlichen Neubelebung, in: WSI Mitteilungen, H. 9, 549–554

Kipping, Katja und Bernd Riexinger, 2013: Verankern, verbreiten, verbinden. Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE, Berlin, www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden/

Riexinger, Bernd, 2013: *Demokratisierung von Streiks. Revitalisierung der Gewerkschaftsarbeit,* Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Broschur_Riexinger_zu_Demokratisierung.pdf

Schmalstieg, Catharina, 2013: *Partizipative Arbeitskämpfe, neue Streikformen, höhere Streikfähigkeit?*, Reihe RLS Analysen, Berlin, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Partizipative_Arbeitskaempfe.pdf

JENSEITS DER MEUTEREI IM TROCKENDOCK

FORTSETZUNG »DEBATTE ÖKOLOGISCHES GRUNDEINKOMMEN« LUXEMBURG 2/2013

HANS THIE

»Science says: Revolt.« Unter diesem Motto referiert Naomi Klein (2013) die Einsichten von KlimaforscherInnen. Warum Revolte? Weil eine Politik der kleinen Schritte zu spät kommt. Vor 20 Jahren hätte evolutionärer Wandel vielleicht noch genügt. »Heute, nach zwei Jahrzehnten der Täuschung und der Lügen, verlangt die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels eine revolutionäre Änderung der politischen und ökonomischen Hegemonie«, sagt der von Klein zitierte Kevin Anderson vom *Tyndall Centre for Climate Change Research*.

Noch sind es wenige. Aber dass überhaupt aus der Naturwissenschaft Stimmen zu vernehmen sind, die quasi zur Revolution aufrufen, ist bemerkenswert. Denn Aufrufe zum Handeln sind fast immer tabu. Wenn nun die ersten renommierten Köpfe Klartext sprechen, dann sollte das Rückenwind sein für Linke, die zu neuen, sauberen Ufern segeln wollen. Leider mangelt es hier an Seetüchtigkeit, und so bleibt es bei orientierungsloser Meuterei im industriekapitalistischen Trockendock.

FÜR WAS UND WEN?

Schon die erste Aufgabe macht uns nervös. Revolte *gegen* was und *gegen* wen? Grobe Skizzen schaffen wir noch. Gegen Gen-Technik, Fracking und Land Grabbing. Gegen Atom-Konzerne, Öl-Multis und Kohle-Barone. Gegen Rohstoff-Oligarchen und Agro-Business. Darüber hinaus wird's schwierig. Auch gegen die Auto-Industrie? Gegen die Elektronik-Marken, die ständig neue Produktgenerationen auf den Markt werfen? Am Ende auch gegen Bedürfnisstrukturen in uns selbst?

Noch viel schwieriger ist die anschließende Frage: Revolte *für* was und *für* wen? Oft ertönen salbungsvolle Worte: Ein gutes Leben für alle in den Grenzen der Natur. Im ungelenken Deutsch der Positionspapiere heißt es ähnlich inhaltsleer: ein Umbau, der gleichermaßen ökologisch, sozial und demokratisch ist. Und die Melodien des Postwachstums klingen wie sanft schwingende Popmusik im Shoppingcenter.

Gegen diese Dudelei glaubt manch traditionell konfigurierteR LinkeR einen zackigen Trommelwirbel aufführen zu können: *It's capitalism, stupid*. Zuerst die Kapitalfrage, dann die Naturfrage. In dieser Reihenfolge kommen – so die Überzeugung – die Öko-Probleme richtig zur Sprache und anschließend zur praktischen Behandlung. Aber diese Rettungsformel ist heute nur noch ein ritualisierter Glaube. Intellektuell sind viele AntikapitalistInnen hilflose Gesellen: ohne Ausweg aus dem Labyrinth verstaubter Kategorien.

Des Rätsels Lösung beginnt mit dem einfachen Satz: Kräftiges Rot geht heute nur noch in sattem Grün. Reiche Individualität in Freiheit und Gleichheit, dieser alte Leitgedanke kann nur noch inspirieren, wenn seine ökologische Rekonstruktion gelingt. Möglich ist das längst. Denn Kooperation zur Pflege der Allgemeingüter, Gleichheit als Norm zulässiger Naturnutzung und vorsorgende Planung von Stoffkreisläufen sind die notwendigen Prinzipien für die grüne Revolution. Und diese Prinzipien sind allesamt rote. »Rotes Grün« (Thie 2013) ist nicht nur möglich, sondern auch nötig.

UMVERTEILEN SOZIAL UND ÖKOLOGISCH – DAS ÖKOLOGISCHE GRUNDEINKOMMEN

Ein zentrales Element dieser doppelten Rot-Grün-Durchdringung ist die Freiheit von Angst. Von jener Angst, die Millionen Menschen an eine falsche Praxis fesselt: die Angst, den Job, Einkommen und berufliche Perspektive zu verlieren und sich von gewohnten Konsummustern verabschieden zu müssen. Folglich ist darüber nachzudenken, wie Zuversicht diese Angst vertreiben und den Veränderungswillen stärken kann. Hier gibt es nun einen aussichtsreichen Kandidaten: das ökologische Grundeinkommen (ÖGE). Alle Steuern und Abgaben, die auf unerwünschten Umweltverbrauch erhoben werden, fließen als Öko-Bonus an die Bevölkerung zurück. Vom Baby bis zum Greis, von der Obdachlosen bis zum Milliardär, alle erhalten die gleiche

HANS THIE ist gelernter Redakteur, studierter Soziologe und promovierter Volkswirt. Die Ökonomie sowohl theoretisch als auch praktisch zu ökologisieren, ist sein besonderes Anliegen. Er ist seit sieben Jahren Referent für Wirtschaftspolitik der Linksfraktion im Bundestag.

Pro-Kopf-Zahlung. Dieses Einkommen wäre zugleich sozial und ökologisch, weil unterm Strich die Reichen, die viel Umwelt verbrauchen und deshalb mehr an Steuern und Abgaben aufzubringen haben, an die Armen zahlen, die weniger konsumieren und entsprechend weniger belastet sind.

Ulrich Schachtschneider (2013, 60ff) nennt die Vorteile einer solchen Öko-Umverteilung, die im ursprünglichen PLAN B der Linksfraktion im Bundestag »Umwelt-Transaktions-Einkommen« hieß. Die bislang negative Verteilungswirkung nahezu aller den Konsum verteuernden, also geldvermittelten Umweltinstrumente (höhere relative Belastung der Armen, geringere der Reichen) wird aufgehoben und umgekehrt. Dabei bewahrt der Öko-Bonus – anders als gesetzliche Verbote und Gebote – die Freiheit der individuellen Wahl. Weil er bedingungslos zur Auszahlung kommt, lockert er den Zwang zur Lohnarbeit und den Drang zum Wachstum. Die Freiheit zum Weniger wäre größer, die Mäßigungsoption attraktiver.

Nicht zuletzt könnte ein ökologisches Grundeinkommen aus dem Dilemma herausführen, das gegenwärtig unlösbar erscheint. Der Verbrauch aller nicht regenerativen Energien, Rohstoffe und sonstiger Naturgüter sollte teurer werden – möglichst auf einem stetig ansteigenden Pfad. Das ist mit dem üblichen Einsatz von Steuern und Abgaben vielleicht diktatorisch, aber nicht demokratisch machbar. Arme Haushalte, selbst NormalverdienerInnen würden einen nicht verkraftbaren Entzug von Einkommen erleiden. Mit der umgekehrten Verteilungswirkung des ÖGE wäre die ökologisch gebotene Verteuerung erstmals eine soziale Strategie. Jet-Set, PS-Wahn und Konsumrausch der einen verwandeln sich in zusätzliches Einkommen für die Ärmeren und die Vernünftigeren.

MEHR ALS EIN ZUBROT?

Um von einem echten Grundeinkommen zu sprechen, bedürfte es allerdings eines erheblichen Volumens der Geldflüsse. Aktuell liegt in Deutschland das Gesamtaufkommen der Steuern, die auf fossile Energien erhoben werden, bei rund 50 Milliarden Euro. Sonstiger schädlicher Naturverbrauch unterliegt bisher kaum einer Belastung. Die Auszahlung dieser 50 Milliarden ergäbe rund 600 Euro pro Kopf und Jahr – ein schmaler Bonus, ein Zubrot, mehr nicht. Entsprechend müsste die Besteuerung mindestens um den Faktor 10, besser 20, steigen, um unterm Strich (als Saldo von Steuerzahlung und Bonusauszahlung) für Geringverdienende und Umweltbewusste einen halbwegs relevanten Betrag zu ergeben. Theoretisch ginge das, praktisch nicht. Denn die drastische Verteuerung schädlicher Energien und Stoffe würde den schnellen und erwünschten Strukturwandel einleiten, der dem Öko-Bonus seine schmutzige Basis raubt. Deshalb kann dieser Bonus, entgegen der Vermutung von Schachtschneider, niemals der Einstieg in ein ökologisches Grundeinkommen sein. Wertvoll wäre er dennoch – aber eben als starkes Instrument sozialer Ökologie, nicht als Hebel nennenswerter Einkommensbildung.

Mit diesem Einwand ist die ÖGE-Idee noch nicht gestorben. Sie wird leben, wenn sie sich jenseits der Umweltsondersteuern, die nur einen kleinen Teil des nötigen Finanzvolumens liefern können, auf die allgemeinen Steuern gründet, wie das alle Modelle eines

bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) in irgendeiner Weise tun. Diese Modelle zielen auf die reelle Füllung der formellen Freiheit. Der Mensch soll nicht nur freier Staatsbürger sein, sondern souveräner Weltbürger, der aufgrund eines garantierten Einkommens sein Leben selbst bestimmt. Diese Perspektive nicht nur rechtsförmiger, sondern auch zahlungsfähiger Freiheit ist attraktiv, weil sie Schluss macht mit Bedürftigkeitsprüfungen und Schikanen, weil sie es erlaubt, autoritäre Überwachungsbürokratien weitgehend abzuschaffen, weil ein kulturvolles Leben mit wenig Naturverbrauch zur echten Option wird.

Die Größe des BGE-Topfs wäre allerdings enorm, wenn das monatlich gezahlte Grundeinkommen tatsächlich freiheitsstiftend sein soll. Bei 1 000 Euro je Erwachsene und 300 pro Kind errechnet sich für Deutschland eine Summe von 850 Milliarden Euro. Selbst wenn im Gegenzug viele Sozialleistungen nicht mehr nötig wären, läge die Staatsquote insgesamt bei rund 75 Prozent. Die Masse der Einkommensströme wäre also zu sozialisieren und weitgehend zu egalisieren. Wie so viel Gleichheit in einem Umfeld zu legitimieren ist, in dem Kapital und Lohnarbeit die beiden dominanten Einkommensquellen sind, wie ein solches BGE-Modell mitten in einer privatkapitalistisch verfassten Wirtschaft dauerhaft und krisenfest funktionieren kann – das ist bislang die große Unbekannte. Dem starken Freiheitsziel mangelt es an einer ebenso starken Gleichheitsnorm.

Das könnte sich ändern. Um die ökologischen Grenzen zu wahren, sind zunehmend Schutzpflichten und Nutzungsrechte zu definieren, die Legitimation genießen und



midia ninja/ flickr

deshalb Anerkennung finden. Das wiederum geht nur, wenn Gleichheit zum normativen Fundament dieser Bemühungen wird. Vielleicht vereinen sich dann Freiheit und Gleichheit zum ÖGE. Wahrscheinlicher ist aber wohl, dass die von der Klimaforschung verlangte Revolte eine ganz andere Gestalt annehmen wird.

LITERATUR

DIE LINKE im Bundestag, 2012: *PLAN B. Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau*, Berlin

Klein, Naomi,2013: How science is telling us all to revolt, in: *New Statesman Online*, 29.10.2013, www.newstatesman.com/2013/10/science-says-revolt

Schachtschneider, Ulrich, 2013: *Ökologisches Grundeinkommen*, in: *Luxemburg* 2/2013, 60ff

Thie, Hans, 2013: *Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft*, Hamburg

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen – WBGU, 2011: *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin

INTERVIEW

»WIR SIND DER ZEMENT DER BARRIKADEN«

SIRRI SÜREYYA ÖNDER
DEMOKRATISCHE PARTEI DER VÖLKER (HDP)

Sırrı, du hast bei den Kommunalwahlen für die kürzlich gegründete Demokratische Partei der Völker (HDP) kandidiert, die aus dem Demokratischen Kongress der Völker (HDK) hervorgegangen ist. Schon wieder eine neue linke Partei?

Die Geschichte der Linken in der Türkei ist auch eine Geschichte gescheiterter Bündnisse. Es gab Hunderte von Spaltungen, oft unabhängig von realen Konflikten. Diese wurden außerdem verstärkt – Agent Provocateurs spielten dabei eine große Rolle. Nachdem der Militärputsch von 1980 wie eine Walze über uns hinweggerollt war, begriffen wir endlich, dass die Zersplitterung uns teuer zu stehen kommt.

Was hat sich geändert?

Vor den Parlamentswahlen 2011 wurde mit dem *Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Freiheit* ein neuer Versuch unternommen, erstmals erfolgreich. Zuvor haben wir immer versucht, die Bündnisse zu vereinheitlichen. Diesmal sagten wir, behaltet eure eigenen Strukturen und entwickelt sie weiter. Der erste Schritt einer gemeinsamen Praxis war es, sich um ein Wahlmanifest zu versammeln, der zweite, neuen Frauenorganisierungen Raum zu geben. Das hat einen qualitativen Unterschied gemacht.

Hier meinst du nicht die kurdische Frauenbewegung?

Nein, ich meine Frauenorganisierungen allgemein. Die Linken in der Türkei sind doch völlig vernagelt, was Frauen betrifft. Alle Aufklärung in diesem Punkt verdanken wir der kurdischen Bewegung, selbst die Geschlechterparität in der Führungsspitze von HDK und HDP. Sowas gab es in keiner sozialistischen Gruppe der Türkei. Die starke Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der kurdischen Bewegung hat trotz aller Versäumnisse Früchte getragen.

Du hast insgesamt versucht, ausgegrenzte Gruppen einzubinden.

Ich bin zwar nicht Kurde, aber in Kurdistan geboren, und ich habe die Bewegung aus der Nähe verfolgt. Mit ihren Kadern habe ich im Gefängnis gesessen, war Zeuge der Gründung der PKK. Mir wurde damals klar: Wenn wir nicht mit den VertreterInnen unterschiedlicher Glaubensrichtungen, den Frauen und oppositionellen Gruppen wie bspw. den LGBT kooperieren, werden wir nichts Neues zu sagen haben.

SIRRI SÜREYYA ÖNDER wurde nach dem Militärputsch 1980 verhaftet und verbrachte sieben Jahre im Gefängnis. Zuvor Schauspieler, Regisseur und Kolumnist, kandidierte er bei den Parlamentswahlen 2011 als Unabhängiger und schloss sich der linkskurdischen BDP-Fraktion an. Bei den Kommunalwahlen im März 2014 kandidierte er zusammen mit der alevitischen Sängerin Pınar Aydınlar für das Oberbürgermeisteramt in Istanbul. Die Demokratische Partei der Völker (HDP) und die BDP bildeten eine Wahlunion für den Westen und Osten der Türkei. Önder wurde zur türkeiweit bekannten Figur, als er sich als erster Abgeordneter den Baggern am Gezi-Park in den Weg stellte. Hier spricht er über Religion als Politikum, vernagelte Männer und Strategien der HDP in der Türkei.

Aber lässt sich diese Einsicht für den HDK und die HDP verallgemeinern?

Die kurdische Bewegung stand der LGBT-Community zunächst distanziert gegenüber. Auch ich musste mich hier weiterentwickeln. Ich sage ja, vernagelt! Aber wir haben gelernt. Wir wollten, dass aus dem Wahlblock ein strategisches Bündnis wird, und gründeten den HDK, der auf lokalen Rätestrukturen beruht. Die HDP ist nun dessen parteigewordene Form. Wir versuchen, die Impulse der KurdInnen für den Westen der Türkei zu übersetzen – ein Experiment. Wir unternehmen es, ohne uns etwaiger Fehler zu schämen.

In der Linken wurden Klasse und Identität oft gegeneinander diskutiert – ist das überwunden?

Die Gezi-Proteste haben dieses Denken zuletzt erschüttert. Alle waren im Gezi-Park dabei, auch Leute, die mit politischer Organisierung nichts am Hut haben. Aber als die Proteste von UmweltaktivistInnen angestoßen wurden, hieß es vonseiten einiger Linker: »Kommt uns bloß nicht mit Vögeln und Insekten!« Mittlerweile haben die meisten aber verstanden, dass Identitäts- und ökologische Fragen nicht der Klassenanalyse geopfert werden können. Und uns ist es gelungen zu zeigen, was wirkliche Opposition ist, nicht nur gegenüber der AKP, auch gegenüber der sozialdemokratisch-kemalistischen *Republikanischen Volkspartei* (CHP). Die hat sich hinter ihrem laizistischen Panzer verschanzt und einen extrem verengten Blick auf Politik.

Viele sehen die CHP immer noch mit Hoffnung, zahlreiche Jugendliche organisieren sich dort.

Wie kann so eine Partei noch als links gelten? Die heutige neoliberale Politik hat Erdoğan doch von den Sozialdemokraten. Die CHP organisiert die vorhandene Unzufriedenheit und Angst. Junge Leute schließen sich ihr an, weil sie stark aussieht.

Gerade in anatolischen Kleinstädten sind Andersdenkende aber oft großem Druck ausgesetzt und aufeinander angewiesen. Bündnisse müssen dort breiter sein als in Istanbul.

Als HDP haben wir noch nicht die Stärke, um von all jenen gesehen zu werden, deren Partei wir sein wollen. In vielen Kleinstädten sind wir nicht präsent. Im Kontext von Gezi haben wir aber an Sichtbarkeit gewonnen, das hat sich auch in Stimmen niedergeschlagen. Wir wollen ein Ort sein, wo sowohl Jungs mit Ohrringen als auch zum Beispiel AlevitInnen ohne Angst hinkommen können. Viele AlevitInnen haben übrigens eine tief sitzende Angst vor den Şaafi-KurdInnen, nicht grundlos. Zur Zeit der Republiksgründung haben ihre Vorfahren durch



midia ninja/
flickr

sie furchtbare Gewalt erfahren. Das zu überwinden und sie für uns zu gewinnen, ist nicht einfach, braucht Zeit.

Es gibt eine abstrakte, letztlich eine gegen Kurden gerichtete Ablehnung von Militanz. Viele Leute scheuen deshalb den Kontakt mit der BDP, eurer kurdischen Schwesterpartei. Was tun?
Diese Wahrnehmung müssen wir verändern. Wir sagen: »Uns müsst ihr mit den KurdInnen zusammen mögen. Die BDP ist unser wichtigster Bestandteil. Auf unseren Veranstaltungen werden auch Transparente von Öcalan gezeigt. So sind wir. Und trotzdem müsst ihr kommen.« Das ist schwierig, aber richtig.

Ein berühmtes Foto der Gezi-Proteste zeigt zwei Jugendliche Hand in Hand vor den Wasserwerfern wegrennen – einer mit der Atatürk-, einer mit BDP-Flagge.
Die Zahl der an den Protesten Beteiligten liegt bei nahe vier Millionen – ohne diejenigen mitzurechnen, die auf Töpfe geschlagen haben. Sie haben Verwundete in ihren Häusern versorgt, Menschen sterben sehen, Polizeigewalt erlebt, und sie stehen an der Schwelle zur Selbstaufklärung: Als die Türkei brannte, sahen sie im Fernsehen eine Doku über Pinguine! Das hat ihr Denken verändert. Oft war zu hören: »Die Kurden sagen offenbar die Wahrheit.« Praxis ist ein wichtiges transformatorisches Element.

Gezi hat dem Anliegen des HDK genützt, auf die Verhältnisse im kurdischen Landesteil hinzuweisen. Gleichzeitig sagst du: »Wir sind der Zement der Barrikaden«. Wer hat wem geholfen?
Nun, die Gruppen des HDK waren im Gezi-Park, aber nicht der HDK als politischer Akteur. Als ich dort war, schickte ich eine Nachricht an den HDK, sie sollen mit den Plena aufhören und herkommen. Kein Mensch kam. Aber im Unterschied zur CHP hat diese Eselei des HDK nur zwei Tage gedauert.

Um bei den Möglichkeiten der Bündnisbildung zu bleiben: Es hat eine Öffnung der kurdischen Bewegung fürs Religiöse gegeben.
Die Türkei ist eine gläubige Gesellschaft – ob sunnitisch oder alevitisch. Wir haben die Menschen mit ihrem Glauben den Rechten überlassen. Die haben immer die religiöse Karte gespielt und sind damit an die Macht gekommen. Und wir? Wir haben das Religiöse nicht nur als das ›Andere‹ abgestempelt, wir

haben uns auch geweigert, es zu verstehen. Ein türkischer Linker hat alle linken westlichen Quellen gelesen, aber wenn der Islam Thema ist, wird sein Repertoire eng.

Kannst du das ein wenig vertiefen?

Die frühe kurdische Bewegung hatte den Religiösen wenig zu bieten, jetzt haben sie ihnen einen Raum zur Organisierung geöffnet. Aber unter Betonung demokratischer, eigentlich säkularer Werte. Gleichzeitig wird die Organisierung der Frauen vorangetrieben. Es ist fast unmöglich, einen streng Religiösen davon zu überzeugen, da mitzuziehen.

Warum?

Die kurdischen Regionen sind vorwiegend vom Şaafi-Glauben geprägt, in Bezug auf Frauen die konservativste Richtung. In einer so feudalen, männlich geprägten Gesellschaft ist eine weibliche Vorsitzende wie bei uns undenkbar! Das haben die PKK, die kurdischen Männer oder die Linken den Frauen nicht geschenkt. Sie haben es sich erkämpft, mit Zähnen und Klauen.

Was heißt das für eine religiöse Öffnung?

Die Frauenfrage und die religiöse Frage können nicht getrennt werden. Religion ist männerdominiert, immer und überall. Nur indem wir beides zusammenhalten, wird der politische Gegner ausmanövriert.

Ein bedeutender Mobilisierungsschritt waren die zivilen Freitagsgebete…

Ja, das begann 2007. Religion ist gleich Ritual. Und der Koran ist nicht offen für Reformen. Alles, sogar mit welchem Fuß du die Toilette betrittst, wie du Handel treibst, wie du mit deinem Partner schläfst, alles ist dort oder in den Hadithen, der Erzählung über das Leben Mohammeds, geregelt. Und nun stell' dir vor: Da geht eine Gemeinde in eine Moschee mit ihrem vom Staat eingesetzten Imam. Und du gehst hin und sagst gleich neben der Moschee, auf dem zentralen Platz der Stadt: »So, wir machen jetzt unser eigenes Gebet.« Das ist offener Ungehorsam. Und Frauen, die spielen beim Freitagsgebet eigentlich gar keine Rolle – aber sie sagten: »Wir kommen auch.« Die Orthodoxen wurden fast verrückt.

Kürzlich kritisierte der BDP-Abgeordnete Altan Tan, die HDP kaprizieré sich zu sehr auf die Linken. Um die Bewegung zu verbreitern, müsse sie eher fromme Kreise ansprechen.

Die HDP hat sich den Lesben und Schwulen zugewandt. An einigen Orten gab es offen schwul-lesbische KandidatInnen. Zwar würde er niemals deren Diskriminierung befürworten, aber so hatte Altan wohl den Eindruck, dass wir diese sexuelle Orientierung gezielt fördern wollen. Und das hält er für Sünde. Solche Bruchpunkte gibt es und wird es geben.

Die Fragen stellten Mahir Kaplan, Anne Steckner und Corinna Eleonore Trogisch. Aus dem Türkischen von Corinna Eleonore Trogisch.

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE
Eine ausführliche Version des Interviews erscheint demnächst in der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Studie *Völkerzärtlichkeit in der Türkei?* von Corinna Eleonore Trogisch.

FRUITS OF ORGANIZING

EINE STRATEGIE GEWERKSCHAFTLICHER ERNEUERUNG?

PAULINE BADER

Die britischen Gewerkschaften leiden seit Jahrzehnten an Mitgliederschwund und abnehmender Organisierung. Arbeitsverhältnisse sind so durchdringend prekarisiert, dass sich kaum noch jemand traut, für bessere Arbeitsbedingungen oder höhere Löhne aufzustehen. Um hier neue Wege zu gehen, wird – wie in vielen anderen Ländern (vgl. u.a. *LuXemburg* 4/2011) – über veränderte gewerkschaftliche Strategien diskutiert. Gibt es Möglichkeiten, die *working class* nicht mehr nur am Arbeitsplatz, sondern in ihrem Lebensumfeld zu erreichen?

Nachdem *Citizens UK*, eine Koalition aus überwiegend religiösen Community-Organisationen, mit Methoden des *Community Organizings* in London einen politischen Mindestlohn durchsetzen konnte, wurde dieser Ansatz auch in der britischen Gewerkschaftsbewegung populärer. Große Arbeitgeber wie etwa die Universitäten konnten seit Beginn der Kampagne 2001 gezwungen werden, einen »London Living Wage« zu zahlen. Dieser liegt mit 8,80 Pfund über

dem nationalen gesetzlichen Mindestlohns von 6,31 Pfund (7,60 Euro) und berücksichtigt die erhöhten Lebenshaltungskosten in der Stadt.[1]

Bereits im Jahr 2003 organisierte der Trade Union Congress (TUC) eine Konferenz mit dem Titel »Community Unionism«. Viele Diskussionsrunden und einige Pilotprojekte später brachte *Unite the Union* im Jahr 2011 das bisher umfangreichste Programm dieser Art heraus: das *Unite Community Membership Scheme*. Inzwischen sind landesweit zehn Organizer damit betraut, Unite-Community-Strukturen aufzubauen. Zur ihrer Zielgruppe gehören erwerbslose und ehrenamtlich tätige Menschen, RentnerInnen, Studierende, pflegende Angehörige und Menschen, die aufgrund von Behinderung oder Krankheit erwerbsunfähig sind.

Das Programm der mit 1,42 Millionen Mitgliedern größten britischen Gewerkschaft verfolgt ambitionierte Ziele. Aktive Mitglieder sollen gewonnen werden: Rentner_innen, Studierende und Erwerbslose sollen nicht nur das Beitrittsformular ausfüllen, sondern mit anderen Unite-Community-Mitgliedern vor Ort gemeinsam politisch aktiv werden. Es geht um *empowerment* und *movement building*: Die NutzerInnen öffentlicher Dienstleistungen und damit diejenigen, die am stärksten von der Austeritätspolitik betroffen sind, erhalten die Möglichkeit, Proteste und Kampagnen dagegen selbst zu organisieren. Es geht um Bündnisbildung: Die Sozialproteste sollen stärker mit den gewerkschaftlichen Aktivitäten in der Krise, insbesondere mit denen der organisierten Beschäftigten im öffentlichen Dienst, koordiniert werden. Außerdem soll die Organisierung in einer Gewerkschaft attraktiver gemacht werden für Erwerbslose, People of Colour, Frauen und junge Menschen. Klar ist, dass es dafür neuer Formen der Organisierung bedarf. In einem Land, das seit zwei Jahrzehnten in einer Krise der politischen Repräsentation steckt, versucht Unite, Legitimität zurückzugewinnen und ihre soziale Verankerung in Arbeitervierteln zu stärken.

SCHWIERIGE BEDINGUNGEN: STRUKTURWANDEL UND RESTRIKTIVE GESETZGEBUNG

Mit solchen Konzepten suchen die Gewerkschaften nach Antworten auf den ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandel. Ihre Wurzeln liegen in den vergleichsweise homogenen Arbeitervierteln, die um die Docks, die Zechen und großen Industrieanlagen entstanden waren. Ein Großteil dieser Arbeitsplätze ist seit den 1980er Jahren verlorengegangen. Die ehemealigen Hafen- und Industriearbeiter sind heute großteils im privaten Dienstleistungssektor und das unter prekären Bedingungen beschäftigt. Null-Stunden-Verträge gelten bei den Unternehmen als der neuste Schrei.[2]

Zwischen 1980 und 2012 verloren die Gewerkschaften rund die Hälfte ihrer Mitglieder (Moylan 2012). Neben dem veränderten makroökonomischen Kontext und der veränderten Zusammensetzung der

PAULINE BADER hat in Berlin Politologie studiert und interessiert sich für ArbeiterInnenbewegung und Gewerkschaften. Derzeit lebt sie in London, arbeitet in einem gewerkschaftlichen Stadtteilzentrum mit und promoviert zum Thema *Unite Community Membership Scheme*.

lohnabhängigen Bevölkerung wird stets die gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung als zentrale Ursache für den Niedergang der Gewerkschaften genannt. Von der konservativen Regierung in den 1980er Jahren Schritt für Schritt verabschiedet, sind die Restriktionen bis heute größtenteils in Kraft ist. Dazu gehört die Einschränkung des Streikrechts: Seit 1980 etwa dürfen ArbeiterInnen nur noch an Streikposten vor dem eigenen Betrieb teilnehmen.

Die Labour-Regierung nahm die Gesetze zur Beschneidung kollektiver Rechte keinesfalls zurück und förderte die Aktivität privater Unternehmen im öffentlichen Sektor, was den Druck in Richtung einer Kommodifizierung sozialer Dienstleistungen erhöhte. Der öffentliche Sektor in Großbritannien ist, wie in so vielen Ländern Europas, der Bereich mit der höchsten Organisationsdichte. Aus diesem Grund sind die massiven Kürzungen im öffentlichen Dienst auch so bedrohlich für die Gewerkschaften.

WIE GEHT ES WEITER? GEWERKSCHAFTLICHE SUCHBEWEGUNGEN

Die zahlreichen Gewerkschaftsfusionen der letzten Jahrzehnte haben neben einer Zentralisierung von Entscheidungsmacht über finanzielle Ressourcen und Streikaktivitäten ein immer komplexeres System innergewerkschaftlicher Interessenrepräsentation geschaffen. Diese Strukturen führen jedoch nicht dazu, dass gerade die marginalisierten und vielfach diskriminierten sozialen Gruppen – Frauen, junge Menschen und MigrantInnen – erfolgreich angesprochen und für gewerkschaftspolitisches Engagement gewonnen werden konnten. Auch die seit Anfang der 1990er verstärkt eingesetzten betriebsbezogenen Organizing-Kampagnen nach US-amerikanischen Vorbild konnten zwar den Mitgliederverlust einiger Gewerkschaften stoppen (vgl. Herry u.a. 2003), ob von ihnen allerdings nachhaltige Impulse für eine gewerkschaftliche Revitalisierung ausgingen, ist umstritten (vgl. Holgate/Simms 2010). Community Organizing stellt somit den jüngsten, organisationspolitisch weitreichenden Anlauf der britischen Gewerkschaften dar.

EINE ERSTE BILANZ

Nach rund zwei Jahren hat das Unite-Community-Programm gut 6700 Mitglieder, rund 70 Aktivengruppen und fünf *Community Support Centres*. Der Großteil der aktiven Mitglieder sind im Ruhestand, waren aber früher schon gewerkschaftlich aktiv. Es gibt jedoch auch Gegenbeispiele. Für einen monatlichen Beitrag von umgerechnet 2,50 Euro erhalten die Mitglieder Zugang zu einer Reihe von auf prekäre Lebenslagen abgestimmte Beratungs- und Serviceleistungen. In den Nachbarschaftszentren werden teils kostenfreie Englisch- und IT-Kurse angeboten. In einer Situation, in der die öffentliche Daseinsfürsorge immer stärker abgebaut und der Zugang zu Sozialberatung, Rechtshilfe oder kostenfreier Erwachsenenbildung immer weiter eingeschränkt wird, übernimmt Unite Community zum Teil vormals staatliche Aufgaben.

Im Mittelpunkt des Programms stehen jedoch die Kampagnenaktivitäten der lokalen Gruppen, die organisatorisch und finanziell unterstützt werden. Viele Community-Miglieder haben an Fortbildungen zu Themen

wie Gleichstellung und Vielfalt in der Community, Nutzung von Sozialen Medien oder Rhetorik teilgenommen. Arbeitsschwerpunkte des Jahres 2013 waren in den meisten Gruppen die Entwicklung lokaler Aktivitäten im Rahmen der nationalen Kampagnen »Stop the Bedroom Tax« und »Save our National Health System«.[3] Es wurden jedoch auch eigene Akzente gesetzt. In Bristol beispielsweise engagierte sich eine Gruppe muslimischer Frauen aus der somalischen Community erfolgreich für einen Frauentag im lokalen Schwimmbad. Viele Gruppen sind aktiv gegen die Schließung von Bibliotheken oder anderen öffentlichen Einrichtungen. Lokal waren auch die Organisation von antifaschistischen Protesten, Aktionen gegen die repressiven Praktiken von Jobcentern, Zwangsräumungen, Wohnungsnot oder die Einstellung einer Buslinie im ländlichen Raum Thema.

Ein weiterer Baustein ist der Aufbau eines ehrenamtlichen Beratungsnetzwerkes, das bei der Beantragung staatlicher Transferleistungen unterstützt. Es richtet sich in erster Linie, aber nicht ausschließlich, an Unite-Community-Mitglieder. Ein wichtiges Anliegen besteht außerdem darin, solidarische Praxen mit den regulären Gliederungen der Gewerkschaft zu etablieren. Diese unterstützen in einigen Regionen die lokalen Unite-Community-Strukturen finanziell. Unite Community beteiligt sich im Gegenzug an Arbeitskämpfen oder an betriebsbezogenen Protestkundgebungen.

Das Beispiel Unite Community zeigt, dass es sich beim Community Organizing um einen explorativen Ansatz gewerkschaftlicher Erneuerung handelt. Es ist ein offener Prozess, der viel Flexibilität, Kreativität und Fingerspitzengefühl verlangt. Welcher Angebote vonseiten der Gewerkschaft und welche konkreten Organisations- und Politikformen bedarf es, um Menschen in prekären Lebensverhältnissen für politisches Engagement zu gewinnen oder es ihnen zu ermöglichen? Die regionalen Organizer verfügen über ein hohes Maß an Eigenständigkeit und probieren vieles aus. Auch bemühen sie sich um einen intensiven Erfahrungsaustausch innerhalb des hauptamtlichen Teams.

EIN BEISPIEL FÜR TRANSFORMATIVE ORGANIZING?

Wie weitreichend sind die Veränderungen, die im Rahmen von Unite Community erreicht werden? Wo befindet sich dieses Projekt im ewigen Spannungsverhältnis von sozialer und politischer Arbeit, also bloßer ›Linderung‹ und der Arbeit an einer Transformation der Gesellschaft?

Vieles, was bei Unite Community geleistet wird, ist darauf gerichtet, die unmittelbaren Lebensbedingungen von erwerbslosen Menschen zu verbessern. Der karitative Charakter tritt dort am stärksten hervor, wo Unite-Community-Gruppen mit lokalen Tafeln zusammenarbeiten. In der Weihnachtszeit rief Unite Community sogar die Mitglieder auf, den Tafeln zu spenden.

Unite Community bietet praktische Unterstützungsleistung, die stark an soziale Arbeit erinnert. Diese Angebote sind jedoch auch ein Mittel, um mit Menschen aus der Nachbarschaft in Kontakt zu kommen und einen Eindruck davon zu vermitteln, wofür Unite Community steht und was eine Gewerkschaft ist. So leistet das ehrenamtliche Unterstützungs- und Beratungsnetzwerk Einzelfallarbeit,



midia ninja/ flickr

aber nicht nur. Es ist eine Peer-to-Peer-Beratung und sie ist politisch motiviert.

Auch soziale Events wie gemeinsames Frühstück oder eine Schwimmgruppe für Frauen ermöglichen eine informelle Kontaktaufnahme mit der lokalen Gewerkschaft. Gleiches gilt für die vielen Bildungsbausteine. Wie gut es gelingt, Menschen über diese Angebote zu politisieren, ihr Selbstbewusstsein zu stärken, soziale Beziehungen aufzubauen und sie als aktive Mitgliedern ihrer Community und der Gewerkschaft zu gewinnen, muss sich über die Zeit erweisen.

Bestimmte Aktivitäten von Unite Community gehen jedoch klar über soziale Arbeit hinaus: Unite Community ist ein Sammelbecken für Leute, die sich auf unterschiedliche Weise in ihrem Alltag widerständig verhalten. Es findet real so etwas statt wie *movement building*, auch wenn es ein langwieriger Prozess ist. Die Praxis der zeitintensiven Einzelgespräche und des Aufbaus sozialer Beziehungen trägt Früchte.

Es gelingt den hauptamtlichen Organizern, Kampaigner und Organizer auszubilden oder AktivistInnen zu unterstützen in dem, was sie eh schon seit Jahren tun. Durch praktische Unterstützungs- und politische Kampagnenarbeit wird ein wertvoller Erfahrungsschatz gebildet, den die Mitglieder auch in die Betriebe mitnehmen, wenn sie wieder einen Job finden. Oftmals sind es die aktivsten Mitglieder, die am schnellsten wieder einen Job finden, was für Unite Community ein Problem der Kontinuität darstellt.

Ein Keim für gesellschaftliche Veränderungen steckt auch in dem Ansatz, Sozialproteste und die Aktivitäten organisierter Beschäftigter praktisch zu verknüpfen und neue Formen der Solidarität zu entwickeln. Bisher orientiert Unite Comunity auf das Verhältnis von erwerbslosen und erwerbstätigen Mitgliedern, potenziell könnte aber auch Solidarität im Alltag, etwa in Situationen von rassistischer und sexistischer Diskriminierung, hinzukommen, oder Solidarität in der Nachbarschaft im Falle einer Zwangsräumung.

Im Mai 2013 organisierte Unite Community einen internationalen Workshop zu Kampagnen gegen Zwangsräumungen. Kontinuierliche Aktivitäten haben sich hier noch kaum entwickelt. Vieles hängt davon ab, welche Menschen lokal aktiv werden und welche Ziele sie mit ihrem Engagement verfolgen. Vielen geht es primär darum, wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften zu verteidigen. Anderen liegt eine umfassende herrschaftskri-

tische Praxis am Herzen, und ihr Aktivismus lässt dies auch erkennen.

Unite Community ist ein schillerndes Projekt und alles andere als widerspruchsfrei. Insbesondere der Link zwischen Unite und der Labour-Partei fällt hier ins Auge. Auch unter David Miliband distanziert sich Labour nicht grundsätzlich von der Austeritätspolitik der Regierung. Unite Community ist jedoch insofern Hauptfinanzier der Partei, als Gewerkschaftsmitglieder lange Zeit automatisch Parteimitglieder wurden, und die Gewerkschaft in ihrem Namen abstimmte. Erst vor Kurzem fiel der Beschluss, dies den Mitgliedern künftig zur Wahl zu stellen.

Unite Community leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Sozialproteste gegen die Austeritätspolitik und es ist ein spannendes Labor gewerkschaftlicher Erneuerung, in dem es längst nicht nur um Abwehrkämpfe geht. Offen ist allerdings, welche Impulse in Richtung Gesamtgewerkschaft gesetzt werden können. Inwiefern dort verstanden wird, was Community Organizing überhaupt ist. Bisher ist Unite Community eine Gewerkschaft in der Gewerkschaft. Vieles, unter anderem die Anschlussfinanzierung des Projekts hängt davon ob, ob eine bessere Vermittlung des Erreichten stattfinden wird und wie grundlegend sich der Blick auf Erwerbslose verändert. Erweitert sich das Verständnis der Gewerkschaft als Organisation, sodass diese in Zukunft nicht nur Menschen in Lohnarbeit, sondern die *working class* in ihrer gesamten Breite organisiert und real repräsentiert? Sicher ist, dass es einer Ausweitung solidarischer Praxen und der Kooperationen zwischen lokalen *industrial branches* und *community branches* bedarf, damit der Community-Flügel nicht weiter eine Gewerkschaft in der Gewerkschaft bleibt. Ob und wie die eher winzigen Community-Gruppen die Politik von Unite Community beeinflussen können, wird sich unter anderem auf der *Policy Conference* zeigen, die diesen Juni wieder ansteht – insbesondere falls es dort zu Konflikten um kritische Punkte wie Positionen der Gewerkschaft zu Fracking kommen sollte.

LITERATUR

Heery, Edmund, John Kelly und Jeremy Waddington, 2013: Union Revitalization in Britain, in: *European Journal of Industrial Relations* 9 (1), 79–97

Holgate, Jane, 2013: *Community Organising in the UK: A »New« Approach for Trade Unions?*, http://lubswww.leeds.ac.uk/fileadmin/webfiles/ceric/Documents/EDI_paper_Holgate.pdf), 1.03.2014

Holgate, Jane und Melanie Simms, 2010: Organising for What? Where Is the Debate on the Politics of Organising?, in, *Work, Employment & Society* 24 (1), 157–168

Holgate, Jane und Jane Wills, 2007: Organizing Labour in London: Lessons from the Living Wage Campaign, in: Turner, Lowell und Daniel B. Corfield (Hg.): *Labor in the New Urban Battlegrounds: Local Solidarity in a Global Economy*, Ithaca/New York

Moylan, John, 2012: *Union Members Halved Since 1980*, www.bbc.co.uk/news/business-19521535

---

1 Mehr Informationen über die Living-Wage-Kampagne unter: www.livingwage.org.uk. Vgl. hierzu auch Holgate, Wills 2007.

2 Sie ermöglichen es einem Unternehmen, Arbeitskräfte anzustellen, ohne diesen eine bestimmte Anzahl an Arbeitsstunden zu garantieren. Während vereinbarter Arbeitszeiten müssen sich die Beschäftigten dennoch zur Verfügung halten. Und sie gelten als erwerbstätig.

3 Erstere richtet sich gegen Zwangsumzüge von TransferleisungsempfängerInnen, die – nach Einschätzung der Behörden – in zu großen Wohnung leben und für ein zusätzliches Zimmer eine Kürzung ihrer Bezüge in Kauf nehmen müssten. Die zweite Kampagne richtet sich gegen die Teilprivatisierung des Gesundheitssystems.

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE
Dokumentation: Die Gewerkschaftsbasis erweitern. Die kanadische Gewerkschaft UNIFOR öffnet sich für eine neue Klientel

2013: DAS JAHR DER GROSSEN UMVERTEILUNG

ROBERT B. REICH

Man kann heute einem amerikanischen Politiker nichts Schlimmeres nachsagen, als ein »Redistributionist« zu sein. Und doch steht das Jahr 2013 für eine der größten Umverteilungen in der neueren Geschichte der Vereinigten Staaten. Es war eine Umverteilung von unten nach oben, von den arbeitenden Menschen hin zu denen, die Amerika besitzen.

Die Aktienkurse befanden sich Ende 2013 auf einem Allzeithoch – was den Anlegern den höchsten Jahresgewinn seit fast zwei Jahrzehnten bescherte. Die meisten Amerikaner hatten allerdings nichts davon, weil sie keine Rücklagen bilden konnten, um ihr Geld anzulegen. Mehr als zwei Drittel der US-BürgerInnen hangeln sich von Zahltag zu Zahltag.

Auch wenn man den Wert der Pensionskonten hinzunimmt, befindet sich der Großteil der Kapitalanteile im Besitz der Superreichen. Das eine Prozent der reichsten Amerikaner verfügt über 35 Prozent des Werts aller in US-Besitz befindlichen Anteile. Die reichsten 10 Prozent halten mehr als 80 Prozent. In der Hausse[1] von 2013 knacken also Amerikas Reiche den Jackpot.

Was hat das mit Umverteilung zu tun? Man könnte einwenden, der Aktienmarkt sei eben ein großes Kasino. Da es größtenteils den Reichen gehört, bedeutet ein Anziehen der Kurse nur einen Vermögenstransfer von den einen (die ihre Anteile zu früh verkauft haben) zu anderen Reichen (die früh genug gekauft haben und ihre Anteile lange genug gehalten haben, um den großen Gewinn einzustreichen). Das lässt aber außer acht, dass sich Aktienkurse an Profiten orientieren. Sie spiegeln diese nicht exakt wider, das Verhältnis von Kursen und Gewinnen schwankt kurzfristig auf und ab. Auf längere Sicht entsprechen die Aktienkurse aber den wirtschaftlichen Profiten. Und 2013 war ein Jubeljahr für Profite.

Woher stammen diese Profite? Hier kommt die Umverteilung ins Spiel. Die US-Unternehmen haben den Großteil ihres Geldes nicht durch höhere Absätze gemacht (auch wenn es bei den Exporten einen Zuwachs gab). Sie haben das große Geld vor allem durch die Senkung ihrer Kosten gemacht – vor allem beim größten Kostenfaktor: den Löhnen. Sie drücken die Löhne, weil die meisten Beschäftigten in dieser Frage keine Verhandlungsmacht mehr haben. Die unverändert hohe Arbeitslosigkeit – mit einer Rekordzahl an Langzeitarbeitslosen und einer großen Zahl von Menschen, die überhaupt aufgegeben haben, nach Arbeit zu suchen – erlaubt es den Unternehmen, ihre Bedingungen zu diktieren.

Jahrelang wurde die Verhandlungsmacht der US-Beschäftigten auch durch immer bessere Möglichkeiten der Auslagerung in Billiglohnländer, durch neue EDV-Programme, die fast einen Arbeitsplatz ersetzen, und durch eine fortlaufende Umwandlung von Vollzeitbeschäftigung in Teilzeit- oder Leiharbeit ausgehöhlt. Und die Gewerkschaften sind geschrumpft. Waren in den 1950er Jahren mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im privaten Sektor Gewerkschaftsmitglieder, sind heute nicht einmal sieben Prozent gewerkschaftlich organisiert.

ROBERT B. REICH ist Politik- und Wirtschaftswissenschaftler und lehrt als Professor für Politik an der *Goldman School of Public Policy* der *University of California*. Von 1993 bis 1997 war er Arbeitsminister unter Präsident Bill Clinton.

All das erklärt, warum die Profite im Zuge dieses Aufschwungs gestiegen sind (allein 2013 um mehr als 18 Prozent), während die Löhne sanken. Die Unternehmensgewinne repräsentieren heute den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt – und die Löhne den kleinsten. Also: eine große Umverteilung.

Man könnte natürlich sagen, dass es sich um keine wirkliche »Umverteilung« handelt – in dem Sinne, wie der Begriff normalerweise verstanden wird –, weil der Staat ja nichts umverteilt. In dieser Sichtweise spiegeln sinkende Löhne, höhere Profite und ansteigende Kurse nur die Mechanismen des freien Marktes wider. Damit wird aber ingoriert, dass der Staat die Spielregeln bestimmt. Der Bundeshaushalt und die Haushalte der Bundesstaaten wurden beispielsweise gekürzt – was zu einem Rückgang der Nachfrage führte und zu höherer Arbeitslosigkeit. Der Kongress hat steuerliche Anreize zur Beschäftigungsförderung immer wieder abgelehnt. Einzelne Bundesstaaten haben sogenannte »Recht-auf-Arbeit«-Gesetze verabschiedet, die eine Abführung obligatorischer Gewerkschaftsbeiträge verbieten. Und so weiter.

Als sei dies nicht genug, wird zugunsten der Besitzenden und zulasten der Lohnabhängigen an der Steuerschraube gedreht: Reichtum wird niedriger besteuert als Arbeit.

Kapitalgewinne, Dividenden und Schulden werden steuerrechtlich begünstigt – weshalb Mitt Romney, Warren Buffet und andere Milliardäre und Multimillionäre nach wie vor jährlich 12 Prozent ihres Einkommens an Steuern bezahlen, die meisten von uns aber mindestens den doppelten Anteil. Zu den größten Gewinnern gehören auch Topmanager und Wall-Street-Händler, deren Jahresendzulagen an die Aktienkurse gekoppelt sind, außerdem Hedgefonds- und Private-Equity-Manager, deren als »Gewinnbeteiligung« deklariertes Einkommen durch ein spezielles Steuerschlupfloch als Kapitalgewinn behandelt wird. Die Kursexplosion von 2013 hat ihnen fabelhafte Netto-Zusatzeinkünfte beschert.



Alle Fotos: midia ninja/ flickr

In den Vereinigten Staaten gibt es seit Langem eine Umverteilung von unten nach oben, aber 2013 haben wir uns selbst übertroffen. Zu einer Zeit rekordverdächtiger Ungleichheit und obwohl es wirtschaftlich längst wieder aufwärts geht, fand in den USA eine große Umverteilung nach oben statt.

Dieser Artikel ist zuerst erschienen auf portside.com.
Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

---

1 Hausse oder Bullenmarkt bezeichnet an der Börse anhaltend steigende, dagegen Baisse oder Bärenmarkt anhaltend fallende Kurse (Anm. d. Red.).


FIFA
15.328 assinaram:
LIBERE AS
BAIANAS
nos jogos da Copa 2014
FIFA
15.328 assinaram:
LIBERE AS
BAIANAS
DE ACARAJÉ
nos jogos da Copa 2014



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, fried@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried, Karin Gabbert, Corinna Genschel, Christina Kaindl, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
An dieser Ausgabe haben außerdem mitgearbeitet: Hanno Bruchmann, Johanna Bussemer, Julia Dück, Tadzio Müller, Thomas Sablowski, Moritz Warnke, Florian Wilde und Fanny Zeise.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: ab Heft 1/2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Beilage: Althusser, Gesammelte Schriften
(VSA: Verlag/Verlag Westfälisches Dampfboot)

Lektorat: Textarbeit. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur; www.text-arbeit.net

Titelbild: Gedenken an die ertrunkenen Flüchtlinge vor Lampedusa, Italien, Oktober 2013, © dpa

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC zertifiziertem und säurefreiem Papier



3,4/2013 DIE KAMPFZONE AUSWEITEN
Die Aufgabe ist klar: die Kampfzone ausweiten! Globalisiertes Kapital und transnationalisierter Staat bedürfen einer grenzüberschreitenden Organisierung von Gegenbewegungen. Nur wie? Die neuen Demokratiebewegungen haben sich in lokalen Strukturen verankert. Wie aber kann aus diesen Alltagskämpfen eine Kraft entstehen, die das neoliberale Krisenregime herausfordert? Auch für Gewerkschaften gilt: Gegenmacht kann nur entstehen, wenn sich Akteure über Grenzen hinweg verbinden. *LuXemburg* 3,4/2013 fragt nach Möglichkeiten transnationaler Organisierung: Wie lassen sich lokale Initiativen mit grenzüberschreitenden Perspektiven verschränken? Wie Kämpfe um Arbeitsverhältnisse mit den Anliegen der neuen Bewegungen verbinden? Und wo bitte geht's zum Winterpalast?

BEITRÄGE Andrew Herod, Zehra Khan, Heiner Köhnen, Ingrid Kurz-Scherf, Asef Bayat, Göran Therborn, Nicole Mayer-Ahuja, Olaf Bernau, Susanne Lettow, Bodo Zeuner, Rodrigo Nunes

Dezember 2013, 240 Seiten



2/2013 ES REICHT
Der gesellschaftliche Reichtum ist größer denn je – man könnte meinen: Es reicht – wäre er nicht so ungleich verteilt. Umverteilung ist wesentliche Voraussetzung eines linken Projekts, und doch verfangen die Kampagnen kaum. Klar ist, dass es um mehr gehen muss als nur um monetäre Verschiebungen. Aber wie organisieren wir eine umfassende Umverteilung von Arbeit und Zeit, auch zwischen den Geschlechtern? *LuXemburg* 2/2013 fragt nach Konstellationen, die Einstiege in einen solchen Umbau öffnen können: Wie kann der vermeintliche Gegensatz zwischen ökologischem Wandel und sozialer Frage überwunden werden? Wie die Spaltung zwischen gewerkschaftlichen Forderungen nach höheren Löhnen und einer Kritik am herrschenden Wachstumsmodell?

BEITRÄGE Nancy Fraser | Ulrich Schachtschneider | Katja Kipping | Horst Kahrs | Sabine Reiner | Mimmo Porcaro | Frigga Haug | Antje Schrupp | Michael Brie | Christa Wichterich u.a.

Juli 2013, 160 Seiten



1/2013 GEWERKSCHAFT: AUSSER KONKURRENZ
Mit Kurzarbeit und Abwrackprämie sind Beschäftigte in der Industrie ohne größere Entlassungswellen durch die Krise gekommen. Zeitlich verzögert ist nun der Öffentliche Dienst betroffen. Schuldenbremse, Fiskalpakt und Krisenkorporatismus schaffen neue Spaltungen – auch zwischen Gewerkschaften. Doch wie steht es um Organisationsmacht und politische Handlungsfähigkeit? Wichtige Auseinandersetzungen fanden zuletzt im Bereich sozialer Dienstleistungen statt; unverbunden noch, aber teils in kraftvollen Bündnissen zwischen Beschäftigten und denen, für die diese Arbeit geleistet wird. Liegen hier Ansätze einer (Re-)Organisierung, die Kämpfe um Arbeitsverhältnisse mit solchen um ein gutes Leben verknüpfen könnte?

BEITRÄGE Heinz Bierbaum | Peter Birke | Wolfgang Menz | Antje Blöcker | Emma Dowling | Mehrdad Payandeh | Sybille Stamm | Mimmo Porcaro u.a.

März 2013, 160 Seiten



4/2012 REPRODUKTION IN DER KRISE
Reproduktion ist die Frage nach der Zukunft: Wie wollen wir leben? Welche Arbeit muss getan werden, damit alle zur Arbeit kommen? Wie kann die Gesellschaft erhalten und entwickelt werden? Widersprüche zwischen der Reproduktion des Kapitals und dem Anspruch auf ein gutes Leben sind zugespitzt: Mehr Frauen sind erwerbstätig, Familienmodelle geraten in Bewegung; gleichzeitig ist Arbeit intensiviert, häufig prekär, Arbeitszeiten sind überlang. Wer sorgt für sich und andere? Wie kann die Krise der Reproduktion zum Ausgangspunkt einer Transformation werden, die reproduktive Praxen nicht mehr ausbeutet, sondern ins Zentrum alternativer Gesellschaftsgestaltung stellt?

BEITRÄGE Silvia Federici | Melinda Cooper | Nancy Fraser | Christa Wichterich | Arlie Hochschild | Cornelia Möhring | Gabriele Winker | Isabell Lorey | Georg Fülberth u.a.

Dezember 2012, 160 Seiten


EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
WARUM POPULISMUS?
EUROPE KILLS
WEGE IN UND AUS DER SCHULDENFALLE
LAST EXIT GRIECHENLAND?
DIE MONSTER AG: RECHTE IN EUROPA
ZEHN JAHRE NACH ROT-ROT IN BERLIN
FRUITS OF ORGANIZING
ISSN 1869-0424
»There are no Commons without Commoning«
Peter Linebaugh
Ab 2014 ist die LuXemburg kostenlos.